

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Telegraphenamt: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 26. März 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Telegraphenamt: Amt IV. Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei mit Post. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Wochenspiegel 10 Pf., Postabonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die festgesetzte Spaltenbreite oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 1 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphenamt-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

### Unten durch!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt in ihrer Nummer vom Dienstagabend folgende Notiz:

In der Reichstags-Sitzung vom 14. März d. J. hat der Reichstags-Abgeordnete Singer erklärt, der Stadt Berlin sei für den von ihr geplanten Bau einer Untergrundbahn vom Potsdamer Platz nach dem Innern der Stadt durch eine kaiserliche Order die Konzession erteilt worden mit der ausdrücklichen Bemerkung, diese Linie bekäme nicht die Stadt Berlin, sondern die kaiserliche Eisenbahn-Gesellschaft Siemens u. Halske vorbehalten bleiben, damit deren Hochbahn rentabel wird. Wir sind ermächtigt, diese Mitteilung des Abgeordneten Singer als jeder Begründung entbehrend zu bezeichnen; die Angelegenheit ist überhaupt noch nicht so weit gediehen, daß eine kaiserliche Order oder eine Entschädigung der Staatsbehörden hätte ergehen können.

Die Unverfrorenheit der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist staunenswert und einzig daraus zu erklären, daß das offiziöse Organ und seine Hintermänner über Angelegenheiten sprechen, deren wirklicher Sachbestand ihnen vollkommen unbekannt ist.

Wir stellen dem Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegenüber fest, daß die Firma Siemens u. Halske eine kaiserliche Zusage für den Bau der Unterpflasterbahn vom Potsdamer Bahnhof nach dem Innern der Stadt erhalten hat, und daß in den Verhandlungen der Stadt mit dem Polizeipräsidenten über den Bau städtischer Untergrundbahnen das von dem Abg. Singer angegebene Motiv maßgebend für die Richtgenehmigung des städtischen Projekts war!

Was die kaiserliche Zusage an die Firma Siemens u. Halske betrifft, so raten wir der „Nordd. Allg. Ztg.“, bei ihren Auftraggebern darüber Erkundigungen einzuziehen, zu welcher Zeit dem Kaiser Vortrag über die Projekte der Firma gehalten wurde, und welche Zusicherungen der Kaiser bei dieser Gelegenheit gemacht hat!

Ueber die Motive der Verlagerung der von der Stadt bei der Staatsbehörde nachgesuchten Genehmigung eines Unterpflasterbahnen-Netzes geben folgende Auszüge aus verschiedenen Schreiben des Polizeipräsidenten, wie wir meinen, genügende und deutliche Auskunft:

... Die in Aussicht genommene Lage der Unterpflasterbahnen in der Königsgräberstraße, dem Potsdamerplatz und der Potsdamerstraße schiebt die Möglichkeit aus, daß Personen, die mit der Ausführung begriffenen Siemens'schen Bahn nach dem Potsdamer Bahnhof befördert sind, ohne umsteigen zu müssen, in das Innere der Stadt weiterbefördert werden. Die Offenhaltung dieser Möglichkeit ist unbedingt erforderlich. Der Bahnhof „Potsdamerplatz“ des Siemens'schen Unternehmens wird daher, wie die Firma auch inzwischen beantragt hat, nicht als End-, sondern als Durchgangsstation anzulegen sein.

Dem Schnellverkehrsbedürfnis zwischen der Ecke Bülow- und Potsdamerstraße und dem Potsdamer Platz bezw. Bahnhof sowie zwischen diesem und dem Görlitzer Bahnhof wird bereits durch die Siemens'sche Bahn Rechnung getragen.

Ich bin daher nicht in der Lage, die nachgesuchte grundsätzliche Zustimmung zu dem Projekte zu erteilen, stelle vielmehr anheim, daselbst nach den angegebenen Gesichtspunkten einer Revision zu unterziehen. Hierbei dürfte es angezeigt sein, die einen gegebenen Faktor bildende Siemens'sche Bahn zur Grundlage zu nehmen, um auf dieser das Berliner Schnellverkehrsnetz in planmäßiger Weise auszubauen.

Berlin, 18. Juni 1899. gez. von Windheim.  
Während die städtische Verkehrsdeputation darüber beriet, auf welche Weise der Bevorzugung des Privatkapitals entgegenzutreten sei, traf ein neues Schreiben des Polizeipräsidenten, datiert vom 18. Juni 1900, ein, in welchem es hieß:

„Zu der am 4. November v. J. stattgehabten Beratung betr. die von der Stadtgemeinde Berlin geplanten Unterpflasterbahnen wurde es seitens der Vertreter des Polizeipräsidenten für dringend erwünscht erachtet, die von der Firma Siemens u. Halske gebaute Hochbahn als Unterpflasterbahn über den Potsdamer Platz sowohl durch die Böh- und Mohrenstraße nach dem Spittelmarkt als nach dem Friedrichstraße-Bahnhof und in weiterer Fortsetzung nach dem Stettiner Bahnhof fortzuführen... es sei erwünscht, dem Bau dieser beiden Linien möglichst bald näher zu treten und die übrigen seitens der Stadt geplanten Linien zur Zeit zu vertagen...“

Die Tätigkeit des Polizeipräsidenten zu Gunsten der Firma Siemens u. Halske erfolgte, wie wir unter Beweis zu stellen gern erböht sind, meist auf Drängen von höheren Stellen aus, wie denn überhaupt die Haltung und Stellung des Polizeipräsidenten in Verkehrsangelegenheiten — soweit die Stadt in Frage kommt — von einer mächtigsten Stelle aus geleitet und bestimmt wird.

Wir verweisen noch auf die Thatsache, daß zwischen Magistrat und Siemens u. Halske Verhandlungen darüber stattgefunden haben, ob und unter welchen Bedingungen die Firma bereit sei, auf die Unterpflasterlinie Potsdamer Platz—Spittelmarkt—Alexander-Platz zu verzichten, wobei angedeutet wurde, daß die Firma die Linie im Auftrage der Stadt bauen könnte und ein Gemeinschaftsbetrieb zwischen Hochbahn (Siemens u. Halske) und Unterpflasterbahn (Stadt) eingeführt werden solle. Die Firma, ihres starken Rückhaltes an hoher Stelle bewußt, lehnte diese Vorschläge als nicht ihren Interessen entsprechend rundweg ab.

Wir haben hiermit den Wert des von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gebrachten Dementi in die richtige Beleuchtung gerückt und rufen die Offenlichkeit zum Richter darüber auf, ob die Erklärung des Abg. Singer im Reichstage „jeder Begründung entbehrt“.

Da wir nun einmal beim städtischen Verkehrswesen in Berlin und seiner Förderung durch die Staatsbehörden sind, wollen wir noch an eine sehr interessante und bezeichnende Thatsache erinnern und auch damit den Beweis liefern, daß die Behörden in wahrhaft väterlicher Weise für das Gedeihen der privatkapitalistischen Gesellschaften besorgt sind. Bekanntlich geht der Vertrag der Stadt mit der Großen Berliner Straßenbahn im Jahre 1919 zu Ende und der Bahnkörper gelangt zu diesem Termin unentgeltlich in den Besitz der Stadt. Der in die Leitung der Gesellschaft berufene ehemalige Ministerialdirektor Herr Riele hat der Gesellschaft als Morgengabe die Verlängerung ihrer Konzession auf 30 Jahre mitgebracht. Ohne daß die Vertreter der Stadt gefragt oder auch nur gehört waren, erteilte der Polizeipräsident — allerdings auf Befehl des Ministers v. Tzielen — die Konzessionsverlängerung!

Die Stadt erhielt von diesem unerhörten und schier unglaublichen Vorgang amtlich Kenntnis durch folgendes Schreiben:

„Der Polizei-Präsident. Berlin C., 17. Mai 1900.“

Auf das Schreiben vom 4. d. M. Die Zeitungsnachrichten, nach welchen die Genehmigungs-Urkunde für die Große Berliner Straßenbahn auf Anweisung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten bis zum 31. Dezember 1949 ausgedehnt ist, sind zutreffend. Ein Abdruck der Genehmigungs-Urkunde erfolgt anbei.

In Vertretung: Friedheim.“

Das Schreiben spricht Bände. Jedes Wort würde die Wirkung des Erlasses abschwächen.

Aber noch ein andres Beispiel für die der Großen Straßenbahn gewidmeten kaiserlichen Fürsorge!

Bei Feststellung des Vertrages betr. die Umwandlung des Pferdebusbetriebes in den elektrischen Betrieb wurde die Bruttoabgabe in Rücksicht auf den teilweise einzuführenden teureren Accumulatorenbetrieb festgesetzt. Die Gesellschaft stellte den Antrag an die Stadt, an Stelle des Accumulatorenbetriebs die oberirdische Stromzuführung einzuführen. Während der Verhandlungen — bei denen die Stadt von der Betriebsüberbilligung ebenfalls Nutzen beansprucht — wurde die städtische Verwaltung durch einen Erlaß überrascht, aus dem wir die markantesten Stellen mitteilen:

Berlin, den 26. September 1900.

Seine Majestät der Kaiser und König haben anzuordnen geruht, daß der Betrieb der hiesigen Straßenbahnen der Großen Berliner Straßenbahn mit Accumulatoren wegen der Unzulänglichkeit und Unwirtschaftlichkeit dieses Betriebes zu beenden und durch unmittelbare Zuführung des elektrischen Stromes zu ersetzen sei.

Die Herstellung der oberirdischen Stromzuführung hat binnen längstens drei Monaten zu erfolgen.

In Vertretung: gez. Friedheim.

An die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn. Hier, Friedrichstraße Nr. 218.

Abkürzt vordiehender Verfügung überende ich dem Magistrat hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt zur Kenntnisnahme.

In Vertretung: gez. Friedheim.“

Was der Abgeordnete Singer im Reichstage nur angedeutet, haben wir durch die Anführung von Thatsachen unwiderleglich bewiesen — es bleibt dabei, die privatkapitalistischen Gesellschaften erfreuen sich besonderen Schutzes und erheblicher Bevorzugung seitens der maßgebenden Stellen.

Ueber die Stadt hinweg werden die Verkehrsangelegenheiten so entschieden, daß das Privatkapital den Vorteil und die Stadt Berlin den Nachteil hat.

Und wenn man sich gegen solche Verkehrspolitik auflehnt, dann kommt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und dementiert frisch, frei und falsch drauf los.

Vielleicht sagen sich die Hintermänner des Dementier-Organs selbst: O si tacuisses — philosophus mansisses! —

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. März.

#### Kartell-Enquete.

Nach fast viertwöchentlicher Zwischenpause veröffentlicht endlich der Reichsanzeiger das stenographische Protokoll der Verhandlungen über das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat, die am 26. und 27. Febr. im Reichsamt des Innern stattfanden. Ein langer Bericht, der mit feinen Anlagen nicht weniger als 117 Spalten des „Reichs-Anzeigers“ umfaßt und sich als ein buntes Gemisch von langatmigen Reden und Erläuterungen, Anfragen und Gegenerwidern repräsentiert, das dem, der die Politik der deutschen Rohstoffartelle verfolgt hat, nur wenig neues Material zur Beurteilung des Geschäftsgebahrens des Kohlenyndikats liefert; denn während die Vertreter des Syndikats über Verhältnisse, die mehr oder weniger bekannt sind, sich ziemlich freimütig äußerten und mit einer gewissen wohlwollenden Zuverlässigkeit Statuten, Geschäftsberichte, Förderungsstatistik etc. zur Ansicht bereit stellten, heften sie sich auf die Darlegung der internen Angelegenheiten ihrer Organisation nur oberflächlich ein und wußten neugierigen Fragen entweder mit der Antwort auszuweichen, daß genaue Nachweise und Feststellungen über den betreffenden Gegenstand nicht vorhanden seien, oder sie erklärten, es handle sich um Geschäftsgeheimnisse, zu deren Enthüllung sie sich durchaus nicht verpflichtet fühlten.

Gleich zu Anfang der ersten Sitzung, nachdem der Vorsitzende der Enquete, Geh. Regierungsrat Dr. van der Vorcht seine Begrüßungsansprache beendet hatte, offenbarte Geh. Kommerzienrat Kirdorf, Generaldirektor der Selsenkirchner Bergwerks-Gesellschaft und Vorsitzender des Aufsichtsrats des Kohlenyndikats, welche Kritik er gegenüber unbequemen Fragen einzuschlagen gedenke, indem er von oben herab zur Geschäftsordnung erklärte:

„... Meine Herren! Es ist seitens des Herrn Vorsitzenden erwähnt worden, daß vertrauliche Mitteilungen als solche nachher im Stenogramm angemerkert werden sollen, um von der Veröffentlichung ausgeschlossen zu werden. Dabei ist das Wort gefallen von Geschäftsgeheimnissen. Ich bin nun der Ansicht — und ich zweifle nicht, daß der Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats diese Ansicht mit mir teilt —, daß Geschäftsgeheimnisse gewisser Natur überhaupt in einem Kreise, wie diesem hier, nicht mitgeteilt werden können; denn es sind Geheimnisse, die nicht nur die Partei, die hier vertreten ist, angehen, sondern auch die Mitkontrahenten. Soweit möglich, wird — daran zweifle ich nicht —, wenn die Diskussion dies ergibt, der Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats auch auf solche Fragen Auskunft zu geben bereit sein, aber nur in der Form der privaten mündlichen oder schriftlichen Mitteilung an den Vorsitzenden, wenn eine Garantie gegeben wird, daß diese Mitteilungen von der Veröffentlichung absolet ausgeschlossen werden. Eine große Versammlung, wie die hiesige, ist nicht geeignet, und eine so zahlreiche Versammlung kann nicht die Gewähr bieten, daß Geheimnisse, die nicht allein unsre Geheimnisse sind, nicht in größerer Kreise hineindringen.“

Und der Vorsitzende, der sich weitgehendster Zuverlässigkeit gegen die Vertreter des Kartells befleißigte, entgegnete:

„Es versteht sich von selbst, daß wir jedem die Entscheidung darüber überlassen müssen, was er glaubt, sagen zu dürfen — das habe ich ja auch bereits hervorgehoben —, und ich möchte bitten, daß wir Fragen rein subjektiver Art möglichst zu vermeiden suchen.“

Thatsächlich haben denn auch die Verhandlungen über eine Reihe der wichtigsten Fragen durchaus keinen Aufschluß gebracht, so z. B. nicht über den verschiedenen Einfluß der großen und kleinen Jecken auf die Kartelleitung sowie über das Verhältnis der Inlands- zu den Auslandspreisen für die wichtigsten Kohlenorte während der beiden letzten Jahre. Wenigstens ist im stenographischen Bericht nichts Näheres darüber zu finden. Als der Reichstags-Abgeordnete Gothein einige auf das Verhältnis zwischen Inlands- und Auslandspreis bezügliche Fragen stellte, wich ihm zunächst Generaldirektor Kirdorf aus, und dann erklärte Bergat Grafmann-Essen kurzweg:

„Wenn Herr Gothein wünscht, für das einzelne Geschäft diese Zahlen zu wissen, so kommen wir, was schon im Eingang erwähnt ist, zur Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen, wozu wir uns nicht entschließen werden.“

Wir werden auf die Einzelheiten der Verhandlungen, die ein gründliches Studium nötig machen, noch näher zurückkommen, doch soviel läßt sich schon heute erkennen, daß schließlich der Wert der ganzen mit so viel Mühe in Scene gesetzten Untersuchung ein höchst zweifelhafter sein wird. Ein wirklich wertvolles Resultat ist nur von einer parlamentarischen Enquete nach englischem Muster mit Zeugniszwang zu erwarten.

#### Wahltermin.

Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ verkündet an der Spitze ihrer neuesten Nummer:

Dem Vernehmen nach wird voraussichtlich der Termin für die Reichstagswahlen auf den 16. Juni festgesetzt werden.

Man sollte meinen, daß das offiziöse Organ der Regierung sofort klare Mitteilungen über den Wahltermin machen könnte. Die unbestimmten Wendungen „dem Vernehmen nach“ und „voraussichtlich“ geben noch immer Anlaß zu Unsicherheiten. Immerhin wird aller Wahrscheinlichkeit nach nunmehr mit dem 16. Juni als Wahltermin zu rechnen sein.

Bleibt der 16. Juni als Wahltermin bestehen, so wird die nächste Wahl genau fünf Jahre nach der Wahl von 1898 stattfinden.

Nichts von Diäten. Unse gestrige Zurückweisung der von neuen in den Wäldern aufgekommener Gerüchte, daß eine Diätenvorlage bald kommen solle, erweist sich bereits als berechtigt. Die „Allg. Ztg.“ erklärt, die Situation sei hinsichtlich dieser Angelegenheit unverändert, und die „Nordd. Allg. Ztg.“ bekräftigt diese Erklärung durch kommentarlosen Abdruck.

In aller Heimlichkeit halten die Konservativen ihren Delegiertentag in Berlin ab. Selbst der Presse ist der Zutritt völlig verwehrt.

Das sind dieselben Herrschaften, welche, wenn das Wahlrecht in Frage steht, es als unwürdig des deutschen Mannes erklären, die politische Abstimmung geheim vornehmen zu wollen.

Der Korruptionsfonds. Dem in den Ruhestand getretenen Präsidenten der Anstiebelungs-Kommission, Dr. v. Wittenburg, widmet die „Danziger Zeitung“ einen vom wärmsten Lobe überströmenden Artikel, in dem das Blatt u. a. sagt:

„Auch stieg sein Grimm und seine Menschenverachtung von Jahr zu Jahr, denn immer unverhällter zeigte sich bei vielen Deutschen die Geldgier und der Mangel jeder nationalen Würde. Es soll unglücklich sein, was alles versuchte, seine Finger nach dem Geldsack zu strecken. Man vergah, daß der Fonds nicht für die anwesenden Deutschen da sei, sondern für die Schaffung von einer neuen deutschen Bevölkerung.“

Drei Soldaten-Selbstmorde haben sich binnen wenigen Wochen bei demselben Regiment, dem Infanterie-Regiment Nr. 91 in Didenburg ereignet. In einem Fall hat bereits das Kriegsgericht verurteilt und einen Unteroffizier zu 14 Tagen Gefängnis wegen Mißhandlung verurteilt. Auch dem zweiten Selbstmorde liegen Mißhandlungen zu Grunde. Im dritten Falle ist der Soldat zu Arrest verurteilt gewesen; nach kurzem Dienst kam er ins Lazarett.

aus dem er dieser Tage als geheilt entlassen wurde. Wie es heißt, erklärte sich der Soldat noch dienstunfähig, und erhielt wegen Simulation eine neue Arreststrafe zubielt; deswegen erschöpfte er sich mit dem Dienstgewehr.

**Bürgerliche Journalistik.** Im „Landmann“ in Ettlingen spricht ein im Zeitungsdienst als Gewordener seine journalistische Lebenserfahrung also aus:

„Bei den bürgerlichen Parteien aber ist, von einigen Ausnahmen, welche die Regel bestätigen, abgesehen, der Journalist nur der politische Handlanger, der sich gewissenhaft nach den Wünschen der einzelnen, sich als maßgebend aufspielenden Herren zu richten hat, auch wenn diese jünger sind und weniger geübt haben und leisten als der Journalist; insbesondere wenn es einem höheren Beamten einmal beliebt, sich in irgend einer Parteirichtung zu betätigen, was bei nächster Gelegenheit mit einem Abgeordnetenamt oder mindestens einer Kandidatur belohnt wird, dann hat sich der Journalist, auch wenn er alt und grau im Parteidienst geworden ist, devotest zu ducken, völlig der Bahn des neuen politischen Sternes zu folgen und eifrigst mitzuwirken, dessen Glanz in die gehörige Beleuchtung zu setzen. Zum Dank dafür wird er ab und zu, wenn's niemand Höheres sieht, mit einem hübschen Lächeln nebst Händedruck beehrt, was aber nicht hindert, daß der Journalist, wenn seine Gefügigkeit auch nur einmal versagt, sofort ein gewisses Mißbehagen zu fühlen bekommt, und wie oft wird er, aus irgend welchen sonstigen Gründen unbeliebt geworden, nach dem Grundsatz entlassen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann geh'n“, und geht das nicht, dann macht man in anderer Weise seiner Mißstimmung gegen den Journalisten Luft.“

Es ist schwer zu sagen, ob man mehr Mitleid oder mehr Mißstimmung für eine Journalistik haben soll, die zu solcher Stellung erniedrigt.

**Wahlversicherung in Koburg-Gotha.** Im Koburg-Gothischen Landtag erklärte auf Befragen Staatsminister Henzig, daß das Ministerium in Anbahnung seiner früheren Erklärung einen Entwurf ausgearbeitet habe, der die Bestimmung enthält, daß gedruckte Stimmzettel abgegeben werden können, daß ferner Wahlumschläge und ein Psolierraum vorgelesen sind.

### Wahlvorbereitungen.

#### Socialdemokratische Kandidaturen.

**Liegnitz.** Eine Wahlkreiskonferenz beschäftigte sich mit der Kandidatenfrage. Nachdem Genosse Vrahns endgültig die Wiederannahme der Kandidatur abgelehnt hatte, wurde auf seinen Vorschlag Genosse Hermann Müller-Görlich zum Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Gagnau einstimmig erwählt.

**19. und 7. sächsischer Wahlkreis.** Durch Uebereinkunft mit den Genossen des 19. Wahlkreises (Stollberg-Saameberg), die infolge der Ablehnung einer neuen Kandidatur seitens des Genossen Seifert-Jwidan Genossen Goldstein als Kandidaten für ihren Kreis anerkennen haben, ist das Partei-Centralwahlkomitee für Sachsen unter Befragung der Vertrauensleute der einzelnen Bezirke zu dem Beschlusse gekommen, Genossen Goldstein von dem Mandat für den 7. Reichstags-Wahlkreis zu entbinden. Der 7. Kreis wird am nächsten Sonntag sich über eine andre Kandidatur schlüssig machen.

**Die Socialdemokratie in Lothringen.** Eine Konferenz der lothringischen Parteigenossen fand am Sonntag in Metz statt. Es wurde Stellung genommen zur Reichstagswahl. Für den Wahlkreis Metz-Stadt und Land wurde Genosse Jean Martin-Wilshausen als Kandidat nominiert, für Diederhofen-Völschen kandidiert Genosse J. Peirotes-Strasbourg, während die Befragung des Kreises Saargemünd-Nordbach dem Central-Wahlkomitee in Strasbourg überlassen und für den Wahlkreis Château-Salins beschlossen wurde, in eine Wahlbewegung nicht einzutreten.

#### Bürgerliche Kandidaturen.

**Bremen.** Abg. Frese ist als Kandidat der bürgerlichen Parteien wieder aufgestellt worden.

**Hagen.** Im Wahlkreise Eugen Richter hat eine national-liberale Vertrauensmänner-Versammlung den Kommerzienrat Wilhelm Junke-Hagen als Kandidaten aufgestellt. Im Jahre 1898 erhielt im ersten Wahlgang Richter 10234 Stimmen, der national-liberale Kandidat 6892, der Centrumskandidat 3712, der Socialdemokrat 1080 Stimmen. Richter siegte in der Stichwahl mit 17448 gegen 9907 socialdemokratische Stimmen.

In Barmen werden nach den „Münd. Neuest. Nachr.“ von den bisherigen Reichstags-Abgeordneten nicht wieder kandidieren: die Centrumsabg. Mayer (Landshut), Graf Preysing (Deggendorf), v. Lama (Regensburg), Kern (Amberg), Lutz (Würzburg), Behr. v. Hertling (Mertissen), der national-liberale Abg. Deimhard (Neustadt) und der wilhliberale Schwarz (München). Für Barmen ist Abg. Schäfer als Centrumskandidat wieder aufgestellt worden.

#### Nationalliberale und Bündler.

Aus der Pfalz wird uns geschrieben: Die parteipolitischen Verhältnisse sind hier noch sehr verworren. Das Centrum läßt sich mit seiner Kandidatenaufstellung Zeit, Nationalliberale und Bündler raufen sich gelegentlich noch mächtig. In einer in Grünstadt abgehaltenen Bundesversammlung schlug das pfälzische Bundeslicht Stauffer — es ist dies derselbe Herr, der auf dem letzten Bündlerkongress im Circus Busch sich als Vertreter der Pfalz breit machte — wiederum recht kräftige Töne wider die Nationalliberalen an, denn er erklärte, die Bündler wären jetzt 10 Jahre mit ihnen gelaufen und hätten sich nach ihnen gerichtet und sie sollten sich jetzt auch einmal zehn Jahre nach den Bündlern richten. Die Nationalliberalen hatten im Stillen immer noch gehofft, mit den Bündlern ein Einvernehmen herbeizuführen, doch nun muß schmerzlich bewegt die parteioffizielle „Speyerer Ztg.“ konstatieren: „es stehe nunmehr außer aller Frage, daß eine Verständigung zwischen der nationalliberalen Partei und dem Bunde der Landwirte nicht mehr möglich, daß das Zerfallen definitiv zwischen den beiden Parteien durchzuführen sei.“

Gar so schlimm ist's aber doch nicht! Troydem die Bündler im Januar in Niederlustadt den Nationalliberalen „Krieg bis aufs Messer“ ankündigten, haben sich die beiden inzwischen hin und wieder doch gefunden. So im Wahlkreise Germersheim-Bergzabern, allwo Bündler und Nationalliberale gemeinsam die Kandidatur des bisherigen Abgeordneten dieses Kreises, Tabathändler Lichtenberger aus Speier, aufstellten. Das Bemerkenswerteste an dieser Kandidatur ist, daß die Bündler, entgegen dem in Niederlustadt gefaßten Beschlusse, von jedem ihrer Kandidaten die bestimmte Zustimmung zu verlangen, im Falle seiner Wahl der nationalliberalen Fraktion nicht beizutreten, ihrem Kandidaten keine Vorschrift über seinen Fraktionsanschluß machten. Herr Lichtenberger ist zur Zeit Hospitant bei den Nationalliberalen.

So geht der Hader der agrarischen Liberalen und der Bündler, die doch die liberale Hilfe auch brauchen, weiter. Das schwierigste Stück Arbeit bietet sich beiden Richtungen im Wahlkreise Ludwigshafen, den unser Genosse Ehrhart vertritt und dessen Wiedererwahlung das geheime und offene Schmen der alten und jungen liberalen Garde ist. Doch da heißt es: Hände weg!

### Ausland.

#### Schweiz.

**Das Opfer des Kriegesgerichts.** Am Sonntag ist das letzte Opfer des Genfer Kriegesgerichts, Genosse Sigg, aus dem Gefängnis entlassen worden, nachdem er seine viermonatige Strafe bis auf den letzten Tag hatte abgeben müssen. Wir beglückwünschen ihn in der Freiheit und wünschen ihm in seinen neuen Kämpfen neue Erfolge. Bei dieser Gelegenheit sei noch mitgeteilt, daß für die Familien der Genfer Verurteilten die Arbeiterschaft die schöne Summe von 10 000 Fr. aufgebracht hat.

### Frankreich.

**Fortsetzung der Kongregationsdebatte.** Am Dienstagabend erklärte in der Deputiertenkammer auf die Verteidigung der Predigerorden durch den Abg. Gayraud der Ministerpräsident Combes: Das Predigeramt sei durch das Koncordat einer bestimmten Geistlichkeit vorbehalten. Von den Mitgliedern der Predigerkongregationen, welche die Gebräuche und Sitten veränderten, werde ein Streikzug gegen die Republik geführt. Die Kammer solle den Mönchen, die republikanischen Tugenden angehören, zeigen, daß sie nicht bedächtiger, sie zu dulden. Redner weist dann auf die Uebelstände hin, zu denen es führen würde, einen zweiten Meris neben dem rechtlich bestehenden einzufügen. Alle andern Regierungen hätten die Predigerorden nicht zugelassen. Welcher republikanische Minister werde es da wagen! Das von der Regierung unternommene Werk sei das dornigste, welches seit einem Jahrhundert unternommen worden sei; es erfordere vollkommene Uebereinstimmung mit der Kammer. Eine Schwäche werde das Werk um 20 Jahre zurückwerfen; die Regierung werde sich ihrer nicht schuldig machen. Die Kammer müsse erklären, ob sie diese Schwäche zeigen wolle. (Weißfall links.)

Hierauf wird ein Antrag auf Vertagung auf morgen eingebracht und zu momentlicher Abstimmung gestellt. Der Antrag auf Vertagung wird mit 297 gegen 233 Stimmen abgelehnt und der Schluß der Debatte beschlossen. Sodann schreitet das Haus zur Abstimmung und lehnt die Einzelberatung mit 304 gegen 246 Stimmen ab. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

### Italien.

#### Socialistische Taktik.

**Rom, 25. März.** Nach langer Verhandlung beschloß die socialistische Kammerfraktion in Anbetracht, daß das Ministerium die socialen Reformen aufschiebt, um sein parlamentarisches Leben zu verlängern, aus der bisherigen „wohlwollenden Neutralität“ zur Opposition überzugehen.

Hierdurch verschärft sich, wie man in Regierungskreisen annimmt, die politische Situation derart, daß wahrscheinlich während der Osterferien eine partielle Umbildung des Kabinetts durch Ausscheiden einiger Minister nötig werden wird.

### England.

#### Militärfragen.

Im Oberhause gelangten am Dienstagabend Organisationsfragen für Heer und Marine zur Beratung. Lord Rosebery beantragte Errichtung eines neuen Rates für die nationale Verteidigung, der seine Aufmerksamkeit der Regelung der nationalen Abteilungen und den militärischen, maritimen und finanziellen Verhältnissen des Reiches zuwenden solle. Rosebery erklärte weiter: England könne nicht zu gleicher Zeit eine große Armee und eine große Marine haben. Es sei durchaus nötig, die Mannschafszahlen im Heere zu verringern. Unter Beifall aus dem Hause verweist Rosebery auf eine Rede des Generals Lord Methuen, welcher eine kleine aber schlagfertige Armee mit großer Defensivreserve gefordert habe; diese Reserve sei die Nation. Redner verweist ferner auf das Beispiel der Schweiz, welche sicher sei, weil sie auf die Verteidigung der Nation durch die Nation selbst eingerichtet sei; dies sei das demokratische Verfahren. Rosebery ist überzeugt, daß die Regierung ohne die allgemeine Wehrpflicht alle Mannschafszahlen erlangen werde, deren sie zur Verteidigung Englands gegen jede Möglichkeit eines ausländischen Angriffs bedürfte. Er glaubt, die Regierung, die das Land zur Erfüllung dieser heiligen Pflicht aufrufen werde, werde eine Antwort erhalten, die die gegenwärtige Regierung in Erstaunen setzen und es ihr ermöglichen werde, die Verteidigung Englands auf die festeste Grundlage zu stellen. Die Regierung müsse sich auch die Forderung der Hilfstruppen angelegen sein lassen. Am Schluß seiner Rede führt Rosebery aus, es werde im Falle von Unruhen an der Nordwestgrenze Indiens nicht nötig sein, Verstärkungen nach Indien zu senden. Besser würde es sein, eine genügende militärische Macht in Indien zu unterhalten; denn im Falle eines Krieges mit Russland werde es sehr schwierig sein, 120 000 Mann nach Indien zu bringen, vornehmlich weil England in einem solchen Falle auch mit Frankreich im Kriege liegen würde und seine Transportflotte, um der französischen Flotte aus dem Wege zu gehen, den Weg um das Kap nehmen müßte.

Hierauf führt Goschen aus, der frühere Verteidigungs-Ausschuß habe ein großes Werk im Stillen vollbracht. Mit der Errichtung des neuen Verteidigungsrates ist Redner einverstanden; er verlangt, daß demselben auch der Minister des Ausherns angehören solle. Eine der Lehren des südafrikanischen Krieges sei die, daß sich militärische Fragen einstellen können, die es für England nötig machen können, auf die Neutralität acht zu haben.

Der Parlamentariersekretär der Admiralität Lord Selborne hebt die Schwierigkeiten der Probleme hervor, welche der nationale Verteidigungsrat zu prüfen habe, und rechtfertigt die Politik der Admiralität bezüglich der von der Regierung geforderten Zahl der Kriegsschiffe. Der Grundlag, daß die Seestreitkräfte auf der Höhe derjenigen zweier anderer Mächte erhalten werden müßten, beziehe sich nur auf die Linienschiffe, nicht auf Kreuzer. Selborne bespricht darauf die Verteidigung Indiens, wobei er den Standpunkt Rosebergs in dieser Frage ins Lächerliche zieht. Die Verstärkungen, welche im Ernstfalle nach Indien entsandt werden müßten, würden hauptsächlich aus Reservisten bestehen, und eine solche Truppe würde billiger zu stehen kommen, als wenn man in Friedenszeiten die Streitkräfte in Indien vermehren wollte. Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 24. März.** Bei den heutigen Wahlen von 7 Mitgliedern zu der Kopenhagener Stadtvorordneten-Versammlung siegte die antisocialistische Kandidatenliste mit 16 500 Stimmen. Für die Gegenliste, aus fünf Radikalen und zwei Socialdemokraten bestehend, wurden 14 400 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung aus antisocialistischen Kreisen war diesmal erheblich stärker als früher.

### Russland.

#### Theater- und Straßenmanifestationen.

Aus Petersburg meldet das „Bureau Herald“: In Sjelostol fanden im Theater socialdemokratische Demonstrationen statt, wobei es zu einem blutigen Handgemenge zwischen Arbeitern und der Polizei kam. Auf beiden Seiten sind zahlreiche Verwundungen vorgekommen. Ueber 20 Personen wurden verhaftet.

Wir erhalten über diesen Vorgang folgende nähere Mitteilungen:

Zu den mannigfaltigen Methoden des Kampfes gegen den Absolutismus, die in den letzten Jahren aufgefunden sind, gehören auch die Manifestationen in Theater und Konzerten. Eine solche Manifestation von umfassendem Charakter hat in Sjelostol (zwischen Warschau und Wilna) stattgefunden. Sie zeigt deutlich die Fortdauer der oppositionellen Bewegung. Die Manifestation fand während der Vorstellung des Dramas von Gorki „Die Kleinbürger“ statt. Das Drama wurde drei Abende gegeben und jeden Abend kam es zu demonstrativen Ausritten. Am ersten Abend begnügte sich die Polizei mit einer Verwarnung des Publikums, den zweiten Abend war das Theater schon voll von Polizisten und Spionen. Es wurden zwei Frauen verhaftet. Am dritten Abend wurden am Ende des ersten Aktes stürmische Rufe: „Nieder mit dem Absolutismus!“ laut. Im dritten Akt wiederholte sich das. Die Polizei war während, Polizisten warfen sich auf die Arbeiter; diese leisteten aber Widerstand. Es begann eine jährliche Scene... Die Menge wollte die Verhafteten befreien, die Polizisten drohten von ihren Revolvern Gebrauch zu machen. Das Parterre kam ebenfalls in Wallung, der Vorhang wurde herabgelassen. Die Manifestanten stellten sich dann vor dem Theater auf und schickten Leute in die Stadt, um Unterstützung zu erhalten. Der Polizeimeister wurde bei seinem Erscheinen mit lauten: „Nieder mit der Polizei, nieder mit dem Absolutismus!“ empfangen.

Er ließ höhnend seinen Wagen in die Menge hineinfahren, die ihn aber mit Steinwürfen begrüßte. Der Polizeimeister gab aus seinem Revolver mehrere Schüsse ab und verwundete einen Arbeiter schwer. Während dessen war auch das Militär herbeigerufen. Die Manifestanten zogen nun, die Marschälle scheinend, durch die Stadt. Die Polizei befahl, die Magazine und Verkaufsläden zu schließen, alles war in Bewegung gekommen. Etwa 20 Personen wurden auf den Straßen verhaftet und auf die Polizeiwachen gebracht. Am Tage darauf erschien der Vicegouverneur und befahl, sie nach dem Gefängnis zu bringen. Man erhielt jedoch Kenntnis von neuen Zusammenkünften in den Straßen; die Polizei zog es vor, von der Ueberwachung Abstand zu nehmen. Die Aufregung in der Stadt ist sehr groß.

### Die Brutalisierung Finnlands.

**Petersburg, 25. März.** Auf Befehl des Kaisers sind dreizehn Beamte der Hofgerichte in Wiborg und Wasa ohne Pension verabschiedet worden. Der „Finland Gazette“ zufolge ist der Grund der Verabschiedung die Weigerung der Beamten, den kaiserlichen Erlaß über die gerichtliche Verfolgung von Amtsvergehren als gesetzlich anzuerkennen.

### Asien.

**Kritische Zustände in Tongking.** Am 1. April gehen aus Marseille 1200 Mann Kolonialtruppen mit Kriegsmunition nach Tongking zur Verklärung der dortigen Truppen ab. Diese Entsendung, so wird seitens der französischen Behörden erklärt, ist durch die kritischen Verhältnisse in Indochina veranlaßt. Chinesische Banden dringen täglich über die Grenze, greifen die Posten an und terrorisieren die Einwohner. Die Lage wird als sehr ernst betrachtet.

### Afrika.

**Kabylenaufstand.** Eine Depesche des Madrider „Heraldo“ aus Tanger besagt, die Stadt Sale werde von den Seld-Rebellen belagert. Ein großer Teil der Küstenabgaben neige dem Aufstande zu. In der Nähe von Magasin ständen 3000 Mann im Feld, die zu der Armee des Sultans stoßen wollten. Die Kabhlen von Jebel und Habib gingen darauf aus, die Verbindung zwischen Tetuan, Tanger und Fez zu unterbrechen.

**Südafrikanische Politik.** Die am Dienstag in Bloemfontein von den Vertretern der Kapkolonie, Natal, Transvaals, der Orange-Kolonie und Südrhodensien unterzeichnete Konvention bestimmt, daß die englische Einfuhr Vorrangbehandlung genießt.

### Amerika.

**Beendigte und neue Unruhen.** Nach einer Depesche aus San Domingo ist die Ruhe wieder hergestellt. — Wie aus Panama berichtet wird, sind in der Provinz Santand Unruhen ausgebrochen. Eine Abteilung Truppen ist dahin entsandt worden, um die Ruhe wieder herzustellen. — Wie von der Insel Barbados gemeldet wird, sind von dort 300 Mann Truppen nach Trinidad abgehut. — Die Ausbildung der ausländischen Bewegung abgegangen. Bei den Unruhen wurden 150 Personen getötet oder verwundet. Da die Bevölkerung, wie es scheint, weitere Ausgrabungen plant, sind umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

## Partei-Nachrichten.

**Wink für die Reichstagswahlen.** Unter diesem Titel wird im Parteiberlage, Buchhandlung Vorwärts, eine Broschüre erschienen, die unter Verächtigung der vom Bundesrat vorgenommenen Veränderungen (Psolierraum und Wahlcouverts) die wichtigsten Bestimmungen des Wahlreglements und des Wahlgesetzes enthält und die ferner in einzelnen Kapiteln: Wer ist wahlberechtigt? — Verbreitung von Wahl-Druckschriften — Wahlversammlungen — Wahllokale — Wahlzeit — Wahlgeheimnis — Wahlbeeinflussungen — Wahlkontrolle — Wahlprotest die Rechte der Wähler und die Pflichten unserer Parteigenossen zur Organisation des Wahlkampfes darlegt.

Einen großen Sieg haben am Sonntag die Socialisten von Gent erfochten. Ihre Liste bei den Gewerbegerichts-Wahlen erhielt 10 100 Stimmen gegen 9709, welche die anti-socialistische Liga auf die ihre vereinigte. Der Sieg ist um so bemerkenswerter, als nicht bloß die Stadt Gent, sondern auch die umliegenden Dörfer an der Wahl beteiligt sind. Vor zwei Jahren war die socialistische Liste mit 2000 Stimmen Majorität geschlagen worden.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Oberschlesische Ungeheuerheiten.

Die Väterinnungen des ober-schlesischen Industriebezirks waren kürzlich in Katowiz versammelt, um sich gegen die erwachende Arbeiterbewegung zu rüsten. Es wurde weidlich auf den Centralverband der Väter geschimpft, wobei kein Unfuss ungesagt blieb, der bisher schon über die gewerkschaftlichen Streikungen der Arbeiter ausgehet worden ist. Die Geschichte würde uns keinen Tropfen Träne entlocken, wenn nicht dabei eine recht ober-schlesische Ungeuerheit ans Tageslicht gefördert worden wäre. Ein Vätermeister aus Königshütte Namens Figulla teilte nämlich in aller Harmlosigkeit mit und die „Katowitzer Zeitung“ berichtet es in ihrem Versammlungsbericht ebenso harmlos, daß er bereits von den Behörden die Mitgliederliste des Verbandes verlangt habe und daß sie den Weisern mitgeteilt werden solle, damit Verbandmitglieder nicht in Arbeit genommen würden. Es soll ein Centralbureau in Katowiz geschaffen werden und von diesem sollen die in den einzelnen Orten zu errichtenden Arbeitsnachweisk-Bureaus die Mitgliederlisten des Verbandes erhalten.

Ob sich die Behörden dem Herrn Figulla gegenüber schon bereit erklärt haben, die Mitgliederlisten mißbräuchlicherweise herauszugeben oder ob Herr Figulla das nur in seiner ober-schlesischen Ungeuerlichkeit annimmt, ist aus der Form der Mitteilung nicht mit Sicherheit zu ersehen. Jedenfalls wäre die Herausgabe der Listen durch die Behörden an die Unternehmer ein Mißbrauch. Das Recht, von den Organisationen die Mitgliederlisten zu fordern, soll natürlich nur der eignen Information der berechtigten Behörden dienen, und es ist ihnen keineswegs das Recht erteilt, diese Information dritten zugänglich zu machen, die daraus nicht ein ausdrückliches Recht besitzen. Man wird ja bald erfahren, ob die Behörden Oberschlesiens wirklich den Wünschen der Vätermeister entgegengekommen sind und gegen den Verband der Gehilfen Partei ergriffen haben.

— **Ueber einen Preßprozeß** mit etwas Iomischem Beigeschmack wird der „Leipziger Volkszeitung“ aus Allenburg berichtet. Hier wurde vor etwa sechs Monaten gegen den Verleger Striße der hiesigen „Volkszeitung“ und deren Redakteure Striße und Ludwig ein Verfahren wegen Verletzung des Preßgesetzes eingeleitet, weil Ludwig nur als Stütze vorgezogen sein sollte, um auf diese Weise den bereits sehr oft bestrafte Genossen Striße zu decken. Die Untersuchung gestaltete sich deshalb schwierig, weil außer den angeklagten drei Genossen niemand mehr über die Intention der Redaktion der „Allenburger Volkszeitung“ Auskunft geben konnte. Auf Veranlassung des Polizei-Inspektors mußten nun Schulze und Striße in die im Parterre gelegenen Redaktionsräume der „Volkszeitung“ hineinschauen, um zu ermitteln, wer dort arbeitete. Als unsere Genossen diese polizeiliche Lebenswürdigkeit merkten, beschlangen sie das Theater mit einem großen Teppich, um die lästige Zugluft etwas abhalten zu können. Man ließ man eines Tages in der Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung“, wo unser Blatt gedruckt wird, eine Hausdurchsuchung nach dem Manuskript vornehmen, fand aber nur ein leeres Couvert, dessen Adresse obendrein nicht geschrieben, sondern gedruckt war. Gleichzeitig wurden zwei Letter der Druckerei vernommen, um anzugeben, wer der Redakteur unserer Blattes sei. Die Feststellungen eritredten sich sogar auf die Zusammensetzung der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“. Jeder einzelne Redakteur war in den Ermittlungsgängen angeführt. Die Leipziger Genossen erklärten natürlich, daß sie sich um die Redaktion der „Allenburger Volkszeitung“ nicht kümmern, sondern lediglich den überwiegenen Druckauftrag ausführen. Jetzt stellt man das

Verfahren gegen den Genossen Stücken ein, um ihn dann als Zeuge verwenden zu können. In der Verhandlung am Freitag lehnten die Angeklagten jede Auskunft ab, die vorgeladenen Polizeibeamten wollten nicht und der als Junge geladene Genosse erklärte, sein Zeugnis zu verweigern, um nicht selbst sich einer strafrechtlichen Untersuchung auszusetzen. Trotzdem nun tatsächliche Feststellungen sich als ganz und gar unmöglich erwiesen, kam das Gericht doch zu einer Verurteilung und erkannte gegen Strigle auf 75 M., gegen Ludewig auf 50 M. Geldstrafe.

Die Übernahme einer öffentlichen Geldsammlung zu den Zwecken der Reichstagswahl ist dem sozialdemokratischen Verein für den 14. sächsischen Wahlkreis nicht genehmigt worden. Die Kreisbauernschaft Leipzig befürchtet davon eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, weil die Möglichkeit bestände, daß die Sammelboten mit anders gefälschten Angehörigen in Differenzen geraten könnten. Da die Behörde solche Versammlungen bei der Genehmigung von Sammlungen für kirchliche Zwecke noch niemals geahndet hat, so darf man annehmen, daß sie den Gegnern kirchlicher Sammlungen viel mehr Anstand bei der Abweisung der Sammler zutraut, wie den Gegnern sozialdemokratischer Sammlungen für Wahlzwecke.

Mathematische Irrungen und Versammlungsverbot. In dem Orte Kleinrügeln im 11. sächsischen Reichstags-Wahlkreis hatten die Parteigenossen eine Versammlung vor freiem Himmel arrangiert. In diesem Zwecke hatte eine Grundbesitzerin ein Stück Feld, die Parzelle 66, zur Verfügung gestellt. Die Versammlungsanzeige lautete auch auf Parzelle 66 und ebenso die von der Anwaltschaft darüber erteilte Bescheinigung. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, hatte der Einrufer diese Parzelle von der Besitzerin gemietet und darüber einen ordentlichen schriftlichen Vertrag mit ihr abgeschlossen. In diesem Vertrage war aber irrtümlicherweise die Parzellenummer 68 angegeben, obwohl 66 gemeint war. Das kam zur Kenntnis der Polizei, und obwohl der Vertrag mit der Versammlungsanzeige nichts zu thun hatte, verbot jetzt die Polizei die Versammlung auf Parzelle 68, weil sie zu klein sei (Parzelle 66 ist dagegen sehr groß). Der Einrufer künneterte sich um das Verbot nicht, da er nicht nach Parzelle 68, sondern nach Parzelle 66 eine Versammlung einberufen hatte. Als nun die Teilnehmer sich auf Parzelle 66 versammelten, kam der Gendarm und löste die Versammlung auf, weil sie verboten sei. Es wurde ihm zwar die auf Parzelle 66 lautende Anmeldebefcheinigung und das auf Parzelle 68 lautende Verbot vorgezeigt, aber, obwohl die beiden Parzellen 250 Meter weit auseinander liegen, ließ er sich durch das bisherige Zahlenunterschied nicht irritieren: er blieb bei seiner Auffassung.

## Aus Industrie und Handel.

Stempelhinterziehungen. Von umfangreichen Börsenstempel-Defraudationen, die zu dem im vorigen Jahre auf dem Bankierstag in Frankfurt gehaltenen schönen Reden über die moralische Deutung des Bankierhandels eine merkwürdige Illustration liefern, weiß die „Allg. Volksw.“ zu berichten. Nach der Aufstellung der Stempelrevisionen bei den deutschen Bankgeschäften im Jahre 1901 (für das Jahr 1902 liegt eine solche noch nicht vor) wurden in Preußen von 2556 revisionspflichtigen Bankiers 523 revidiert, wobei sich 1365 Defraudationen oder Konventionen herausstellten, in Bayern von 461 Bankiers 199 revidiert mit 6826 Defraudations- und Konventionen, in Mecklenburg-Schwerin von 18 Bankiers 17 revidiert mit 1162 Fällen. In Hamburg wurden von 713 Bankiers 9 revidiert. In Württemberg hat überhaupt keine Revision stattgefunden. Trotz der vielfachen Stempelhinterziehung ist nur in ganz wenigen Fällen Strafantrag gestellt worden, in allen übrigen Fällen hat man sich, wie es scheint, mit der Nacherhebung des Stempels begnügt. Die Reichshaushalts-Kommission hat deshalb eine Resolution nach dem Antrage des Centrumsabgeordneten Eppel beschlossen, worin der Reichsanwalt aufgefordert wird, für eine strenge und gleichmäßigere Handhabung des Revisionrechts Sorge zu tragen. Zweifellos steht schon jetzt fest, daß die Stempelhinterziehungen einen geradezu ungeheuren Umfang erreicht haben und daß auf diese Weise die Reichsfinanzen außerordentlich geschädigt sind.

Ludwig Löwe u. Co., Berlin. Das Gewinn- und Verlust-Conto ergibt einen Gewinn von 2 126 402 M. (im Vorjahr 2 513 008 M.). Nach Abzug von 355 000 M. (im Vorjahr 375 000 M.) für Anleihezinien, 122 968 M. (182 523 M.) für andre Zinsen und 438 153 M. (617 850 M.) für Handlungsunkosten bleibt mit Einschluß des Vortrages aus dem vorausgegangenem Jahre ein Gewinn von 1 251 576 M. (1 476 379 M.), von dem eine Dividende in der Höhe von 10 Proz. (in 1901 12 Proz.) verteilt werden soll. Ueber die Geschäftslage der Gesellschaft heißt es im Bericht:

Der Geschäftsgang im abgelaufenen Jahre hat sich gegen das Vorjahr nicht gebessert. Zwar hat sich unser Abiaz gehoben, indes war die Steigerung unwesentlich und wurde aufgewogen durch den weiteren Rückgang der Verkaufspreise. Infolge der ungünstigen Verhältnisse hat sich eine Anzahl neubegründeter Fabriken veränderter Branchen veranlaßt gesehen, in Liquidation zu treten, und dadurch ist eine große Anzahl fast neuer Maschinen an den Markt gekommen, welche zu jedem Preise veräußert werden mußten und den ohnehin geringen Bedarf an neuen Maschinen noch weiter verringerten. Diese Liquidationen scheinen nun beendet zu sein, indes sind die Verbaucher unserer Fabrikate immer noch sehr zurückhaltend. Es liegt dies in der Natur der Sache; denn solange die Fabriken selbst nicht mit befriedigendem Gewinn arbeiten, haben deren Leiter weder Reizung noch disponible Mittel für Neu-Anschaffungen. Erst wenn das Geschäft im allgemeinen sich wieder befriedigend gestaltet haben wird, wird sich auch der Abiaz unserer Erzeugnisse wieder heben. Die amerikanische Konkurrenz ist weniger fühlbar gewesen als früher, teils weil die Industrie in Amerika selbst ausreichende Verwendung für die amerikanischen Werkzeugmaschinen-Produktion hat, teils weil das durch die vorstehenden Vorgänge herbeigeführte Preisniveau die Amerikaner nicht mehr reizen konnte, Maschinen an den hiesigen Markt zu bringen.

Das Tübinger Schwurgericht verhandelte heute gegen den Bankier Eugen Bräuning, der, um seine Spekulationen in Zucker durchzuführen zu können, fremde Gelder in der Höhe von 289 300 M. veruntreut hat. Der Angeklagte wurde zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, wovon 6 Monate Unteruchungshaft abgehen. Der Staatsanwalt hatte 7 Jahre Zuchthaus beantragt.

Neue russische Anleihe. Nach der „Frankfurter Zeitung“ waren in Petersburg alle Vorbereitungen getroffen, um mit Frankreich wegen einer neuen russischen Anleihe von einer halben Milliarde Frank für Anfang 1904 in Verbindung zu treten. Aus unbekanntem Gründen wurden jedoch die vorbereitenden Unterhandlungen plötzlich abgebrochen. Es wird angedeutet, daß die französische Geschäftswelt Wert darauf legt, daß zunächst das deutsche Kapital sich umfangreicher in russischen Anleihen engagiert, da man dadurch eine größere Widerstandskraft für den Fall zu erlangen hofft, daß sich einmal Währungserschwerungen ergeben sollten.

Konfolidierte Redenhütte zu Jazgze. In der heute hier abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung, die über den Antrag der Verwaltung zu beschließen hatte, dem Liquidator die Vollmacht zur Veräußerung des gesamten Unternehmens gegen eine Vorzahlung von 900 000 M. zu erteilen, wurde nach einer stürmischen Debatte schließlich dieser Antrag mit beträchtlicher Mehrheit angenommen.

## Die Berliner Gewerkschaften im Jahre 1902.

Soeben ist der Jahresbericht des Arbeitersekretariats Berlin und der Gewerkschaftskommission in Gestalt einer 115 Seiten starken Broschüre erschienen. Der Bericht unterscheidet sich sowohl durch seinen Inhalt, wie durch Anordnung und Behandlung des reich-

haltigen Stoffes sehr vorteilhaft von den Berichten, welche die Gewerkschaftskommission in früheren Jahren herausgab, und er läßt erkennen, daß auch die Tätigkeit des Sekretariats sich gegen früher erheblich erweitert und verbessert hat, so daß das „Berliner Gewerkschaftsbureau“, welches sich auf dem Titelblatt des vorliegenden Jahresberichts — unsres Wissens zum erstenmal offiziell — als „Arbeitersekretariat Berlin“ bezeichnet, diese Bezeichnung mit vollem Recht beanspruchen kann, unsofern, da ja die Funktionen der Sekretäre längst über den Rahmen rein gewerkschaftlicher Angelegenheiten hinausgehen.

Der gewerkschaftliche Teil des Jahresberichts giebt unter anderem eine tabellarische Uebersicht über die Mitgliederbewegung der 72 Organisationen, welche der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind. Sowohl in der Gesamtzahl der Mitglieder, wie in denen der einzelnen, besonders der größeren Organisationen, zeigt sich ein erfreulicher Fortschritt. Während das vierte Quartal 1901 mit insgesamt 84 037 Mitgliedern schließt, ist diese Zahl im Jahre 1902 ständig gewachsen und bis zum Jahresabschluss auf 108 729 gestiegen. Die Gesamtzahl der in den betreffenden Berufen beschäftigten Arbeiter giebt der Bericht (auf Grund welcher Quelle wird nicht gesagt) auf 425 310 an. Da hiernach trotz der erfreulichen Zunahme der Mitgliederzahl erst etwa der vierte Teil der in Berlin beschäftigten Arbeiter organisiert ist, so bleibt den Gewerkschaften noch ein weites Feld für ihre organisatorische und agitatorische Tätigkeit, welches sie hoffentlich mit dem gleichen, wenn möglich mit noch größerem Erfolge betreiben werden, wie es seither der Fall war.

Betrachten wir die in der Tabelle aufgeführten Gewerkschaften im einzelnen, so finden wir bei 36 eine Zunahme, bei 18 Organisationen eine meist unbedeutende Abnahme des Mitgliederstandes, während die übrigen 18 auf dem gleichen Stand blieben beziehungsweise keine Vergleichszahlen aus dem Vorjahre angeben können.

Die stärkste Organisation ist der Metallarbeiter-Verband, der am Jahresabschluss 30 664 Mitglieder hatte (gegen 21 374 im Vorjahre). Dann folgt der Holzarbeiter-Verband mit 12 000 (im Vorjahre 11 174), der Maurer-Verband mit 8074 (8170), der Buchdrucker-Verband mit 6091 (6576), die Handels- und Transportarbeiter mit 5806 (6001), die Buchbinder mit 3786 (3420), die städtischen Arbeiter mit 3289 (2305), die Zimmerer mit 2845 (2419), die Bauarbeiter mit 2500 (2768), die Schneider mit 2400 (1800), die Töpfer mit 2012 (1500), die Lithographen und Stein-drucker mit 1952 (1749), die Schuhmacher mit 1650 (1417), die Drochsenkutscher mit 1413 (1302), die Puffer mit 1384 (1127), die Raschmisten und Heizer mit 1096, die Sattler mit 1058 (1084), die Schmiede mit 1040 (965) usw.

Die Gesamteinnahme aller der Kommission ange-schlossenen Gewerkschaften drückt sich in der Summe von 2 447 103 M. aus. Auch über die Verwendung der „Arbeiter-groschen“ giebt der Bericht Auskunft, und wir erfahren, daß bedeutende Summen für Unterstützungszwecke ausgegeben wurden. 36 Organisationen verbanden für Reise-Unterstützung 41 371 M., 29 Organisationen gaben für Arbeitslosen-Unterstützung 452 904 M. aus, 23 Gewerkschaften verbanden für Krankenunterstützung 175 490 M., 24 Organisationen zahlten 26 178 M. Sterbegeld, 6 Gewerkschaften gaben für Invalidenunterstützung 20 325 M. aus. Für besondere Unterstützungen verbanden 48 Gewerkschaften 259 359 M., und 26 Organisationen zahlten 19 023 M. für Rechtschutz.

Wer der Meinung ist, daß die Pflege des Unterstützungswesens zur Vernachlässigung des gewerkschaftlichen Kampfes führt, den lehrt das Studium der Streittabellen, daß diese Annahme irrig ist. Im Berichtsjahre wurden 103 Abwehr- und 303 Angriffstreiks geführt. In den ersteren waren 2357, an den letzteren 9557 Personen beteiligt. Die Abwehrstreiks erforderten eine Ausgabe von 95 128 M., während die Angriffstreiks eine Ausgabe von 272 820 M. verursachten. Die Beteiligung der einzelnen Organisationen an den Streiks sowie Umfang und Dauer der letzteren ist sehr verschieden. Die höchste Zahl der Angriffstreiks, nämlich 90, haben die Bauarbeiter geführt, jedoch betrug die durchschnittliche Dauer nur 2 1/2 Tage, die Gesamtausgabe 16 593 M. Die Holzarbeiter hatten 50 Angriffstreiks mit durchschnittlich 28 1/2 tägiger Dauer und 50 382 M. Kosten. Die Metallarbeiter haben 41 Angriffstreiks geführt, die durchschnittlich 19 1/2 Tage dauerten und 174 270 M. kosteten. Die Töpfer hatten 18 Streiks mit einer durchschnittlichen Dauer von 10 1/2 Tagen und einer Ausgabe von 116 Mark. Die Holzbearbeitungs-maschinen-Arbeiter führten 17 Streiks mit einer durchschnittlichen Dauer von 15 Tagen und einer Ausgabe von 3084 M. Die Puffer führten 15 Streiks mit 3 1/2 tägiger durchschnittlicher Dauer und 2205 M. Kosten usw.

In den Abwehrstreiks sind die Metallarbeiter mit 39 beteiligt, die durchschnittlich 10 1/2 Tage dauerten und 82 791 M. kosteten. Die Töpfer hatten 18, die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter 10 Abwehrstreiks, dann folgen für die andern Berufe erheblich geringere Zahlen.

Ueber die Ergebnisse der Streiks sehen wir aus dem Bericht, daß von den 303 Angriffstreiks 162 erfolgreich, 34 mit teilweisem Erfolg und 102 erfolglos endeten, während von 15 der Ausgange bei Abschluß des Berichts noch nicht bekannt war. Von den 403 Abwehrstreiks endeten 43 erfolgreich, 10 mit teilweisem, 36 ohne Erfolg, 14 unbekannt. Bei den Abwehrstreiks sind auch die Ursachen angegeben: 31 wurden wegen Lohnregelung, 46 wegen Lohnherabsetzung, 22 wegen Nichtbeachtung der allgemeinen Arbeitsbedingungen und 4 wegen schlechter Behandlung geführt.

Schließlich sei noch einiges aus dem Kasernenbericht der Gewerkschaftskommission angeführt. Sie verzeichnet einschließlich eines Kasernenbestandes von 15 216,28 M. eine Gesamteinnahme von 43 705,80 M., wovon 25 681,21 M. von den angeschlossenen Organisationen eingingen und zwar 9082,45 M. als Beiträge für die Kommission, 5294,50 M. als Beiträge für die im Februar 1902 vorgenommene Arbeitslosen-zählung (welche einen Kostenaufwand von 5275,75 M. verursachte) und 11 364,26 M. für den Weberstreik in Meerane. (Unter Ausgaben sind für diesen Streik 11 398,51 M. und für den Tabakarbeiter-Streik 653,60 M. aufgeführt.)

So weit das Wesentlichste aus dem gewerkschaftlichen Teil des Berichtes. Der sehr beachtenswerte soziale Teil enthält Arbeiten über Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung, Arbeiterschutz, Arbeitsvertrag, Lohnbefehlagnahme-Gesetz und Koalitionsrecht. Alles in allem ist der diesjährige Bericht eine schätzenswerte Arbeit, deren Lektüre den Arbeitern angelegentlich empfohlen werden kann.

Was die Arbeitsleistung des Sekretariats betrifft, so mag noch erwähnt werden, daß dasselbe im Berichtsjahre an 2753 Personen Rat und Auskunft in wichtigeren Angelegenheiten erteilte, daneben erhielten noch 4672 Personen kleinere Auskünfte, die nicht besonders eingetragen werden. Nicht nur aus Berlin und der nächsten Umgebung, sondern auch aus weit entfernten Orten, in vier Fällen sogar aus Italien und Ostreich-Ungarn wurde der Beistand des Sekretariats in Anspruch genommen.

## Gewerkschaftliches.

Zur Aushaltung der Vereinigung der getrennt marschierenden Gewerkschaftsorganisationen hat am Sonntag, den 22. März die erste Sitzung der Beteiligten stattgefunden. Weitere Verhandlungen sind in Aussicht genommen. Man war allseitig der Meinung, daß während der Zeit der schwebenden Verhandlungen jeder Teil Angriffe sowohl in Versammlungen wie in der Presse zu unterlassen habe, und etwaige Publikationen sich im Rahmen streng sachlicher Erörterung zu halten hätten.

### Baugewerbliche Arbeiter!

Am Sonntag, den 29. März, abends 6 Uhr, beginnt im Gewerkschaftshause der II. Bauarbeiter-Schuy-Kongress. Die Berliner Delegierten wollen — soweit es noch nicht geschehen ist — ihre Anmeldungen beim Unterzeichneten einreichen.

Am Sonntagabend findet ein Kommerz statt und werden Teilnehmerarten hierzu den beteiligten Organisationen zur Verfügung gestellt. Da wir mit einer großen Zahl von Delegierten zu rechnen haben, so kann naturgemäß die Zahl der Festteilnehmer seitens der beteiligten Organisationen nur eine beschränkte — den Saalverhältnissen entsprechende — sein. Am Kommerz können in Rücksicht auf Vor-siehendes nur Herren teilnehmen.

Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Für das Lokalkomitee:

G. Lint, Engel-Ufer Nr. 15.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Streik der Militärschneider.

Nach dem Bericht, den Ritter gestern vormittag in der Versammlung der Streikenden gab, ist insofern eine Änderung im Stand des Streiks eingetreten, als die Firmen Stein und Schön die Forderungen bewilligt haben und dort die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Es kommen hierbei zwar nur 17 oder 18 Kollegen in Frage, die Sache ist aber insofern von Bedeutung, als die Firma Stein die früher erwähnte Annonce im „Militär-Wochenblatt“ unterzeichnet hatte und also dem Ring der Unternehmer angehörte. Bei der Firma Kühne in Erfurt war von der Berliner Filiale Streitarbeit eingetroffen. Als aber dort die Militärschneider vorstellig wurden und mit Arbeitsniederlegung drohten, gab die Firma ihr Ehrenwort, die Arbeit nicht fertigstellen zu lassen, und versprach, mit den streikenden Arbeitern ihrer Berliner Filiale zu verhandeln. Die Firma Wellhausen läßt in ihrer Filiale in Danmader auch zu gewöhnlichen Zeiten Arbeiten aus Berlin anfertigen, darum ist es jetzt schwer fest-zustellen, was Streitarbeit ist und was nicht. Höchst wahrscheinlich wird dort in nächsten Tagen die Arbeit niedergelegt werden. Der Redner erwähnte ferner, daß in letzter Zeit in der „Volksw.“ des öfteren Militärschneider sowohl für Berlin als auch nach auswärts gesucht wurden, und forderte die Anwesenden auf, diese Annoncen zu beachten und dafür zu sorgen, daß keine Streitarbeit angefertigt wird. Des weitern fand es der Redner sehr sonderbar, daß die „Volksw.“, die sonst doch von den Vorgängen in den Gewerkschaften Notiz nimmt, über den Streik der Militärschneider keine Berichte bringt. Daraus sei zu ersehen, daß dieses Blatt die Arbeiterinteressen nicht vertritt. Dann ging der Redner auf die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht ein und hob hervor, daß es sich hierbei gezeigt habe, daß es den Unternehmern nicht darum zu thun gewesen sei, Schadenersatz zu erhalten, sondern viel mehr darum, ihre Arbeit fertiggestellt zu erhalten. Die Beschlagnahme könnten übrigens mit voller Gemütsruhe dem weiteren Verlauf der Angelegenheit und den Verhandlungen vor dem zünftigen Schiedsgericht entgegengehen. Die nächste Versammlung soll Samstagabendvormittag stattfinden.

Die Rohrleger und Helfer befaßten sich am Dienstag erneut mit dem am 1. April in Kraft tretenden Änderung des Lohn-tarifs. In der Voraussicht, daß ein Teil der Unternehmer bei der Zahlung der erhöhten Tarifsätze Schwierigkeiten machen werde, legte die Versammlung in folgender einstimmig gefaßten Resolution ihre Verhaltungsmaßregeln fest:

Die Erhöhung des Minimallohnes auf 55 Pf. für Rohrleger und 40 Pf. für Helfer ist vom Morgen des 1. April 1903 ab in allen Betrieben zu zahlen. Diejenigen Betriebe, die am Sonntag den 4. April die Zahlung des neuen Minimallohnes verweigern, sind sofort dem Verbandsbureau zu melden. Jedoch darf die Arbeit unter keinen Umständen niedergelegt werden, bevor nicht ein Vertreter der Schlichtungskommission mit dem betreffenden Arbeitgeber verhandelt hat.

Der Versammlung wurde von Wiesenthal noch die Mit-teilung gemacht, daß die Schlichtungskommission eine Neuregelung der Jahresschlichtung beantragen will. Von allgemeinem Interesse dürfte ferner die Mitteilung sein, daß die Unternehmer des Rohrlegergewerbes aus dem Verbands der Berliner Metall-industriellen ausgeschlossen sind, weil sie mit dem Metallarbeiter-Verband bei Beendigung des vorjährigen Streiks den gegenwärtig geltenden Tarifvertrag abgeschlossen haben. Vielleicht, so meinte Wiesenthal, lasse sich dem Gedanken der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für das Rohrleger-gewerbe in absehbarer Zeit näher treten.

Zur Lohnbewegung der Fensterputzer von der Firma Stähr u. Co. ist zu bemerken, daß die Streikenden ohne Ausnahme fest-stehen. Arbeitswillige Fensterputzer haben sich trotz Annonce sowie Säulenanschlagn nicht gefunden. Die Firma vermahnt Erntgleute von der Wiener Filiale nach hier zu ziehen. Die Wiener Arbeiter-schaft ist aber von den Beweggründen des Streiks unterrichtet und hat erklärt, keine Streikbrecher nach hier zu senden.

Wie berechtigt die Lohnbewegung ist und auf welche schwachen Füßen die Angaben der Firma Stähr u. Co. stehen, beweist die Tatsache, daß die Firma den Arbeitswilligen bereits 21 M. Lohnlohn bietet. Die Forderung der Streikenden betrug aber nur 19,50 M. Die Firma rechnet damit, daß es ihr gelingen wird, den Betrieb aufrecht zu erhalten, um dadurch ihre Leute zu zwingen, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne daß die Verhandlungen mit der Organisation gepflogen werden. — Im Streik befinden sich 120 Mann, die Streikenden sind guten Muts, da jeder Arbeiter seine Ausdauer auf die Lohnbewegung aufmerksam gemacht hat und auf die Unterstützung seitens der Kundchaft rechnet. Ein großer Teil der Kunden hat schon erklärt, durch Streikbrecher nicht gehen zu lassen. Wenn dies durchgeführt wird, ist der Sieg in kurzer Zeit sicher.

Die Drahtarbeiter (Radler, Spinner und Weber) beschlossen, in allernächster Zeit in eine Lohnbewegung einzutreten. Die einzelnen Forderungen sollen demnächst endgültig formuliert werden.

Gehausucht wurde am Dienstag mehrere Stunden in den Räumen des Verbandes der städtischen Arbeiter. Es handelte sich hierbei um die Verbeschaffung von Beweisen, ob die in Kasse organisierten städtischen Arbeiter einen offiziell gewählten Vorstand oder nur einen Vertrauensmann — wie es seitens des Verbandsvorstandes behauptet wird — zur Leitung der Geschäfte gewählt haben. Beschlagnahme wurden drei Abrechnungen und ein Brief.

Also eine große polizeiliche Aktion, die vermutlich auch noch die Gerichte beschäftigen wird, und der kleine Zweck dieser großen That kann ausnehmend nur der sein, die Kasseler Mitgliedschaft zu einem selbständigen Verein zu stampeln, damit die Polizei die Einreichung der Mitgliederliste verlangen kann.

### Deutsches Reich.

Die Maßregeln des Norddeutschen Lloyd, welche die Rahmlegung der Hafenarbeiter-Organisation in Bremerhaven bezwecken, werden begreiflicherweise von der Unternehmerpresse mit hellem Jubel begrüßt. Aus diesen Äußerungen geht, ebenso wie aus den ersten Wolffischen Meldungen über diese Angelegenheit hervor, daß das rücksichts-lose Vorgehen gegen die Organisation der Arbeiter auf Ver-anlassung der Direktion des Lloyd erfolgt ist und daß es somit eine leere Andrede war, wenn die Direktion vor einigen Tagen der Arbeiterkommission erklärte, die Angelegenheit ginge sie (die Direktion) nichts an, sondern nur den Unternehmer Dinsch. Die „Neuesten Nachrichten“ sprechen von einem Schläge, den der Hafenarbeiter-Verband gegen den Norddeutschen Lloyd ausüben wollte, den nun die Direktion durch ihre Maßnahmen pariert habe. Das ist eine Entstellung der Thatfachen, wie man sie oft in der unternehmerfreundlichen Presse findet. Niemand hat einen Schlag gegen den Lloyd geführt, oder zu führen beabsichtigt. Der Ausfall war ja in aller Ruhe beigelegt und die Klarstellung der eigentlichen Veranlassung desselben einer gerichtlichen Entscheidung anheim gegeben. Ohne diese abzuwarten, ging der Lloyd mit seinen Maßnahmen gegen die Arbeiter vor und es scheint ihm ja auch gelungen zu sein, durch eine recht deutliche Drohung mit der Hungerpeitsche die meisten Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu bewegen. Die Absicht

der Schafmacherschen Praktiken des Lohds scheinen also erreicht. Da sie es wirklich sind, mag dahingestellt bleiben. Unsere Parteiblätter in Bremen und Bremerhaven glauben nicht, daß der Lohd wirklich einen Sieg errungen habe. Es ist ja auch gar nicht gesagt, daß die Arbeiter, welche dem Zwange gehorchen ihrer Organisation den Rücken kehren, auch damit dem Geist der Solidarität entsagt haben. So lange aber die Arbeiter sich solidarisch in der Wahrnehmung ihrer Interessen fühlen, haben die Unternehmer das Spiel noch nicht gewonnen, und die Saat, welche die Organisation ausgestreut hat, wird seiner Zeit aufgehen.

**Auspeicherung der Töpfer in Königsberg i. Pr.** Am Dienstag sind sämtliche Töpfergesellen in Königsberg von ihren Unternehmern ausgepeert worden. Im vorigen Jahre wurde eine Kommission von den Gesellen und eine Kommission von den Meistern gebildet. Diese beiden Kommissionen hatten den Auftrag, den Lohn für das Jahr 1908 auszuarbeiten. Der Tarif sollte bis zum 15. März fertig sein. Am 18. März verhandelte eine Versammlung der Töpfergesellen über den Lohn, und da dieser auch von den Meistern verlangt worden war, so wurde er den Meistern eingereicht. Am 23. März hatte der Innungsvorstand und die Meisterkommission Sitzung und heute morgen wurden die Töpfer, die bei den Meistern arbeiten wollten, entlassen mit der Begründung, daß die Gesellen ihre Forderungen übertrieben hätten!

**Streikbrecher sucht die Tapezierer-Innung in Hamburg,** wo sich die Gehilfen dieses Gewerbes zur Zeit im Auslande befinden. Der Berliner Innungsmeister ist ein Circular der Hamburger Innung zugegangen, worin nach einer beweglichen Lage über das Vorgehen der Streikenden gesagt wird:

„Unser Wille geht nun dahin, etwa entbehrliche Gehilfen und wenn solche Lust haben, bei uns zu arbeiten, uns zu überweisen und vor allem Meisterkinder, welche doch gewiß den Wunsch hegen, unsere „Waterlant“ einmal kennen zu lernen, uns zuzuführen zu wollen, damit wir den Herren Gehilfen zeigen können, daß wir Meister unter uns auch eine nicht zu unterschätzende Macht bilden.“

Dieser Lokus beweist, daß die Innungsmeister in Hamburg selbst keine Klausur finden, und daß die Sache der Streikenden somit nicht schlecht steht. Die paar Meisterkinder, die sich etwa durch die Freuden, welche an der „Waterlant“ ihrer harten, verlocken lassen, werden den Stuhl auch nicht fest machen.

### Ausland.

**Die Möbeltransportarbeiter in Paris** haben am Dienstagabend den Ausstand beschlossen.

**Zum Streik der römischen Schriftsetzer.** Der Generalrat der römischen Arbeiterschaft hat sich dahin entschieden, von einem Generalausstand zu Gunsten der Typographen Abstand zu nehmen, dafür aber für finanzielle Unterstützung der Streikenden zu sorgen.

## Sociales.

### Arbeitslosenverband und Krankenliste.

Den Schlosser J., zu dessen Unterstützung die Betriebs-Krankenliste der Firma Wegmann u. Comp. zu Hohenheim verpflichtet war, hatte der Ortsarmenverband Stendal im Johanner-Krankenhaus zu Stendal versorgen und behandeln lassen. Der Armenverband erhob auf Grund der Bestimmungen des Krankenversicherungs-Gesetzes Anspruch auf Kostenerstattung in Höhe von 133,05 M. während die genannte Betriebsliste sich nur zur Zahlung von 144,85 M. verpflichtet hielt. Die Rasse berief sich auf ihre Statut, wonach Mitglieder, die außerhalb eines Umkreises von 10 Kilometern erkranken, nur den anderthalbfachen Betrag des Krankengeldes der Wochentage zu bekommen hätten und damit zugleich für die Kosten der Heilbehandlung aufgefunden seien. Da eine Einigung wegen der Differenz nicht zu Stande kam, lagte Stendal im Verwaltungsstreit-Verfahren. Es stellte sich heraus, daß die Stadt an das Johanner-Krankenhaus für J.'s Verpflegung pro Tag nur eine Mark gezahlt hatte, aber der Klasse 1,25 M. pro Tag anrechnete. Die Stadt (der Ortsarmen-Verband) erklärte dies damit, daß sie den Johannern bei Errichtung des Krankenhauses auf viele Jahre ein zinsloses Darlehen von 64.000 M. gegeben und sich verpflichtet habe, dem Krankenhaus das Gas zum Selbstkostenpreise zu liefern, und daß als Vergütung hierfür der Stadt für die von ihr überwiesenen Kranken nur eine Mark an Verpflegungskosten pro Tag berechnet würde. Tatsächlich kostete also der Kranke der Stadt mehr als eine Mark.

Der Bezirksauschuss wies den Armenverband mit seiner Mehrforderung ab, das Oberverwaltungsgericht als Revisionsinstanz hob aber diese Entscheidung wieder auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an die Vorinstanz zurück: Es sei nicht gesetzlich zulässig, Kranke nach verschiedenen Grundätzen zu behandeln, wie es die beklagte Betriebsliste thue, indem sie untereinander zwischen Kranken, die außerhalb eines gewissen Umkreises erkrankten, und denen, wo dies nicht der Fall sei. Da der Vordereichter dies verkannt und jene unzulässige Bestimmung der Betriebsliste berücksichtigt habe, so müsse die Vorentscheidung aufgehoben werden. In der Sache selbst handle es sich nun um die Frage, wie viel Stendal liquidieren könne. Jedenfalls habe die Stadt recht, wenn sie mit Rücksicht auf die erwähnten Verträge mit den Johannern als Ersatz von der Betriebsliste mehr verlange als die eine Mark, die sie vertraglich zahlte, da sie ja die Kosten zu tragen habe für die Aufwendungen, die sie durch die Hingabe des zinslosen Kapitals von 64.000 Mark an die Johannern z. auf sich genommen habe.

Tatsächlich leiste sie ja für die Kranken mehr als die eine Mark. Wieviel, werde der Bezirksauschuss feststellen müssen. Je nach dem Ergebnis der Feststellungen sei die Betriebsliste zu verurteilen.

**Eine Konferenz der Arbeiterabstinenten** wird von der beauftragten Lokalkommission für den 13. April nach Bremen einberufen. Dieselbe tagt im Vereinshaus Hanfenstr. 21/22 und beginnt 9 Uhr morgens. Als provisorische Tagesordnung wird vorgeschlagen: 1. Bericht der Delegierten. 2. Die Stellung der Arbeiter-Abstinentenvereine innerhalb der Enthaltensbewegung. 3. Wie stellen wir uns zur Gründung einer Centralorganisation? 4. Eventuelle Beratung der Statuten. 5. Unsere Agitation.

Berechtigt zur Teilnahme an der Konferenz sind alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Abstinenten. Etwasige Anträge und Anmeldungen sind bis zum 5. April an St. Klavitter, Bremen, Hansastr. 250, Geldsendungen zur Unterstützung der Konferenz an Fr. Braume, Bremen, Wiedstr. 26, zu richten.

**Ein Bleiweiß-Verbot** hat der Rat der Stadt Leipzig erlassen. Er hat in den Submissionsbedingungen für die Anstreicherarbeiten bei einer Gasanstalt die Verwendung von Farben verboten, die sich unter dem Einflusse des bei der Gasbereitung auftretenden Schwefelwasserstoffes schwärzen. Dies trifft auch auf Bleiweiß zu. Wenn man das Bleiweiß verbieten kann aus dieser Rücksicht, so kann man es natürlich auch verbieten aus Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter.

**Schulen und Demokratie.** Die Vereinigung der Lehrer und Lehrerinnen der öffentlichen Schulen von Chicago ist der amerikanischen Föderation der Arbeit beigetreten; ihre Delegierten erhielten Sitz im Chicago Central body (gleichbedeutend mit Gewerkschaftsartel). Bei dieser Gelegenheit hielt die Lehrerin Fräulein Margaret Daley eine bemerkenswerte Ansprache:

„Der Schritt, den wir heute thun, wird dazu beitragen, die Demokratie der Schule zu retten. Die Arbeiterbewegung ist die größte erzieherische Bewegung unsres Zeitalters. Ich sage das nicht, weil ich zu einer Körperschaft von organisierten Männern und Frauen spreche, sondern ich bin nach eingehendem Studium der Erziehungsprobleme zu diesem Schluß gekommen. Seit einigen Jahren herrscht an unsren Schulen eine Tendenz, welche bestrebt ist, uns dem autoritären und militaristischen Geiste entgegenzuführen. Denkende Männer und Frauen sind erschreckt über die Woge

der Heuchelei, welche über unsre öffentlichen Erziehungs-Institutionen hereingebrochen ist. Man hat versucht, die Lehrer zu Werkzeugen der Autorität herabzuwürdigen. Der heutige Tag ist ein Meilenstein in der Geschichte der Chicagoer öffentlichen Schulen; der Schritt, den wir thun, wird den demokratischen Geist in den Schulen wieder aufrichten. Die Verbindung der Lehrer mit der Arbeit heißt, daß die Macht der Privilegien in der Schule verschwinden wird.“

## Erste General-Versammlung des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Dresden, den 24. März.

Am zweiten Verhandlungstage in der Vormittags-Sitzung wird auf Antrag der Revisionskommission dem Kassierer Decharge erteilt. Nachdem die noch längere Zeit währende Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung geschlossen war, wurde der Antrag Altona:

„Die Versammlung mißbilligt entschieden das Vorgehen des Vorstandes gegen den Sortiererverein bez. Entziehung des „Tabakarbeiter“ zu seinen Bekanntmachungen und hofft, die Generalversammlung möge entschieden Protest dagegen erheben“, gegen eine kleine Minorität abgelehnt.

Alsdann giebt die Mandatsprüfungskommission Bericht. Anwesend sind 62 Delegierte, als Vertreter des Vorstandes 3 Kollegen, Meister vom Ausschuss, Geher vom „Tabakarbeiter“.

Es wird dann in die Beratung der Unterstützung der Mitglieder bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit eingetreten. Auch die Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung wird mit zur Beratung gestellt. Dazu liegen eine große Reihe von Anträgen vor, die jetzt im Verbande bestehende fakultative Kranken-Zuschüsse in eine obligatorische umzuwandeln. Eine weitere Reihe von Anträgen fordert die Verschmelzung der Central-Zuschüsse mit dem Verbande. Andre Anträge befassen sich mit dem Ausbau der fakultativen Zuschüsse des Verbandes, ferner mit der Einrichtung einer Wöchnerinnen-Unterstützung und der Unterstützung in Sterbefällen.

Deichmann-Bremen bekämpft in seinem Referat besonders die hier und da aufgetauchte Ansicht, als ob durch die Einführung der Unterstützung der Verband den Charakter einer Kampfesorganisation verlieren würde. Jetzt bei 16 Proz. Organisierten könnte man wohl eigentlich nicht von einer Kampforganisation reden. Erst dann, wenn durch den Ausbau der Unterstützungsgruppe der Prozentfuß auf vielleicht 80 Proz. gebracht sei, dann könne der Verband erst den Kampfescharakter beweisen. Er wolle die Unterstützungen nicht um ihrer selbst willen, sondern um die Ziele des Verbandes, die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Neben der Zuschüsse empfiehlt Redner die Einführung der Wöchnerinnen-Unterstützung und eines Sterbegeldes. Unter keinen Umständen darf auf das durch die Urabstimmung beschlossene Obligatorium verzichtet werden.

Wildemann-Stuttgart begründet die Notwendigkeit und Durchführbarkeit der Arbeitslosen-Unterstützung. Er hält eine solche bei den Tabakarbeitern um so eher für durchführbar, als bei ihnen wegen ihres geringen Verdienstes der Arbeitslohn viel leichter durch Unterstützung ersetzt werden kann. Redner empfiehlt eine Erhöhung des Beitrages für männliche Mitglieder um 10, für weibliche um 5 Pf.

Die Debatte über das Unterstützungswesen füllte den ganzen Sitzungstag aus und war auch am Schluß desselben noch nicht beendet. Verschiedene Redner traten für die Arbeitslosen-Unterstützung ein und machten Vorschläge bezüglich der Durchführung derselben.

## Gerichts-Zeitung.

**Den Bruder erschossen.** Eine neue Schwurgerichtsperiode beim Landgericht I begann gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Krethammer. Es wurde gegen den 39jährigen Gärtnergehilfen Otto Kiemann verhandelt, welcher beschuldigt war, seinen um zwei Jahre älteren Bruder, den Schlossergehilfen Hermann Kiemann durch einen Messerstich ins Herz getödtet zu haben. Der Sachverhalt der traurigen Sache ist mit wenigen Worten erzählt. Am Morgen des 16. Februar dieses Jahres hatte der Angeklagte sich in Begleitung seiner beiden älteren Brüder in einer Wirtschaft in der Aeanderstraße befunden. Alle drei hatten dem Bier in reichlichem Maße zugesprochen, es war gegen 3 Uhr nachmittags, als sich die drei Brüder in angefeilter Stimmung entfernten. Sie begaben sich zusammen auf den Heimweg. In der Amneststraße kam es zwischen dem Angeklagten und dem verstorbenen Bruder zu einer harmlosen Rederei. Der erstere, welcher unter dem Einflusse genossener Getränke leicht in große Erregung gerät, nahm auch dessen scharfsinnige Bemerkungen über sich. Boller Wut griff er plötzlich zum Messer, öffnete es und führte damit Blindlings einen Hieb gegen seinen Bruder, der ihm so dicht auf dem Fuße folgte, daß er ihm bisweilen auf die Hacken trat. Der Angeklagte traf seinen Bruder mitten ins Herz, der Verletzte ist bald verschieden. Im Termin bot der Angeklagte ein Bild tiefer Reue, er gab zu, daß sein verstorbenen Bruder immer gut gegen ihn gewesen sei. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß es nicht angebracht sei, aus Mitleid mit dem Angeklagten dessen Schuld zu verkleinern, wenn ihm auch milde Umstände zugestanden werden könnten.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig des Todschlages unter Jubilation von milderen Umständen. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr drei Monate Gefängnis.

**„Primus“-Prozess.** Auf Antrag des Verteidigers wurde beschlossen, den Korvettenkapitän Louren vom Reichs-Marine-Amt als Sachverständigen zuzuziehen. Der Untersuchungsrichter, Landrichter Dr. Forstmann, beauftragte den Angeklagte Sachse, als er ihn über seine Auswanderung bei der Probefahrt am 3. September befragte, in Widerspruch verwickelt. Der Schiffsinспектор Pöhles von der Hamburg-Amerika-Linie stellt dem Angeklagten ein vorzügliches Zeugnis aus. Zeuge giebt auf Verfragen zu, gesagt zu haben, er habe den Eindruck, daß Kapitän Peters bei der Probefahrt am 3. September absichtlich mit der „Elbe“, womit er den damals noch nicht wiederbegeleiteten „Primus“ manövierte, falsch gefahren sei. Es werden dann noch andre Zeugen über die Probefahrt am 3. September vernommen.

## Versammlungen.

**Dritter Wahlkreis.** In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins, die am Donnerstag bei Feuerstein in der Alten Jakobstraße stattfand, hielt Max Schütte einen Vortrag über: Die politische Dichtung im Jahre 1848. Lebhafter Beifall bekundete, daß die Arbeiterklasse den Dichtern der Märzrevolution lebhaftes Interesse entgegenbringt.

**Schiffers Wahlkreis.** In der am Dienstag bei Hensel, Invalidenstraße abgehaltenen Wahlvereins-Versammlung sprach Balda Krasse über den Kampf ums Dasein. Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, so ermahnte der Vorsitzende die Versammlung noch in einigen Worten, die Ausführungen des Referenten in jeder Hinsicht zu beherzigen.

**Verband der Dachdecker (Hilale Berlin).** In der Versammlung am Sonntag erstattete der Vorstand Bericht über die Vorarbeiten bezüglich der Neu-Organisation der hiesigen Zillervereinigung. Da der Antrag, die drei Berliner Zillen zu einer umzubilden, vor längerer Zeit mit großer Majorität angenommen war, so machte der Vorstand folgende Vorschläge: Es werden 6 Zillstellen errichtet, und zwar bei Feind, Weinstr. 11; Wepel, Wrangelstr. 136; Knappe, Brunnenstr. 22; in Hixdorf, Prinz Handjerystr. 68 und 67; Moabit, bei O. Petri, Hingulstraße und Chausseestrasse. Die Zillstellen-Vertreter erhalten als Entschädigung 1/2 Proz. der Gesamt-Einnahmen. Der Zeitungs-Beitrag erhält 10 M. pro Quartal. Der

erste Vorsitzende und der erste Kassierer erhalten ebenfalls je 10 M. pro Quartal. Die Versammlungen finden Sonntag nach dem 15. jeden Monats statt. Die Entgegennahme von Beiträgen in den Versammlungen hat wegzufallen. Sämtliche Versammlungsanzeigen und Berichte werden im „Vorwärts“ veröffentlicht. Diese Vorschläge wurden von der Versammlung angenommen bis auf den der Entschädigung des Speidteurs. Letztere soll nicht 10, sondern 12 M. betragen. Die Wahl des Speidteurs fiel auf H. Windstovsk. Als Delegierte zum Bauarbeiter-Kongress wurden Görnitz und Höpner, als Delegierte zum nächsten Sonntag Janell und Höpner gewählt. Zur Feier des 1. Mai wurde folgender Antrag angenommen: In den Werkstättenbesprechungen sind Abstimmungen vorzunehmen. Wird die Feier mit Zweidrittel-Majorität beschlossen, so hat sich jeder einzelne derselben zu fügen. Maßregelungen sind zu unterlassen.

**Eine Selbstversammlung** tagte am Montag im Lokal von Ball-Sammler, die sich mit der Wohnungsfrage beschäftigte. Der Referent W. Denker, der eingehend die schädlichen Folgen des Grund- und Bodenwuchers schilderte, empfahl den Zusammenschluß der Arbeiter in Baugenossenschaften, die zwar auch nur in beschränktem Maße wirken können, aber doch ihren Mitgliedern in materieller und hygienischer Beziehung bedeutende Vorteile bieten und die schließlich auch auf die Wohnungsverhältnisse im allgemeinen einen günstigen Einfluß ausüben werden. Der Redner erörterte sodann, daß eine völlige Lösung der Wohnungsfrage allerdings erst durch die Kommunalisierung des Grund und Bodens zu erwarten sei. — Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der zum Anschluß an die Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ aufgefordert, die, wie angeführt wurde, auf streng demokratischer Grundlage steht, bereits ca. 1500 Mitglieder zählt und auch schon größere Baugelände angekauft hat.

**Verband deutscher Barbier, Pellicure und Perückenmacher.** (Zweigverein Berlin). Donnerstag, den 23. d. M., abends 10 Uhr: Bezirksversammlung. Vortrag des Kollegen Schöberl: Welcher Barbiergehilfen-Verein vertritt die Interessen der Barbiergehilfen am besten?

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Ein gefährlicher Fabrikbrand** kam gestern abend 9 1/2 Uhr aus nicht ermittelter Ursache in der Metallwarenfabrik von V. a. r. u. Stein in der Alexandrinenstraße 24 zum Ausbruch. Auf dem Treppenaufgange des Quergebäudes im zweiten Hofe waren große Posten Pappschachtel aufgeschichtet, die aus nicht ermittelter Ursache in Brand geraten waren. Von mehreren Seiten alarmiert, rüdete die Feuerwehr in sechs Löschzügen an. Der erste Angriff gestaltete sich insofern schwierig, als man vom Hofe aus über die erste Treppe wegen der enormen Hitze den Flammen nicht beikommen konnte. Da der Hauptherd des Feuers zwischen dem ersten und zweiten Stock lag, so blieb nichts andres übrig, als über Hafenseitern vorzudringen. Von der Hitze der Stahlfritten stürzte in kurzer Zeit die sich freitragende Treppentreppe vom zweiten zum dritten Stock in sich zusammen, ohne glücklicherweise größeres Unheil anzurichten. Da im dritten Stock sich eine große Fischerei befindet, so lag die Gefahr an der Weiterverbreitung des Feuers nahe. Dem energischen Vorgehen der Wehr unter Brandinspektor Reinhardt gelang es jedoch, die Flammen innerhalb einer Stunde zu ersticken. Eine Betriebsstörung tritt nicht ein.

### „Primus“-Prozess.

Altona, 25. März. Im „Primus“-Prozess beantragte heute nachmittags der erste Staatsanwalt, der Prozeßdirektor Niebuhr und den Lokalenkommandeur Radell mit Rücksicht auf eine von ihnen bezügl. der Schuldfrage gethane Aeußerung als Sachverständige wegen Beforgnis der Befangenheit abzulehnen. Beide Sachverständige erklärten, daß sie ihre Gutachten nur auf Grund der vor Gericht geführten Verhandlungen abgeben würden, worauf der Staatsanwalt seinen Antrag zurückzog. Sodann wurden die Zeugenvernehmungen fortgesetzt. Am Schluß der Sitzung ordnete der Vorsitzende an, daß zu der heute abend stattfindenden öffentlichen Inaugurationsfeier nur die vom Gericht geladenen Personen Zutritt haben sollen. Hierauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

### Jaurès und die Dreyfus-Angelegenheit.

Paris, 25. März. (B. H.) In der „Petite République“ be- spricht heute Jaurès die Dreyfus-Angelegenheit; er erklärt dabei, daß er an die Kammer das Verlangen stellen werde, seinen Antrag über die Dreyfus-Affaire noch vor den Osterferien zu beraten. Die Republikaner müßten mehr als naiv sein, wenn sie sich durch die Aeußerungen Ribots in der vorgestrigen Kammer Sitzung täuschen ließen. Die Rede Ribots sei zu sehr von den Nationalisten alkammiert worden, als daß sie die Republikaner zu betören vermöchte.

### Die irische Landbill.

London, 25. März. Unterhaus. Der Chefsekretär für Irland W. J. H. Redner führt aus, die Verantwortlichkeit der Lage der Landwirtschaft in England und Irland verthätigte eine ausnahmsweise Verhandlung Irlands. Durch den Rückgang der Landwirtschaft sei jede Bevölkerungsklasse in Irland in Mitleidenschaft gezogen. Windham geht sodann auf den Inhalt der Vorlage ein, diese werde es den Pächtern ermöglichen, ihren Landbesitz von den Gutsherren käuflich zu erwerben. Hierzu sollten den Pächtern Vorschüsse gegeben werden. Die erforderlichen Mittel sollten durch eine 2 1/2 Proz. garantierte Anleihe stiftig gemacht werden, welche voranschichtig in Höhe von 5 Millionen Pfund Sterling jährlich für die ersten drei Jahre auszugeben würde. Der zur Ausgabe gelangende Betrag könne später erhöht werden. Die Anleihe werde garantiert werden durch die jährlichen Zahlungen der Schatzkammer für irische Lokalzwecke. Der Chefsekretär für Irland ist der Ansicht, daß nicht mehr als 100 Millionen Pfund erforderlich sein werden, und führt ferner aus, daß in dem Gesetzentwurf für die Rückzahlung der Vorschüsse seitens der Pächter durch Teilzahlungen Vorsorge getroffen sei. Der Gesetzentwurf schlage ferner vor, Staatsanleihe eines Zuschusses von 12 Millionen Pfund zu gewähren in jährlichen Beträgen von höchstens 300.000 Pfund Sterl. Windham fährt fort, die genäh der Vorlage vorzunehmenden Operationen werden unter Kontrolle von drei staatlichen Kommissaren stehen. Der Zeitraum für die Rückzahlung der den Pächtern gewährten Vorschüsse soll 68 1/2 Jahre betragen. Die Vorlage enthalte ferner Vorkehrungen zur Vermeidung des Anfalls von Grundbesitz durch Geldverleiher. John Redmond (Ire) will seine endgültige Ansicht über die Bill noch nicht äußern, giebt aber zu, daß die Vorlage einen großen Fortschritt gegenüber früheren Maßregeln bilde und daß die Regierung wirklich bestrebt sei, eine Regelung der Frage herbeizuführen. Wenn die Bill die Bedürfnisse Irlands zu der Ansicht gelangen sollte, daß die Bill vernünftige Hoffnung auf Regelung der Landfrage gewähre, werde sie die Bill willkommen heißen.

Campbell Bannerman will auch für jetzt von jeder Beurteilung der Vorlage absehen und erklärt, alle Parteien seien von dem Wunsch befehl, daß Irland der Friede wiedergegeben werde, doch bedürften die finanziellen Vorschläge einer sorgfältigen Prüfung. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, wird die erste Lesung der Bill angenommen.

### Castro bleibt.

Caracas, 25. März. (Melbung des Reuterschen Bureau's.) Nach Verlesung einer besonderen Botschaft im Kongresse zog Castro heute seine Demission zurück.

London, 25. März. (B. T. V.) Nach einer amtlichen Mitteilung hat sich General Dektor Macdonald, der Befehlshaber der Truppen auf Ceylon, heute nachmittags in einem Hotel in Paris erschossen.

Das Kinderschutz-Gesetz

nach den endgültigen Beschlüssen des Reichstags.

I. Einleitende Bestimmungen.

§ 1.

Auf die Beschäftigung von Kindern in Betrieben, welche als gewerbliche im Sinne der Gewerbe-Ordnung anzusehen sind, finden neben den bestehenden reichsrechtlichen Vorschriften die folgenden Bestimmungen Anwendung, und zwar auf die Beschäftigung fremder Kinder die §§ 4 bis 11, auf die Beschäftigung eigener Kinder die §§ 12 bis 17.

§ 2. Kinder im Sinne dieses Gesetzes.

Als Kinder im Sinne dieses Gesetzes gelten Anaben und Mädchen unter dreizehn Jahren sowie solche Anaben und Mädchen über dreizehn Jahre, welche noch zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind.

§ 3. Eigene, fremde Kinder.

Im Sinne dieses Gesetzes gelten als eigene Kinder:

- 1. Kinder, die mit demjenigen, welcher sie beschäftigt, oder mit dessen Ehegatten bis zum dritten Grade verwandt sind,
2. Kinder, die von demjenigen, welcher sie beschäftigt, oder dessen Ehegatten an Kindesstatt angenommen oder bedormundet sind,
3. Kinder, die demjenigen, welcher sie zugleich mit Kindern der unter 1 oder 2 bezeichneten Art beschäftigt, zur gesetzlichen Zwangsbeziehung (Fürsorge-Erziehung) überwiesen sind, sofern die Kinder zu dem Hausstande desjenigen gehören, welcher sie beschäftigt.

Kinder, welche hiernach nicht als eigene Kinder anzusehen sind, gelten als fremde Kinder.

Die Vorschriften über die Beschäftigung eigener Kinder gelten auch für die Beschäftigung von Kindern, welche in der Wohnung oder Werkstätte einer Person, zu der sie in einem der im Abs. 1 bezeichneten Verhältnisse stehen und zu deren Hausstande sie gehören, für dritte beschäftigt werden.

II. Beschäftigung fremder Kinder.

§ 4. Verbotene Beschäftigungsarten.

Bei Bauten aller Art, im Betriebe derjenigen Ziegeleien und über Tage betriebenen Gruben und Gruben, auf welche die Bestimmungen der §§ 134 bis 139b der Gewerbe-Ordnung keine Anwendung finden, und der in dem anliegenden Verzeichnis aufgeführten Werkstätten, sowie beim Steinklopfen, im Spornsteinfeinlegen, Gewerbe, in dem mit dem Expeditionsgeschäft verbundenen Fuhrwerkbetriebe, beim Mischen und Möhlen von Farben, beim Arbeiten in Kellereien dürfen Kinder nicht beschäftigt werden.

Der Bundesrat ist ermächtigt, weitere ungeeignete Beschäftigungen zu untersagen und das Verzeichnis abzuändern. Die beschlossenen Änderungen sind durch das Reichs-Gesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstage sofort oder, wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorzulegen.

§ 5. Beschäftigung im Betriebe von Werkstätten, im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben.

Im Betriebe von Werkstätten (§ 18), in denen die Beschäftigung von Kindern nicht nach § 4 verboten ist, im Handelsgewerbe (§ 103b Abs. 2, 3 der Gewerbe-Ordnung) und in Verkehrsgewerben (§ 105i Abs. 1 a. a. O.) dürfen Kinder unter zwölf Jahren nicht beschäftigt werden.

Die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahre darf nicht in der Zeit zwischen acht Uhr abends und acht Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht stattfinden. Sie darf nicht länger als drei Stunden und während der von der zuständigen Behörde bestimmten Schulferien nicht länger als vier Stunden täglich dauern. Im Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren. Am Nachmittage darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendeten Unterricht beginnen.

§ 6. Beschäftigung bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und andern öffentlichen Schaustellungen.

Bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und andern öffentlichen Schaustellungen dürfen Kinder nicht beschäftigt werden.

Bei solchen Vorstellungen und Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft obwaltet, kann die untere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde Ausnahmen zulassen.

§ 7. Beschäftigung im Betriebe von Gast- und von Schankwirtschaften.

Im Betriebe von Gast- und von Schankwirtschaften dürfen Kinder unter zwölf Jahren überhaupt nicht und Mädchen (§ 2) nicht bei der Bedienung der Gäste beschäftigt werden. Im übrigen finden auf die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahre die Bestimmungen des § 5 Abs. 2 Anwendung.

§ 8. Beschäftigung beim Austragen von Waren und bei sonstigen Votengängen.

Auf die Beschäftigung von Kindern beim Austragen von Waren und bei sonstigen Votengängen in den in §§ 4 bis 7 bezeichneten und in andern gewerblichen Betrieben finden die Bestimmungen des § 5 entsprechende Anwendung.

Für die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes kann die untere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde für ihren Bezirk oder Teile desselben allgemein oder für einzelne Gewerbezweige gestalten, daß die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahre bereits von sechs Uhr morgens an und vor dem Vormittagsunterrichte stattfindet; jedoch darf sie vor dem Vormittagsunterrichte nicht länger als eine Stunde dauern.

§ 9. Sonntagsruhe.

An Sonn- und Festtagen (§ 105a Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung) dürfen Kinder, vorbehaltlich der Bestimmungen in Abs. 2, 3, nicht beschäftigt werden.

Für die öffentlichen theatralischen Vorstellungen und sonstigen öffentlichen Schaustellungen bewendet es auch an Sonn- und Festtagen bei den Bestimmungen des § 6.

Für das Austragen von Waren sowie für sonstige Votengänge bewendet es bei den Bestimmungen des § 8. Jedoch darf an Sonn- und Festtagen die Beschäftigung die Dauer von zwei Stunden nicht überschreiten und sich nicht über eine Uhr nachmittags erstrecken; auch darf sie nicht in der letzten halben Stunde vor Beginn des Hauptgottesdienstes und während desselben stattfinden.

§ 10. Anzeige.

Sollen Kinder beschäftigt werden, so hat der Arbeitgeber vor dem Beginne der Beschäftigung der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige zu machen. In der Anzeige sind die Betriebsstätte des Arbeitgebers sowie die Art des Betriebes anzugeben.

Die Bestimmung des Abs. 1 findet keine Anwendung auf eine bloß gelegentliche Beschäftigung mit einzelnen Dienstleistungen.

§ 11. Arbeitskarte.

Die Beschäftigung eines Kindes ist nicht gestattet, wenn dem Arbeitgeber nicht zuvor für dasselbe eine Arbeitskarte eingehändigt ist. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf eine bloß gelegentliche Beschäftigung mit einzelnen Dienstleistungen.

Die Arbeitskarten werden auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters durch die Ortspolizeibehörde desjenigen Ortes, an welchem das Kind zuletzt seinen dauernden Aufenthaltsort gehabt hat, lösen, stempeln und angestrichelt; ist die Erklärung des gesetzlichen Vertreters nicht zu beschaffen, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung erteilen. Die Karten haben den Namen,

Tag und Jahr der Geburt des Kindes sowie den Namen, Stand und letzten Wohnort des gesetzlichen Vertreters zu enthalten.

Der Arbeitgeber hat die Arbeitskarte zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses dem gesetzlichen Vertreter wieder auszuhandeln. Ist die Wohnung des gesetzlichen Vertreters nicht zu ermitteln, so erfolgt die Auslieferung der Arbeitskarte an die im Abs. 2 bezeichnete Ortspolizeibehörde.

Die Bestimmungen des § 4 des Gewerbegerichts-Gesetzes vom 29. September 1901 (Reichs-Gesetzl. S. 333) über die Zuständigkeit der Gewerbegerichte für Streitigkeiten hinsichtlich der Arbeitsbücher finden entsprechende Anwendung.

III. Beschäftigung eigener Kinder.

§ 12. Verbotene Beschäftigungsarten.

In Betrieben, in denen gemäß den Bestimmungen des § 4 fremde Kinder nicht beschäftigt werden dürfen, sowie in Werkstätten, in welchen durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität usw.) bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Anwendung kommen, ist auch die Beschäftigung eigener Kinder untersagt.

§ 13. Beschäftigung im Betriebe von Werkstätten, im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben.

Im Betriebe von Werkstätten, in denen die Beschäftigung von Kindern nicht nach § 12 verboten ist, im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben dürfen eigene Kinder unter zehn Jahren überhaupt nicht, eigene Kinder über zehn Jahren nicht in der Zeit zwischen acht Uhr abends und acht Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden. Im Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren. Am Nachmittage darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendeten Unterricht beginnen.

Eigene Kinder unter zwölf Jahren dürfen in der Wohnung oder Werkstätte einer Person, zu der sie in einem der im § 3 Abs. 1 bezeichneten Verhältnisse stehen, für Dritte nicht beschäftigt werden.

An Sonn- und Festtagen dürfen auch eigene Kinder im Betriebe von Werkstätten und im Handelsgewerbe sowie im Verkehrsgewerbe nicht beschäftigt werden.

§ 14. Besondere Befugnisse des Bundesrats.

Der Bundesrat ist ermächtigt, für die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes für einzelne Arten der im § 12 bezeichneten Werkstätten, in denen durch elementare Kraft bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen, und der im § 13 Abs. 1 bezeichneten Werkstätten Ausnahmen von den daselbst vorgeschriebenen Bestimmungen zuzulassen.

Nach Ablauf dieser Zeit kann der Bundesrat für einzelne Arten der im § 12 bezeichneten Werkstätten mit Motorbetrieb die Beschäftigung eigener Kinder nach Maßgabe der Bestimmungen im § 13 Abs. 1 unter der Bedingung gestatten, daß die Kinder nicht an den durch die Triebkraft bewegten Maschinen beschäftigt werden dürfen. Auch kann der Bundesrat für einzelne Arten der im § 13 Abs. 1 bezeichneten Werkstätten Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung von Kindern unter zehn Jahren zulassen, sofern die Kinder mit besonders leichten und ihrem Alter angemessenen Arbeiten beschäftigt werden; die Beschäftigung darf nicht in der Zeit zwischen acht Uhr abends und acht Uhr morgens stattfinden; im Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren, am Nachmittage darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendeten Unterrichte beginnen. Die Ausnahmebestimmungen können allgemein oder für einzelne Bezirke erlassen werden.

§ 15. Beschäftigung bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und andern öffentlichen Schaustellungen.

Auf die Beschäftigung eigener Kinder bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und andern öffentlichen Schaustellungen finden die Bestimmungen des § 6 Anwendung.

§ 16. Beschäftigung im Betriebe von Gast- und von Schankwirtschaften.

Im Betriebe von Gast- und von Schankwirtschaften dürfen Kinder unter zwölf Jahren überhaupt nicht, und Mädchen (§ 2) nicht bei der Bedienung der Gäste beschäftigt werden. Die untere Verwaltungsbehörde ist befugt, nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde in Orten, welche nach der jeweiligen letzten Volkszählung weniger als zwanzigtausend Einwohner haben, für Betriebe, in welchen in der Regel ausschließlich zur Familie des Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden, Ausnahmen zuzulassen. Im übrigen finden auf die Beschäftigung von eigenen Kindern die Bestimmungen des § 13 Abs. 1 Anwendung.

§ 17. Beschäftigung beim Austragen von Waren und bei sonstigen Votengängen.

Auf die Beschäftigung beim Austragen von Zeitungen, Milch und Wadwaren finden die Bestimmungen in § 8, § 9 Abs. 3 dann Anwendung, wenn die Kinder für Dritte beschäftigt werden.

Im übrigen ist die Beschäftigung von eigenen Kindern beim Austragen von Waren und bei sonstigen Votengängen gestattet. Durch Polizeibehörden der zum Erlasse solcher berechtigten Behörden kann die Beschäftigung beschränkt werden.

IV. Gemeinsame Bestimmungen.

§ 18. Werkstätten im Sinne dieses Gesetzes.

Als Werkstätten gelten neben den Werkstätten im Sinne des § 103b Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung auch Räume, die zum Schlofen, Bohren oder Kochen dienen, wenn darin gewerbliche Arbeit verrichtet wird, sowie im Freien gelegene gewerbliche Arbeitsstellen.

§ 19. Abweichungen von der gesetzlichen Zeit.

Beträgt der Unterschied zwischen der gesetzlichen Zeit und der Arbeitszeit mehr als eine Viertelstunde, so kann die höhere Verwaltungsbehörde bezüglich der in diesem Gesetze vorgeschriebenen Bestimmungen über Anfang und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit für ihren Bezirk oder einzelne Teile desselben Abweichungen von der Vorschrift über die gesetzliche Zeit in Deutschland (Gesetz vom 12. März 1893, Reichs-Gesetzl. 93) zulassen. Die Abweichungen dürfen nicht mehr als eine halbe Stunde betragen. Die gesetzlichen Bestimmungen über die zulässige Dauer der Beschäftigung bleiben unberührt.

§ 20. Besondere polizeiliche Befugnisse.

Die zuständigen Polizeibehörden können im Wege der Verfügung eine nach den vorstehenden Bestimmungen zulässige Beschäftigung, sofern dabei erhebliche Missetände zu Tage treten, auf Antrag oder nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde für einzelne Kinder einschränken oder untersagen, sowie wenn für das Kind eine Arbeitskarte erteilt ist (§ 11), diese entziehen und die Erteilung einer neuen Arbeitskarte verteuern.

Die zuständigen Polizeibehörden sind ferner befugt, zur Befestigung erheblicher, die Sittlichkeit gefährdender Missetände im Wege der Verfügung für einzelne Gast- oder Schankwirtschaften die Beschäftigung von Kindern weiter einzuschränken oder zu untersagen.

§ 21. Aufsicht.

Insofern nicht durch Bundesratsbesatzung oder durch die Landesregierungen die Aufsicht anderweitig geregelt ist, finden die Bestimmungen des § 139b der Gewerbe-Ordnung Anwendung.

In Privatwohnungen, in denen ausschließlich eigene Kinder beschäftigt werden, dürfen Revisionen während der Nachzeit nur stattfinden, wenn Tatsachen vorliegen, welche den Verdacht der Nachtbeschäftigung dieser Kinder begründen.

§ 22. Zuständige Behörden.

Welche Behörden in jedem Bundesstaat unter der Bezeichnung: höhere Verwaltungsbehörde, untere Verwaltungsbehörde, Schulaufsichts-Behörde, Gemeindebehörde, Polizeibehörde, Ortspolizeibehörde

zu verstehen sind, wird von der Centralbehörde des Bundesstaates bekannt gemacht.

V. Strafbestimmungen.

§ 23. Mit Geldstrafe bis zu zweitausend Mark wird bestraft, wer den §§ 4 bis 8 zuwiderhandelt.

Im Falle gewohnheitsmäßiger Zuwiderhandlung kann auf Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten erkannt werden.

Der § 75 des Gerichtsverfassungsgesetzes findet Anwendung.

- 1. wer den § 9 zuwider Kindern an Sonn- und Festtagen Beschäftigung giebt;
2. wer den auf Grund des § 20 hinsichtlich der Beschäftigung fremder Kinder endgültig ergangenen Verfügungen zuwiderhandelt.

Im Falle gewohnheitsmäßiger Zuwiderhandlung kann auf Haft erkannt werden.

§ 25. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark wird bestraft:

- 1. wer den §§ 12 bis 16, § 17 Abs. 1 zuwiderhandelt;
2. wer den auf Grund des § 20 hinsichtlich der Beschäftigung eigener Kinder endgültig ergangenen Verfügungen oder den auf Grund des § 17 Abs. 2 erlassenen Verfügungen zuwiderhandelt.

Im Falle gewohnheitsmäßiger Zuwiderhandlung kann auf Haft erkannt werden.

§ 26. Mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark werden Arbeitgeber bestraft, welche es unterlassen, den durch § 10 für sie begründeten Verpflichtungen nachzukommen.

§ 27. Mit Geldstrafe bis zu zwanzig Mark wird bestraft:

- 1. Wer entgegen der Bestimmung des § 11 Abs. 1 ein Kind in Beschäftigung nimmt oder behält;
2. wer der Bestimmung des § 11 Abs. 3 in Ansehung der Arbeitsarten zuwiderhandelt.

§ 28. Die Strafverfolgung der im § 24 bezeichneten Vergehen verjährt binnen drei Monaten.

§ 29. Die Bestimmungen des § 161 der Gewerbe-Ordnung finden Anwendung.

VI. Schlußbestimmungen.

§ 30. Die vorstehenden Bestimmungen stehen weitergehenden landesrechtlichen Beschränkungen der Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben nicht entgegen.

§ 31. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft.

Das Blumenmedium vor Gericht.

Dritter Tag.

Landgerichts-Direktor Geh. Justizrat Garz eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Staatsanwalt Friedheim teilt mit, daß er noch den ordentlichen Professor an der hiesigen Universität Dr. Dessoir als psychologischen Sachverständigen vorgeladen habe.

Unter den heute anwesenden Zeugen befindet sich auch der Präsident des Kassationshofes in Zürich, Herr Sulzer. Der als Zeuge vorgeladene Dr. med. Langsdorf hat dem Vorsitzenden durch schriftliche Eingabe die Bitte unterbreitet ihn nach Schluß der Beweisaufnahme als Verteidiger der Angeklagten zuzulassen. Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab, da der Antragsteller kein Jurist sei.

Schwarze Gestalten.

Die erste heute vernommene Zeugin ist Frau Amtsanwalt Beyer. Sie hat einer Sitzung der theosophischen Gesellschaft beigewohnt, einmal zu sehen, ob die Vorstellungen des vom Vorsitzenden des Vereins „Blüche“ angeklagten Mediums Rothe auf Schwindel beruhen oder nicht. Wenn sie aber gewußt hätte, daß es sich wirklich nur um Tischenpieler-Stücken gehandelt, hätte sie das Eintrittsgeld nicht bezahlt. Auch der Pastor Dr. Niemann wohnte der Sitzung bei; dieser scheint aber das Medium geniert zu haben, denn die Rothe sagte u. a. l. „Das geht nicht, es sind zu viele schwarze Gestalten da. Ich sehe hier einen ganzen Korb voll Blumen, aber die schwarzen Gestalten lassen mich nicht heran.“ Als sie mit den Apportien begann, habe die Zeugin möglichst genau aufgepaßt und hatte die Ueberzeugung, daß die Rothe die Blumen nicht aus der Luft greife, sondern von unten geschickt hinaufwerfe. Die Bergheimeinicht, Primula voris etc. waren voll Erde, die Büschel Bergheimeinicht waren sogar mit Bindfäden umwunden. Dies fiel der Zeugin auf, denn sie sagte sich: es sei doch auffallend, daß die Geister die Blumen erst noch binden, wie sie in der Markthalle gebunden zu werden pflegen. Die Vermählungen, sorgsam aufzupassen, wurden dadurch erschwert, daß wiederholt von Zeitschlag gesagt wurde: „Die Harmonie dürfte nicht gestört werden!“ Das sei ja überhaupt immer so: wenn man irgend welche Zweifel in jenen Kreisen äußert, so sei man schon abgethan. Es ist der Zeugin, wie sie weiter bekannt, nicht gelungen, die Rothe in jener Sitzung zu entlarven. Ganz zuletzt, als es zum Ausbruch ging und die Harmonie schon völlig gestört war, kamen plötzlich wieder Apporte: Weißbrot, Kolzigbrot und dergleichen. Dies schien der Zeugin sehr verdächtig. Die Zeugin hat dann eine Sitzung mit der Frau Rothe bei sich in ihrer eignen Wohnung veranstaltet. Es sind 40-50 Personen anwesend gewesen und die Zeugin hatte sich vorgenommen, mit großer Sorgfalt aufzupassen. Für die Sitzung sind an die Rothe beziehungsweise Herrn Jentsch 100 M. bezahlt worden. Frau Rothe, die damals aus Chemnitz kam, hatte, ehe die Sitzung losging, mit ihr und einigen ihrer Gäste Kaffee getrunken, dann ging sie einmal auf das Klosett, wohin sie von der Zeugin begleitet wurde. Dann war sie eben im Begriffe, ihre Röcke zu heben, um der Zeugin zu zeigen, daß sie an ihrem Körper nichts Verdächtigendes habe, in demselben Moment sei aber auch eine Frau Wehler, die gleichfalls Kontrollieren wollte, hinzugekommen und da habe die Rothe die Kleider wieder herunter gelassen und gesagt: „Sie sehen also, daß ich nichts an mir habe!“ Der Zeugin war es aber doch so vorgekommen, als ob sich das Kleid der Rothe stark aufbaute und es erregte bei ihr auch Verdacht, daß sich die Rothe immer so selbst auf eine Seite setze, als ob sie Blumen nicht zerdrücken wollte.

Die „gehörte Harmonie“.

Als die Sitzung beginnen sollte, setzte sich die Zeugin, Sanitätsrat Philipp, Herr Schloßka, der die Sitzung mit arrangierte hatte u. a. möglichst in die Nähe des Mediums und posten außerordentlich scharf auf. Herr Jentsch sagte, man solle das Medium nicht so stark anfehen, das störe ihr Gleichgewicht. Wöglich war die Rothe dem Jentsch eine Sicherheitsnadel zu, die zur Erde fiel, so daß er sich büßte. Es schien der Zeugin so, als ob das vielleicht ein Trick sei, um sich zu überzeugen, daß auch nicht etwa jemand unter dem Tische sitze. Der inzwischen vernommene Mann der Zeugin, der hinter ihr stand, mußte von diesem Blag weg und sich hinten an den Tisch setzen. Endlich sagten die anwesenden Spiritisten: „Die Harmonie sei hergestellt, ein buntes Band verbinde alle Teilnehmer“, und dann ging auch das Klosett los. Die Zeugin sah nicht neben der Rothe, als sie mit den Apportien begann, sah sie deutlich, daß die Rothe an ihrem Kleid witzschattete, und die Zeugin hatte die Ueberzeugung, daß sie die Blumen dort hervorbrüg. Als sie noch näher rücken wollte, sagte Herr Jentsch: „Frau Amtsanwalt, Sie haben die Harmonie gehört, Sie müssen weiter wegrücken!“ Ehe Frau Rothe in Trance kam, hatte sie zu der Zeugin gesagt: „Neben Ihnen sitzt eine alte Frau mit einem Kopftuch, die

Ihnen wohl will". Das sollte — so sagt die Zeugin — meine Schwiegermutter sein. Na, das war ja richtig, daß diese mir wohl wollte. Meine Schwiegermutter, die schon tot war, trug nach bäuerlicher Art ein Tuch um den Kopf, es ist aber wohl möglich, daß die Nothe ihr Bild an einer Wand gesehen hatte. Die Nothe hat dann auch eine Rede gehalten, in welcher ein alter Bergmann Mährsames erzählte. Dann — so fährt die Zeugin fort — hat sie mir gesagt: In vier Monaten würde sich etwas Wichtiges ereignen; ich habe aber gesagt: Ach, Mumpst! Dann hat sie mir gesagt, ich hätte Verleher mit einer Dame, die es nicht aufrichtig mit mir meint und vor der ich mich in Acht nehmen solle. Na, ich muß offen gestehen, daß sie darin Recht gehabt hat. Sie hat die Verleherin besser erkannt als ich. (Heiterkeit.) — Staatsanwalt: Hat die Zeugin vielleicht beobachtet, daß der Zeuge Groß mit der Nothe im Einverständnis handelte? Die Zeugin erklärt dies für unmöglich. — Rechtsanwalt Dr. Schwandt: Waren Sie nicht auch Spiritistin? — Zeugin: Ja, zwei Jahre lang. Mein Mann ging in der Woche einmal abends in den Klub und da bin ich durch eine Bekannte in die Sitzungen mitgenommen worden. Dabei hielt Herr Grote Vorträge, er hatte auch bestimmte Medien, die er hypnotisierte und dabei Sachen aus Faust, aus Auerbachs Keller vorkühnte. — Rechtsanwalt Dr. Thiele: Hatte die Nothe, als sie zu Ihnen kam, ein Paket oder dergleichen bei sich? — Zeugin: Nein. — Auf Befragen des Vorsitzenden, warum sie sich denn nicht habe untersuchen lassen, erwidert die Angeklagte mit blühenden Augen und mit großer Lebhaftigkeit, daß sie sich nicht verpflichtet gehalten habe, sich von einer ganz gewöhnlichen Frau, wie Frau Wehler, welche ihr Vieles anthon wollte, untersuchen zu lassen. Sie hätte mir vielleicht etwas zugesiegt und dann gesagt, sie hätte es bei mir gefunden!

Zeuge Schmolka, Sekretär der Landesversicherungs-Anstalt Brandenburg, ist Schriftführer des Vereins „Cos“, und hat drei Sitzungen beigewohnt.

### In Blumen verwandelte Wächter.

Nach der Sitzung, während eines gemeinschaftlichen Abendessens, habe die Nothe nach einem Wächter gegriffen, es seien aber plötzlich Blumen dagefallen, so daß Frau Nothe sagte: „Ach, lieben Freunde, laßt mich doch essen!“ Wie sie essen wollte, waren plötzlich wieder Blumen da. — Präsi.: Wie erklären Sie sich das? — Zeuge: Damals hatte ich angenommen, daß die Blumen dematerialisiert und rematerialisiert waren, jetzt sind mir aber Zweifel darüber gekommen. In einer zweiten Sitzung bei dem verstorbenen Schneidermeister Thoron in Charlottenburg habe die Angeklagte so große Blumensträuße apporziert, daß sie sie unmöglich im Kleide hätte verbergen können. In der Sitzung bei Frau Wehler habe sie zu dem Dr. Philipp gefragt: Neben Ihnen sehe ich ein kleines Kind, welches Ihnen Blumen geben will. Dann sei auch ein Strauß Meleba von ihr aus der Luft gegriffen worden; er wisse bestimmt, daß Frau Nothe dabei mit der Nothen nicht nach unten gegriffen hat. Bei den Sitzungen seien noch seiner Ansicht keinerlei betrügerische Manipulationen vorgekommen.

Frau Mittelstädt ist derselben Ansicht. Sie ist von den vier Sitzungen, die sie mitgenommen, außerordentlich zufrieden gewesen. Frau Nothe hat ihr prophezeit, sie würde eine sehr schwere Stunde durchmachen, und wirklich habe sie in diesem Jahre, d. h. zwei Jahre nach jener Prophezeiung, sehr Schwere erlebt. Ich danke Gott dafür, daß ich diese Warnung bekommen und den Spiritismus lernen gelernt habe, sonst wäre ich heute im Irrenhause.“

### Ein spiritistischer Gerichtspräsident.

Zeuge Georg Sulzer, Präsident des Kassationsgerichts in Zürich, 59 Jahre alt, bekundet auf Befragen des Vorsitzenden, daß er in sein Amt als Präsident gewählt sei und dieses Amt seit sieben Jahren betriebe. Die Nothe sei einmal im Jahre 1899 nach einem Vorort von Konstanz gekommen und er habe der dort abgehaltenen Sitzung als Gast beigewohnt. Der Zeuge ist Anhänger des Spiritismus in dem Sinne, daß er an die Existenz der jenseitigen Welt und an die Möglichkeit glaubt, mit der jenseitigen Welt verkehren zu können. Bei jeder Sitzung sei die Nothe von einem Damentomitee untersucht worden, nachdem schon bei der Ankunft der Nothe und des Jentsch deren Gesicht genau untersucht worden war. Man hatte die beiden auch die ganze Zeit über nicht aus den Augen gelassen. Bei der Sitzung habe er einen sehr günstigen Flap gehabt. Frau Nothe habe dann plötzlich eine Geistesstimme zu ihm sprechen lassen. Es war, wie er deutlich erkannte, eine Verwandte von ihm, die ihm etwas sagte, was ihm höchst wichtig in Erfahrung setzen mußte, denn es traf wirklich zu. Es sei nämlich wahr, daß er sich längere Zeit vom christlichen Glauben abgewendet gehabt habe und dann aber wieder zu ihm zurückgekehrt war. Das habe die Nothe unmöglich wissen können. Der Geist, der aus ihr sprach, gab aber seiner Freude darüber Ausdruck. Dann sagte der Geist noch etwas, was noch viel wunderbarer für ihn war, denn auch dies traf zu. Der Geist sagte nämlich: Du hast vor einiger Zeit für Deinen Vater gebetet, und ich sage Dir, daß es ihm wohlgethan hat. Thatsächlich habe er für seinen Vater gebetet. Der Zeuge beschreibt dann weiter die Apporte, die in jener Sitzung sehr zahlreich gewesen seien. Jeder Angehörige habe Blumen bekommen. Das Zimmer war dabei keineswegs dunkel, sondern hell. Man konnte deutlich sehen, daß die Nothe die Blumen aus der Luft holte. Außer den Blumen kamen auch noch Bijouteriewaren. Auch das Beschreiben und Beschriften der Blätter schildert der Zeuge auf Grund von Notizen, die er sich darüber gleich hinterher gemacht hatte. Er selbst und der Dr. Fassbender aus Zürich hätten Blätter hingeworfen, die unter der Hand der Nothe beschriften wurden, obgleich mehrere Personen, und unter ihnen ein Skeptiker, die Hände auf Frau Nothes Händen hielten. Den Trancezustand der Nothe hält der Zeuge, der übrigens bemerkt, daß er kurzzeitig sei, für durchaus echt.

### Ein „Rästel“.

Etwas zwei Jahre später kamen die Nothe und Jentsch auf seine Einladung nach Zürich, hielten sich dort etwa elf Tage auf und hielten mehrere Sitzungen in seiner Wohnung ab, wozu auch Professor Dr. Sellin beizugewohnt. Er wolle gleich bemerken, daß es sich herausgestellt hat, daß Jentsch und Frau Nothe die Blumen, die sie später in der Sitzung apporzierten, in einem Blumenladen in Zürich gekauft hatten. Der älteste Sohn des Zeugen erhielt zu seiner großen Ueberraschung eine vollständig frische Scerose, die bekanntlich sehr bald verwelken. Eine Dame erhielt ein vollkommen taufisches Blatt von Farrenkraut. Auch mehrere ganz frische Rosen wurden apporziert und zwar Exemplare einer besonderen Art, deren Stiel ganz und gar mit kleinen Dornen besetzt ist. Er habe diese Rosen ganz genau betrachtet und gesehen, daß auch nicht ein einziger Dorn verfehlt war. Das sei unmöglich, wenn sie die Rosen in ihren Kleidern verborgen gehalten hätte. Wenn er nun später erfahren, daß Frau Nothe die Blumen vorher in einem Blumenladen gekauft, so müsse er sagen: er stehe vor einem Rästel. Er könne nur annehmen, daß Frau Nothe in einem Doppelbewußtsein die Blumen angekauft, sie zunächst dematerialisiert und dann rematerialisiert habe.

### Warnung der verstorbenen Mutter.

Aus der zweiten Sitzung berichtet der Zeuge, daß seine verstorbene Frau durch den Mund der Frau Nothe zu seinem Sohne gesprochen habe, nachdem eine ganz taufische Rose in seinem Zustand zu Boden gefallen war. Seine Frau hieß Anna und sie sagte durch den Mund der Nothe: Anna hieß ich, Anna hieß sie, sie ist nicht für Dich bestimmt, schlage sie Dir aus dem Kopf! Sein Sohn sei sehr bleich geworden und habe ihm dann gestanden, daß er ein Verhältnis habe, sich dieses aber nun aus dem Kopf schlagen werde. Ferner berichtet der Zeuge, daß er u. a. auf der Hand plötzlich 4 nebelhafte Punkte bemerkt habe, die sich dann zu Bonbons verdichteten, auf denen das Wort „Maude“ eingepreßt stand.

### Die Geister wollen nicht fliehen.

Eine andre Sitzung ist nicht recht gelungen. Man hatte, ohne daß er davon bis dahin Kenntnis erhalten hatte, heraus-

bekommen, daß die Blumen vorher gekauft waren und zu der Sitzung waren Personen gekommen, die nur darauf laurten, die Nothe ad absurdum zu führen. Außerdem hatte ein Gewitter stattgefunden — kurzum, die Apporte wollten nicht recht kommen, der Zeuge bemerkte, daß Frau Nothe wiederholt an ihr Kleid herumwirtschafte und es klappte nicht alles so wie sonst. Immerhin producierte die Nothe auch noch verschiedene Blumen. Die Nothe und der Jentsch seien von dritten Personen über den Ankauf der Blumen zur Rede gestellt worden. Als Erklärung sei gesagt worden: die Geister könnten nur den Astralleib der Nothe benutzen; sie könnten, da es sich ja nicht um Blumen handle, die auf der Wiefe wachsen, diese doch nicht fliehen, sie müßten also gekauft und dematerialisiert werden. — Auf Befragen des Staatsanwalts bestätigt der Zeuge, daß er die Hypothese vom Astralleib für möglich halte. Der Zeuge erzählt ferner von den später abgehaltenen Sitzungen. Frau Nothe sei bei einer dieser Sitzungen von ganz zuverlässigen Personen ganz genau untersucht worden, wie er im Gegensatz von den Behauptungen in „Nord und Süd“ feststelle. Es haben in jener Sitzung dann ganz erstaunliche Apporte stattgefunden, er habe gesehen, daß sich die Blumen ganz langsam aus der Luft herabenthielten; es sei ganz ausgegossen, daß die Blumen in die Luft geworfen sein könnten und nun herabfielen. — Präsi.: Wie erklären Sie sich diese Apporte nun, Herr Präsident? — Zeuge: Ich habe dafür nur die Erklärung der Dematerialisation. Die Blumen lösen sich in Atome auf, so daß sie nicht mehr sichtbar sind, der Hellsehende sieht sie in nebelhafter Form, dann verdichten sie sich, sie sind plötzlich da und zwar ganz taufisch. Rechtsanwalt Dr. Thiele. Herr Zeuge, was verstehen Sie unter visionären Geisteserscheinungen? — Zeuge: Die Frage ist nicht so leicht zu beantworten, ich müßte darüber einen längeren Vortrag halten. Nach meiner Auffassung sind es Erscheinungen, die thatsächlich vorhanden sind, aber nur vom Medium gesehen werden. — Vert.: Halten Sie es für auffallend, daß die Angeklagte die Behauptungen der Geister in ihrem eigenen Dialekt wiedergibt? — Zeuge: Nein, das kann ich nicht sagen. Nach meiner Auffassung hat sie auch Eigentümlichkeiten der verschiedenen Geister wiedergegeben. Es handelt sich um Erscheinungen, die von den visionären Geisteserscheinungen zu trennen sind. — Vert.: War der Inhalt der Trancereden über dem Niveau der Bildung der Angeklagten? — Zeuge: Das kann ich gerade nicht sagen. Es waren Kundgebungen des Offenbarungs-Spiritismus. — Oberarzt Dr. Henneberg: Die Angeklagte hat erklärt, daß sie sich nicht nur bei ihren Reden, sondern auch während der Apporten im Trancezustand befinden habe. War dieser Zustand bei ihr äußerlich wahrnehmbar? — Zeuge: Ja, hauptsächlich an ihrem Blick. — Rechtsanwalt Dr. Schwandt: Stammen die apporzierten Scerosen nicht aus dem Züricher See? — Zeuge: Nein, aber es ist festgestellt, daß sie aus einem Blumengeschäft in Zürich stammen.

### Rittspause.

### Geisterschrift.

Rechtsanwalt Dr. Schwandt hat während der kleinen Pause den Zeugen Schmolka veranlaßt, den ihm apporzierten Wandteller zur Stelle zu bringen. Der Zeuge berichtet die auf der Rückseite sich zeigende „Geisterschrift“, die folgende ringförmig geschriebenen Worte zeigt: Willst Du herrschen, diene — willst Du lehren, lerne — willst Du Dich freuen, leide — willst Du leben, stirb — willst Du haben, gib — willst Du behalten, brauche — willst Du lieben, glaube — willst Du glauben, höre — Lebensweisheit entsteht, wenn der Lenz vergeht — der Glaube ist die Pforte, die zum Himmel führt.

Rechtsanwalt Dr. Thiele beantragt, Herrn Oberarzt Dr. Henneberg zu veranlassen, daß er zur morgigen Sitzung die Stenogramme, die über die in der Charité von der Nothe gehaltenen Trancereden aufgenommen worden sind, mitbringen möge. Dem Antrage wird stattgegeben.

### Der Kontrollgeist.

Der nächste Zeuge ist der Rechtsanwalt Dr. Bohn in Breslau. Er bekundet, daß er namens der Gesellschaft für psychische Forschung in Breslau verschiedene Male versucht habe, Frau Nothe dazu zu bewegen, sich vor der Gesellschaft zu produzieren und einer wissenschaftlichen Kommission sich zur Untersuchung zu stellen. Er habe ihr sogar 1000 M. geboten, aber immer eine Abgabe erhalten. Da sei er davon benachrichtigt worden, daß Frau Nothe in Breslau im Hause einer Familie Mähne Sitzungen abhalten wolle, und er habe sich natürlich sehr dafür interessiert und sei froh gewesen, daß er Zutritt dazu erhielt. Die Sitzung fand an einem Tisch statt, der mit einer schweren Decke bedeckt war. Der Zeuge hat den Immediario Jentsch gebeten, doch die Decke wegzunehmen, dies sei aber mit dem Bemerkten abgelehnt worden, daß der blanke Tisch das Medium zu sehr blenden würde. Der Zeuge hat zunächst einen Platz eingenommen, der ihm gestattet, alle Vorgänge genau zu übersehen, da ihm daran gelegen war, ein ganz objektives Bild von der Sache zu erhalten. Er wurde aber auf einen anderen Platz gesetzt, angeblich, weil der Kontrollgeist geboten habe, daß er den ersten Platz nicht inne halten solle. Der Zeuge hat nun beobachtet, daß die Apporte der Nothe immer nur von links kamen; von seinem Blase aus habe er nach der linken Seite nicht genau sehen können, so viel habe er aber doch wahrgenommen, daß die Blumen von ihr von unten vorgezogen und in die Luft geworfen wurden, von wo sie herunterfielen. Er hat auch bemerkt, daß die Nothe einmal Blumen, die unter dem Tische lagen, aufnahm. Sie hat sie dann sofort wieder in die Höhe geworfen, sondern abgewartet, bis sie wieder noch einen Apport gebeten wurde. Der Zeuge bekundet noch, daß die Nothe einmal in seine Tasche gegriffen, seinen Notizfalter herausgenommen und unter den Tisch geföhrt habe, wobei er seine Hand auf die ihrige legen mußte. Er habe deutlich gespürt, daß die Frau an dem Buch herumarbeitete, man hörte ein Krachen und er sei gar nicht sehr überrascht gewesen, als er beim Öffnen des Buches sah, daß darin geschrieben war: „Gott zum Gruß, lieber Freund!“ — Die Angeklagte wendet sich sehr energisch gegen die Ausführungen des Zeugen.

### Entsetzte Geistespoesie.

Oberarzt Dr. Henneberg richtet an den Zeugen die Frage, ob etwa versucht worden sei, festzustellen, ob die Trancereden, die später veröffentlicht worden seien, aus ihrem eigenen Gehirn stammten, oder ob besonders ihre Poesie aus irgend einem Werke abgeschrieben waren. — Der Zeuge bestätigt, daß er nach dieser Richtung hin Recherchen angestellt und die Mithilfe des Professors Karmner in Breslau dazu erbeten habe. Dieser habe ihm jetzt per Postkarte mitgeteilt, daß die eine poetische Trancerede aus einem alten Gesangsbuche „Morgen- und Abendopfer, 10. Auflage, Sulzbach 1839“ entnommen sei.

Gegen weitere Fragen dieser Art erhebt der Verteidiger Dr. Thiele Einspruch, weil die Fragen auf dem Gebiete des Sachverständigen-Urteils sich bewegen. Rechtsanwalt Friedrich im richtet an den Zeugen die Frage, ob er sich erklären könne, wie den Blumen die Frische erhalten blieb. Der Zeuge meint, dies sei dadurch bewirkt worden, daß die Angeklagte sich in der Regel vor der Sitzung ein Glas Wasser geben ließ, womit sie wohl die Blumen benetzte.

### Eine verstorbene Tante heilt Rheumatismus.

Der folgende Zeuge, Dr. med. Langsdorf aus Freiburg in Baden, erklärt sich als entsetzten Anhänger der Frau Nothe. Er erzählt ausführlich, daß er früher nicht Anhänger des Spiritismus war, aber andern Sinnes geworden sei, als er in Amerika, wo er sich bis zum Jahre 1890 aufgehalten habe, mit einer Heilheerin in Berührung gekommen sei und wunderbare Beweise ihrer übernatürlichen Kraft erfahren habe. Noch überzeugender seien für ihn aber die Sitzungen der Angeklagten gewesen. Einmal habe die Angeklagte eine Sitzung in seiner Privatwohnung in Gegenwart seiner Ehefrau und seiner erwachsenen Kinder abgehalten. Als das Medium sich im Trancezustand befand, habe es genau das Aussehen seiner vor mehreren Jahren verstorbenen Tante beschrieben und genau dabei alle die kennzeichnenden Bewegungen nachgeahmt, die der Verstorbenen eigen

waren. Die Anwesenden seien aufs höchste überrascht gewesen. Die Ehefrau des Zeugen habe durch das Medium an den Geist die Frage richten lassen: „Tante, kannst Du mich nicht von meinem Rheumatismus befreien?“ Jawohl, habe der Geist durch das Medium antworten lassen. Gleich darauf habe die Ehefrau des Zeugen die Empfindung gehabt, als freigehe ihm eine Hand mehrmals von oben bis unten über den Arm. Der Schmerz sei dadurch sofort beseitigt worden. Nun habe die Ehefrau des Zeugen wieder gefragt: „Tante, hast Du nicht irgend ein kleines Andenken, das ich von Dir erhalten könnte?“ Und der Geist habe erwidert: „Ja, das sollst Du haben. In der blauen Hinterstube steht ein alter Nachttisch und in der rechten hinteren Ecke der obersten Schublade liegt eine alte goldene Kette, die sollst Du haben!“ Die Kette, von deren Existenz niemand eine Ahnung gehabt habe, sei an der beschriebenen Stelle gefunden worden. Er habe an der Existenz unsterblicher Seelen nicht mehr zweifeln können. Der betagte Zeuge sieht sich um und ängert sich mit erhobener Stimme: „Und nun frage ich jeden Menschen in diesem Saale, wenn einem so etwas passirt, soll man dann noch nicht daran glauben? Ich hatte das erhebende Gefühl in mir: Du bist unsterblich!“

Baubeamter Schumann, der folgende Zeuge, hat am 20. April vorigen Jahres einer Sitzung beigewohnt, welche vom Verein „Fische“ veranstaltet wurde. Der Saal sei vollständig erleuchtet gewesen. Die Angeklagte habe so viele Blumen apporziert, daß jeder Anwesende eine erhielt. Der Zeuge hat dabei merkwürdige Beobachtungen gemacht. Seiner neben ihm sitzenden Ehefrau sei ein ganzer Büschel Blumen in den Schooß geflogen gekommen, nicht von oben, sondern es habe ausgehoben, als seien sie aus der Seitenwand gekommen. Seine Ehefrau habe dem Medium einen Keschel mit zurückgegeben und als sie zu diesem Zwecke die Hand ausstreckte, sei eine andre reizende Blume in ihrer Hand entstanden.

Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Schwandt erklärt der Zeuge, daß er ein vollkommen gesunder, keineswegs aufgeregter und nervöser Mensch und durchaus kein entragter Spiritist sei. Er sei kurze Zeit einmal Mitglied des Vereins „Fische“ gewesen, lediglich um auf diese Weise Zutritt zu dergleichen Sitzungen zu erlangen, da er sich überzeugen wollte, ob und was an der ganzen Sache sei.

### Nothe als Prophetin.

Ein weiterer Zeuge, Glasgraveur Mah aus Weiswasser in der Lausitz, ist Vorsteher des dortigen spiritistischen Vereins. Letzterer hat zu Ehren des Geburtstages seines Vorsitzenden im Juni 1900 eine Sitzung abgehalten, an welcher über 100 Personen teilnahmen. Zu derselben waren die Nothe und Jentsch eingetroffen und sofort vom Bahnhof nach dem Sitzungsort begleitet worden. Die Apporte der Nothe gelangen sehr gut. Unter anderem war ein Wächler apporziert worden, von dem nachträglich festgestellt wurde, daß es im Verlage von Ernst Weigel in Chemnitz, Poststr. 7, erschienen war. — Präsi.: Es ist nun weiter festgestellt, daß in diesem Geschäft die Tochter der Angeklagten beschäftigt war. Daran wird geschloffen, daß es die Tochter der Mutter gegeben habe. — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Präsi.: Was sagen Sie nur dazu? — Zeuge: Na, ein Apport ist ja auch dieses Buch gewesen. Es muß durch Apport gekommen sein. Ich habe darüber keine Erklärung, das muß ich der Wissenschaft überlassen. — Der Zeuge bekundet noch: Als er die Nothe nach dem Hotel begleitete, seien sie an einem Hause vorübergekommen und da habe die Nothe gefragt, ob in dem Hause eine Leiche liege. Er habe dies verneint und gesagt, daß er nur wisse, daß dort ein Kranker sei. Sie antwortete, es seien geistige Wesen von ihr abgegangen, die sich dem im Hause Liegenden näherten, um ihm seinen Abgang zu erleichtern. Zwei Stunden darauf sei der Kranke gestorben.

### Eigenartige Geschäftsverbindung.

Kaufmann Höhrig, Inhaber der Firma Weigel u. Chemnitz, bestätigt, daß das fragliche Buch, in dem seine Firma stand, aus seinem Geschäft herrühre. In diesem sei die Tochter der Frau Nothe thätig. Er habe mehrfach einen Abgang an kleinen Dijouterien und solchen kleinen Büchern wahrgenommen, ohne daß die Bücher Auskunft darüber gaben. Erst durch den Brief des Herrn Ding aus Weiswasser sei ihm ein Fingerzeig gekommen; er habe das Fräulein Nothe danach gefragt und diese habe ihm gesagt, daß ihre Mutter mit Weisnern in Verbindung stehe und sich wahrscheinlich mit dem Geiste der verstorbenen Besitzerin des Geschäfts in Verbindung gebracht haben werde. Die Tochter habe dann noch manches erzählt von den übernatürlichen Kräften, die der Mutter inne wohnen, von den Professoren, die darüber staunen u. s. w.

Gegen die Aussage dieses Zeugen wendet sich die Angeklagte mit großem Redeschwall. Wenn so etwas wirklich vorgekommen wäre, so hätte der Zeuge keinen Augenblick gezögert, ein Strafverfahren zu veranlassen.

Noch heftiger zieht die Angeklagte gegen ein Frä. Röthgen in Dresden zu Felde, die bekundet hat, daß nach ihrer Ansicht die Angeklagte bei der betr. Sitzung die Blumenapporte aus dem Kleide gezogen habe.

Darauf wird die Sitzung auf Donnerstag 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr vertagt.

Am 21. d. M. verstarb nach kurzem Krankenlager meine liebe Frau und Mutter 1836  
**Klara Gebhardt**  
geb. Schott.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Simons-Kirchhofs am Nauenborfer Weg aus statt.  
**Gustav Gebhardt u. Sohn**

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.** Zweigverein Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 21. d. M. unser treues Mitglied  
**Wilhelm Belding**  
Kottbuler Damm 11, im Alter von 59 Jahren plötzlich verstorben ist.  
136/18  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Kranenhaus am Urban aus nach dem Kreuzkirchhof in Waidendorf statt.  
Um rechtzeitige Beteiligung der Kollegen ersucht  
**Die Verbandsleitung.**

**Land 2 Mark**  
pro Woche Abzahlung. Barzelle 840 Meter 300 M. weidlicher Baront-Verkehr, nur mündlich, verkauft Heronimy, Blumenstraße 70. 9432

**Gross-Fischerei-Export-Artikel.**  
Neueste, wahre, billige Preise.  
Per Nachnahme.  
**Feinste Salzetterung 1/4, 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.**

**Unsere Kokosnussbutter Palmora**  
zum Backen, Kochen u. Braten vorzüglich geeignet, schmeckt u. bräunt wie gute Butter, ist jedoch weit ausgiebiger, weil ohne Wasser u. ohne Salz, daher beim Braten auf 3 Teile Palmora 1 Teil Wasser u. Salz hinzusetzen. Ueberrall erhältlich. 105/16  
Berlin, J. H. Mohr & Sohn, G. m. b. H.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 26. März.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Spernhaus.** Die Weiskinder von Nürnberg.  
**Schauspielhaus.** Die Welt, in der man sich langweilt.  
**Deutsches.** Der Schiefer der Beatrice.  
**Berliner.** Eifer, Liebes, Leffing, Der blinde Passagier.  
**Neues.** Die Kreuzschreiber.  
**Reifen.** Lutti (Loute).  
**Westen.** Aidelio.  
**Central.** Gräfin Pepi.  
**Thalia.** Der Romanengel.  
**Belle-Alliance.** Piz und Podel.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
**Don Gil.**  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.) Der Meister von Palmyra.  
**Carl Weiss.** Der Liebe Gebot.  
**Bundes.** Der Peinliche.  
**Luisen.** Der Raub der Sabinerinnen.  
**Kleines.** Nachtschl.  
**Trianon.** Die Kolbrüde.  
**Casino.** Berliner Herzen. Specialitäten.  
**Metropol.** Reue! Reue! Reue!  
**Apollo.** Naktis Hochzeit.  
**Wintergarten.** Specialitäten.  
**Reichshallen.** Steidler Sänger.  
**Steidl.** Steidl-Sänger.  
**Passage-Theater.** Specialitäten.  
**Passage-Vanopitum.** Specialitäten.  
**Palast.** Meine Reue. Specialitäten.  
**Urania.** Taubenstrasse 48/49.  
Das Land Tirol.  
Im Hofsaal um 8 Uhr:  
Prof. Dr. C. Müller: Die Baustoffe des Pflanzen- und Tierkörpers.  
Anfang 8 Uhr:  
**Der Posannen-Engel.**  
Aufstufungshof mit Gesang u. Tanz.  
Gr. Tanzparade. Artisten-Revue.  
Thieler als Spreewälder-Ammen.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Maria Stuart.  
Anfang 8 Uhr:  
Morgen: Faust. (I. Teil.)  
Sonabend: Lumpacivagabundus.  
Sonntag 3 Uhr: Der Fall Clémentine.  
Montag: Lumpacivagabundus.  
Anfang 8 Uhr:  
Morgen: Faust. (I. Teil.)  
Sonabend: Lumpacivagabundus.  
Sonntag 3 Uhr: Der Fall Clémentine.  
Montag: Lumpacivagabundus.

### Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr.  
**Der Posannen-Engel.**  
Aufstufungshof mit Gesang u. Tanz.  
Gr. Tanzparade. Artisten-Revue.  
Thieler als Spreewälder-Ammen.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Maria Stuart.

### Carl Weiss-Theater.

Anfang 8 Uhr:  
**Der Liebe Gebot.**  
Schauspiel in 5 Akten.  
Morgen: Der Liebe Gebot.

### Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Faust. (I. Teil.)  
Sonabend: Lumpacivagabundus.  
Sonntag 3 Uhr: Der Fall Clémentine.  
Montag: Lumpacivagabundus.

### Der Raub der Sabinerinnen.

Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Faust. (I. Teil.)  
Sonabend: Lumpacivagabundus.  
Sonntag 3 Uhr: Der Fall Clémentine.  
Montag: Lumpacivagabundus.

### Belle-Alliance-Theater.

Anfang 8 Uhr:  
Sensationeller Erfolg!  
„Pick und Pocket“.  
Schauspiel mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen: Kabale und Liebe.

### Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Lutti (Loute).**  
Schauspiel in 4 Akten von Pierre Weber.  
Morgen und folgende Tage: Lutti.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr:  
Seine Kammerjose.

### Palast-Theater

Burgstrasse 22. Früher: Fern-Palast.  
9 Uhr. 9 Uhr.  
**Meine Reue.**  
Vollständig mit Gesang von H. Schulz.  
Nacht von Reue.  
Nur noch wenige Tage:  
Mary Ellys und  
Das Elite-März-Programm.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Anf. 8 Uhr, Sonn. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

### W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Nur einmalige Wiederholung:  
Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Sonabend: Kulturabend des Direktors  
Rob. Dill als Trompeter von Sätzen.

### Bernhard Rose-Theater-Ensemble

Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.  
Donnerstag, den 26. März 1903:  
Das Milchmädchen von Schöneberg.  
Vollständig mit Gesang in 6 Bildern  
von B. Mannstädt.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Vorstellung: Tanz.  
Dienstag, den 7. April: Seneils:  
Heldi Gamski: Schilpphine Weber.

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
Im Hofsaal um 8 Uhr:  
Prof. Dr. C. Müller: Die Baustoffe des Pflanzen- und Tierkörpers.  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

### Passage-Theater.

Anfang Sonnt. 3. Wochent. 3.  
Ende 11 Uhr.  
Anf. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Boxkampf**  
des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimmons und des austral. Preisboxers Jack Lewis.  
Bernhard Marx, Humorist.  
**Marie Werder.** Soubrette.  
Ganz Berlin zerbricht sich noch immer den Kopf über die schwebende  
**AGA**  
Jungfrau.

### Kleines Theater.

Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
**Nachtschl.**  
**Buntes Theater.**  
**Der Leibalte.**  
31. März: Opern-Aufführung des Eichelbergischen Konservatoriums: **Cavalleria rusticana. Hänsel und Gretel.**  
Billets an der Tageskasse.

### Central-Theater

Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Gräfin Pepi.**  
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Morgen und die folgenden Tage, abends 7 1/2 Uhr: **Gräfin Pepi.**

### Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Unversitätsstraße.  
**Die Notbrücke.**  
Lustspiel in 3 Akten von Fred Orsac und Francis de Croisset.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 3 Uhr: Die Liebesschaukel.

### Casino-Theater

Rehringstr. 37.  
Zum vorletztenmale:  
9 1/2 Uhr:  
**Berliner Herzen.**  
8 Uhr: Die brillant. Specialitäten zc.  
Sonabend, 3. 1. Teil: **Elternlos.**  
„Reichen u. Liebchen“ zc.

### Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:  
**Neuestes!**  
**Allerneuestes!**  
Revue in 5 Bildern von J. Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
Emil Thomas a. G., Josef Josephi.  
**Henry Bender.**  
Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabitz.  
300 Mitwirkende.  
**Grandioses Ballett.**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

### Sanssouci.

Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger.  
Nach jeder Solree:  
**Tanz-Kränzchen.**  
Neu!  
Stoß Dir doch nich'n Kopf an die Gockbahn.  
Säle zu Festlichkeiten.

### Cirkus Schumann

Donnerstag, den 26. März 1903, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Sport-Vorstellung.**  
Nur das Neueste.  
**Miss Alix**  
mit ihrem Motor Car  
**Looping the Hoop**  
sowie das Riesenprogramm u. die  
**Die lustigen**  
**Heidelberger.**

### Steidl-Theater

Reichenstr. 132. Dramen-  
burger Hof.  
Nur noch kurze Zeit  
die Solisten der beliebten  
**Steidl-Sänger**  
Man muß das Steidliche Lebensbild  
gesehen haben. Stimm. Weisell.  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sperrk. 1.00.

### Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3  
Special-Ausschank  
der Berliner  
Bockbrauerei.  
**Grosser**  
**Bock-Trübel.**  
Um 10 Uhr abends  
Einzug Gambrius  
mit Gefolge.

### Königsstadt-Kasino.

Politzerstr. 72. Gute Alexanderstr.  
Erstklassige Specialitäten.  
**Ich heirate meinen Mann.**  
Franz Sobanski.  
Mittw., Sonnab., Sonn.: Tanz.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Donnerstagsabend 8 Uhr:  
**Don Gil.**  
Komödie in 4 Akten nach den Motiven  
des Tirto de Molina von Fr. Adler.  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Don Gil.**  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Das zweite Gesicht.**  
**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).  
Donnerstagsabend 8 Uhr:  
**Der Meister von Palmyra.**  
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen  
von Adolf Wilbrandt.  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Der Meister von Palmyra.**  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Der Meister von Palmyra.**

## Freie Volksbühne.

Sonntag, den 29. März er., nachmittags 2 1/2 Uhr:  
**Metropol-Theater.** 7. 8. Abteilung.  
**Helden.**  
Von Bernhard Shaw.  
**Lessing-Theater.** 11. Abteilung.  
**Dämmerung.**  
Von Ernst Rosmer.  
Die vertagte Vorstellung der 1. 2. Abteilung findet  
am 13. April (2. Osterfeiertag) statt.  
Die 9. Serie der Vorstellungen beginnt am 5. April.  
zur Aufführung gelangt im Lessing-Theater:  
Eine Offizierskomödie in 5 Aufz.  
von Otto Erich Hartleben.  
229/13  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

## Apollo-Theater.

Heute: **Naktis Hochzeit.**  
Hierauf: Glänzende Specialitäten.  
Novellas. Garganis. Rob. Steidl.  
Cake-Walk. 5 Barfussstänzerinnen.  
Freitag und Sonntag: Die schöne  
Galathée. Sonnabend: Lysistrata.  
Sonntag nachmittag: Frau Luna.  
In Vorbereitung: **Gesindeball.**  
Gesangs-Burleske.

## Reichshallen.

**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Sonntag 7.  
Montag 8 Uhr.  
„Dünnen-Grössen“  
Parodie-Burleske  
von Weisell.

## WINTERGARTEN

Humbert, Jongleur.  
Harry Atkinson, Imitator.  
She, die 4 Elemente.  
Littke Carlzen, Tanz-Humorist.  
Arras-Duo, gymnast. Produktionen.  
Miss Sisy Nirvana, Lebende Bilder.  
**Circling the Circle.**  
Annie Dirken, Operetten-  
Sängerin.  
Gabriela Juniori, Soubrette.  
Neues Ballett-Divertissement.  
„Das Fest des Lucullus“  
in 6 Bildern, darunter Cake Walk.  
Der „Biograph“.

## Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.  
Jeden Tag:  
**Der schöne Max aus**  
**Franz-Budholz.**  
Heute: **Bockbierfest.**  
Im Kaiser-Saal:  
**Norddeutsche Sänger**  
und Tanz.

## Königsberger-Geld-Lotterie.

Ziehung: 7. u. 8. April  
6241 Goldgewinne baar  
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.  
Hauptgewinn: Mark  
**200000**  
**50000**  
**20000**  
**10000**  
etc. etc. etc.  
Originallose à 3 Mark  
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.  
**Oscar Bräuer & Co. Nachf.**  
G. m. b. H. Bank-Geschäft  
Berlin W. Friedrichstr. 161.  
Filialen:  
NW. Wilsnackerstr. 63.  
O. Andrasstr. 46a.  
SO. Oranienstr. 177.

## Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété  
Kommandanten-Str. 77/79.  
Direktion: Carl Haverland.  
Täglich: **Gr. Vorstellung.**  
Das grosse amüsante  
**März-Programm.**  
Nur allererste Kunstkräfte.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch  
nach der Vorstellung:  
**FANZ.**

## Königsberger-Geld-Lotterie.

Ziehung: 7. u. 8. April  
6241 Goldgewinne baar  
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.  
Hauptgewinn: Mark  
**200000**  
**50000**  
**20000**  
**10000**  
etc. etc. etc.  
Originallose à 3 Mark  
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.  
**Oscar Bräuer & Co. Nachf.**  
G. m. b. H. Bank-Geschäft  
Berlin W. Friedrichstr. 161.  
Filialen:  
NW. Wilsnackerstr. 63.  
O. Andrasstr. 46a.  
SO. Oranienstr. 177.

## Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3  
Special-Ausschank  
der Berliner  
Bockbrauerei.  
**Grosser**  
**Bock-Trübel.**  
Um 10 Uhr abends  
Einzug Gambrius  
mit Gefolge.

## Steidl-Theater

Reichenstr. 132. Dramen-  
burger Hof.  
Nur noch kurze Zeit  
die Solisten der beliebten  
**Steidl-Sänger**  
Man muß das Steidliche Lebensbild  
gesehen haben. Stimm. Weisell.  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sperrk. 1.00.

## Königsstadt-Kasino.

Politzerstr. 72. Gute Alexanderstr.  
Erstklassige Specialitäten.  
**Ich heirate meinen Mann.**  
Franz Sobanski.  
Mittw., Sonnab., Sonn.: Tanz.

## Achtung! 6. Wahlkreis Achtung!

Sonntag, den 29. März, mittags 12 Uhr, bei Volksschmiedes,  
Fohstraße Nr. 16:  
**Volks-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Mollenhuth über  
„Wie können sich die Arbeiter gegen Auspflünderung schützen?“ 2. Diskussion.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vertrauensmann.

## Graveure und Ciseleure

Berlins und Umgegend.  
Donnerstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale  
der Arminhallen, Kommandantenstrasse 20:  
**Öffentliche Versammlung**  
Referent Reichstags-Abgeordneter Martin Segis. 72/1\*  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht  
Die Agitationskommission.

## + Männer-Vortrag +

morgen, Freitagabend 8 1/2 Uhr, Rannystr. 27, Gramann:  
**Syphilis, sexuelle Störungen und Gonorrhoe**  
nied. an gr. Leibesübungen (Naturmaßnahmen), welche Entziehung und Stellung  
verursachen, vom prakt. Naturheilk. **Grundmann** erklärt. Eintritt  
nied. Broschüre 20 Pf. Maximalzahl Hörer 72. Naturärztliche Sprech-  
stunden 11-2, 6-8, Sonntags 10-12. Berl. Naturheils. Melom. 6562

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII. 353.  
**Die Delegiertenwahlen zum Verbandstag**  
finden am 29. März statt und zwar in der Zeit von vormittags  
**10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr.**  
Gewählt wird in folgenden Lokalen:  
**S. SO.:** Gewerkschaftshaus, Saal 1.  
**W. (Schöneberg):** D. Kante, Bülowstr. 59.  
**NW. (Moabit):** Kronenbauerei, Alt-Moabit 47.  
**O.:** F. Klein, Gr. Anhalterstr. 133.  
**N.:** H. Abendroth, Badstr. 42/43; A. Wernan, Schwedter-  
str. 29; S. Raabe, Kolbergstr. 23.  
Die Stimmlisten werden an den Eingängen zu den Wahllokalen verteilt.  
Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.  
Die Vertrauensleute haben unter allen Umständen den Mitgliedern die Bücher aus-  
zuhändigen.

## Charlottenburger Volkshaus.

Vor-Anzeige.  
Sonntag, den 29. März 1903, im grossen Saale:  
**Grosses Volkshaus-Fest.**  
Künstlerische Darbietungen ersten Ranges.  
Eröffnung 4 Uhr. Billet 25 Pf. Anfang pünktlich 6 Uhr.  
Im unteren Saale: **Grosser Ball.** Herren zahlen 50 Pfennig nach. 255/1  
Näheres in der Sonntags-Annonce.  
Billets sind zu haben bei Ewald, Schlüterstr. 66; Müller, Rosinenstr. 3, bei den Bezirks-  
führern und an der Kasse.  
Der Verwaltungsausschuss des Volkshauses.

## Achtung, Radfahrer!

Besonderer Umstände halber findet die für  
Donnerstag, den 26. März angesetzte Versammlung  
nicht statt, sondern am  
**Montag, den 30. März,**  
abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
Z. D.: Welche Vorteile bietet den Radfahrern die Berliner  
Einkaufs-Genossenschaft?  
Infolge grosser Abschlüsse und Wegfall des Füllschändler-Gewinns  
können wir Räder und Zubehörteile stammend billig, auch auf Teilzahlung,  
verkaufen. Zum Beispiel:  
**Darfoxy-Räder mit Doppelglockenlager . . . . . 145.00 Mk.**  
**Mars-Räder mit Doppelglockenlager . . . . . 135.00**  
**Mars-Räder mit rechtsseitiger Glocke . . . . . 115.00**  
**W. K. C. Räder mit rechtsseitiger Glocke (Modell 1903) 125.00**  
Sämtliche Räder mit Schwingeunter Treppenschraube mit Radfahrbremse  
mit 9 R. mehr.  
**Excellior-Mäntel . . . . . 5.50 und 8.50 Mk.**  
**Excellior-Zulände . . . . . 3.00 und 4.50**  
Versand auch nach ausserhalb.  
Glocken, Laternen usw. usw. dem entsprechend. Nach machen wir auf  
unsere eigene Reparaturwerkstätte aufmerksam.  
**Berliner Einkaufs-Genossenschaft**  
Marshallstrasse 19.

## Seidenstoffe

Weltbekannt  
ist unsere 800L\*  
Schwarze  
**Reinseidene Robe**  
in glatt und gemustert.  
10 Meter Mark 25.00.  
Seidenhaus  
**Pauldraeh & Ott,**  
II. Geschäft: Oranienstr. 153.  
I. Rosenthalerstr. 20-21.  
Man verlange Proben.

## Knaben-Garderobe

für das Alter von 2 bis  
18 Jahren  
empfehlen wir reichhaltiger  
Auswahl  
zu den billigsten  
Preisen die  
Knaben-Garderoben-  
Fabrik  
von **Karl Hustädt,**  
O. Koppenstr. 85,  
2 Min. v. Schif. Bahnh.  
**Herren-Garderobe**  
nach Mass.

## Gardinen

Reinheits-, Decorsions- und  
Jugendstil, circa 250 Muster.  
Katalog (600 Illustr.) gratis  
und franco.  
Emil Lafèvre, Berlin S., 158.

## Tuchstoffe

Paletotstoffe - Cheviots, Reste  
spottbillig. **Moikemarkt 12-13**  
**Carl Engel, „Ecke zur Rippe“.**

## Versuche Dein Glück!

in bekannter Glückskollekte  
**J. Rosenberg**  
51 Kommandantenstrasse 51.  
Königsberger Lese a 3 M.  
Sofortige Auszahlung von Ge-  
winnlosen aller Lotterien.

# NATROGAT

feinsten Arabischer Kaffeezusatz in Porzellanbechern, unter ständiger Kontrolle des bekannten Nahrungsmittel-Chemikers Herrn L. C. Bischoff, Berlin, hergestellt, bietet infolge seiner hervorragenden Eigenschaften bei der Bereitung des Kaffeegetränkes **bedeutende Vorteile** wie: wesentliche Ersparnis, guten Wohlgeschmack, angenehmes Aussehen, vorzügliche Verträglichkeit, hohen Nährwert, Dequene und einfache Handhabung.

Kartons a 25 und 50 Pfg. in fast allen Kaffee- und Kolonialwaren-Handlungen, sowie einschlägigen Geschäften zu haben. Generalvertreter für Berlin: **Robert Küpper, Berlin-Schöneberg, Belzigerstrasse 10.** Fernsprecher IX. 7577.

# Möbelfabrik.

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen

**Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6,** am Kottbuser Thor. BERLIN SO., 674L\*

**Mehlhandlung von Johannes Friese**  
Lindenstr. 2 (am Bellealliance-Platz) Hof rechts (fr. Zimmerstr. 39)  
empfiehlt ihre anerkannten besten Mehle als:  
**Kaiser-Auszug (reines Pester)**  
1/2 Ctr. = 2,25; 5 Pfd. = 0,90; 1 Pfd. = 0,20.  
**Weizenmehl 00 (halb Auszug)** 234L\*  
1/2 Ctr. = 2,00; 5 Pfd. = 0,80; 1 Pfd. = 0,18.  
**do. 0 (Haynau 00)**  
1/2 Ctr. = 1,75; 5 Pfd. = 0,70; 1 Pfd. = 0,16.  
Sulfofende, sauber gereinigte Hülsefrüchte zu soliden Preisen.

Empfehle zuherst preiswert alle Sorten 8732\*  
**Roh-Tabake**  
zur Cigarrenfabrikation, als:  
**Sumatra, Java, Vorstenlanden, Hayanna, Java-Cuba, Domingo, St. Felix-Brasil, Carmen, Seedleaf und Losgut** etc.  
Versand in Postpaketen wie Zahnkäse jeglicher Größe nur unter Nachnahme! Preisliste gratis und franco.  
**C. Bathmann, Bremen.**  
Lager Freiabzirk, Comptoir u. verzolltes Lager: Hinterm Schütting 12.

**Borussia-Fahrräder Modell 1903**  
mit ausziehbarer Patent-Doppelglockenlager, D. R. P. 100 506, haben unerreicht leichten Lauf. Oelung hält garantiert zwei Jahre vor.  
Kataloge umsonst und postfrei.  
**Borussia-Fahrrad-Werke**  
Richard Siebert, Prinzen-Strasse 95. 957L\*

Für die neue Wohnung  
empfehle ich mein grosses Lager  
Jetzt **28 König-Strasse 28** Jetzt  
an der Neuen Friedrich-Strasse.  
eingetroffener **Gelegenheitskäufe**, bestehend in Teppichen, Portieren, Gardinen, Tisch-Divan, Bett- und Stoppdecken etc. zu auffallend sehr billigen Preisen.  
**J. Adler Teppichhaus.**  
Achten Sie gefl. auf No. 28 Königstrasse 28.

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Dünne Javelle die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Vanferriol.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstrasse. Greif-Apothek, Bernauerstrasse 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 954L\*

Honig! Unerlässlich. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, versch. die 10 Pfundboxe zu 7,00 M., 5 Pfd. 4,50 M. franco. Garanti. Rücknahme.  
**E. Reil, Nordloh, Bahnhof Zugulfehn, Oldenburg.**

Wer einen eleganten **Anzug oder Paletot** a. reiner Wolle, feinste Stoffe u. taubelot. Es trag. will, bestelle nur bei **J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.** direkt am Alexanderplatz.  
Geringe Teilzahlung.

**Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik**  
**A. Schulz, Reichenberger-Strasse 5**  
empfiehlt Einrichtungen in Ruhraum und Wohnraum von 210 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. 6162\*

**Reste**  
Spottbillig für elegante Herrenanzüge, Paletots, Kinder-Anzüge usw. \*  
**Tuchfabrik-Niederlage**  
Koch & Seeland, Berlin C, Köpferstr. 2.

**Möbel,**  
hürgerliche Wohnungs-Einrichtungen  
empfiehlt 8122\*  
**Otto Piehl, Brunnenstr. 120.**  
Teilzahlung gestattet.

**Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.**  
Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

## Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**  
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

### Verkäufe.

**150** Bald-Landparzellen, am Ort, sehr idyllisch, an regularem Strassen, 1/2 Meier 65 und 55 Pfennig, verkauft billiger Pfandbaum, Hermsdorf, Lindenstrasse 15. 25365\*

**Möbelverkauf.** Wegen Geschäftsverlegung und um die großen Umzugskosten zu sparen, verkaufe in meinem grossen Möbelspeicher (am Alexanderplatz) Neue Königstrasse 59 zu bedeutend herabgesetzten Preisen viele Wohnungs-Einrichtungen, darunter auch Teilschulung. Besonders besondere Bergabteilung. Passende Gelegenheiten für Brautleute. Durch große Gelegenheits-Einkäufe bin ich im Stande, ganze Einrichtungen schon von 150, 200, 300 Mark zu liefern. Hoch-elegante Ausstattungen von 1000 bis 10 000 Mark; um zu räumen, empfehle großen Sortiment billigen gemessener und zurückgelegter Möbel, die noch fast neu sind, zu kaum zu billigen Preisen. Kleiderständer 24, Kommode 18, Divan mit Auszug 33, Bettstelle mit Matratze 20, Waschtisch 10, Vertikal 35, Büchergarnituren 60, 105, Büchertische mit Sprüngelede-Matratze 40, Säulenträume 45, Waschtische mit Zetteltischen 65, Bücherregale, Paneelsofas mit Zetteltischen 85, Büffets in jeder Größe. Englische Schlafkammer, Speisekammer, Salons äusserst billig. Kofferbuch gratis und franco. Gelassene Möbel werden 3 Monate kostenlos aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. 15704\*

**Möbelverkauf.** In meinem grossen Kaufhaus, Oranienstrasse 15, am Alexanderplatz, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, welche ich gewissene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilschulung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen liefern ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10 000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verlegener gemessener und zurückgelegter Möbel, die noch fast neu sind und in Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Waschtische, Vertikals 35, Büchergarnituren 105, Büchertische mit Matratzen 40, Büffets, Bücherregale, Paneelsofas mit Zetteltischen 85, Schreibtische 40, Waschtische, langweilige Schlafkammer, Speisekammer, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gelassene Möbel werden drei Monate kostenlos aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Kofferbuch gratis. 15668\*

**Möbelverkauf.** In meinem grossen Kaufhaus, Oranienstrasse 15, am Alexanderplatz, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, welche ich gewissene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilschulung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen liefern ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10 000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verlegener gemessener und zurückgelegter Möbel, die noch fast neu sind und in Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Waschtische, Vertikals 35, Büchergarnituren 105, Büchertische mit Matratzen 40, Büffets, Bücherregale, Paneelsofas mit Zetteltischen 85, Schreibtische 40, Waschtische, langweilige Schlafkammer, Speisekammer, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gelassene Möbel werden drei Monate kostenlos aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Kofferbuch gratis. 15668\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Wohnungen.**  
**Ober-Schönevide.** Siemensstrasse 19, schöne, gesunde Wohnwohnungen 2 Stuben, Küche 21, Park an. 29955\*

**Geübte Näherin** für Schneider verlangt H. Kempa, Reichenbergerstrasse 177, Laden. 1906

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Künster Wahlkreis. Heute, Donnerstagabend 8 Uhr, spricht Genosse Robert Schmidt, der Kandidat unfres Kreises, zum erstenmal wieder in öffentlicher Versammlung des Wahlvereins bei Leydcker, Sophienstr. 34. Gäste sind willkommen. Wir erwarten, daß kein Mitglied fehlt. Der Vorstand.

Lokales.

Wenn man Hunger hat,

läßt man sich zu manchem herbei, was ein Satter nie thun würde. Wenn Arbeitsmangel herrscht und Tausende vergeblich nach einer Erwerbsgelegenheit suchen, dann nimmt der Arbeiter und die Arbeiterin so manche Lohnaufzehr ohne Kurzen hin und erträgt geduldig so manche Schurkelei, gegen die sie in andren Zeiten sich trotzig aufbäumen würden. Das weiß jeder Arbeitgeber, der das Geschäft kennt und sich auf seinen Vorteil versteht.

Das weiß auch der Herr Direktor des „Reinigungs-Instituts Centrum“, Alexanderstraße 37a. Dieser Mann, ein Herr Richard Seelig, hält für die Hausfrauen Berlins Dienstpersonal aller Art bereit, Keimnaden, Wäsche, Wäsche, die er für einzelne Tage zur Verfügung stellt. Eine „moderne weltstädtische Einrichtung“ nennt er sein Reinigungs-Institut in seinem Prospekt. „Gnädige Frau“, schreibt er, „haben Sie Recht mit dem Personal, ist das Dienstmädchen erkrankt oder entlassen, brauchen Sie ein Ersatzmädchen, wünschen Sie eine tüchtige Wäsche, sollen die Zimmer gründlich gereinigt oder gebohrt, die Teppiche geklopft werden, kurz, wo Hilfe nötig ist, da genügt ein telephonischer Anruf und sofort erhalten Sie sauberes und fleißiges Personal.“ Die Preise, die der Herr Direktor den „geehrten Herrschaften“ berechnet, sind ungefähr ortsüblich, z. B. pro Tag für eine Wäsche 2,25 M., für eine Keimnaden 1,75 M. usw., außerdem die Verköstigung. Da er von diesen Beträgen ein Viertel und mehr als Lohnvergütung resp. Verdienst für sich behält, so hat sein Personal allerdings leinestwegs glänzende Einnahmen. Aber wenn man Hunger hat, hält man schon den Tagelohn von 1,25 M., den der Herr Direktor Seelig seinen Keimnadenfrauen zahlt, für ein kleines Vermögen, und ist froh, dafür arbeiten zu dürfen.

Wenn man Hunger hat, erklärt man sich auch mit den Bedingungen einverstanden, die der Herr Direktor den bei ihm beschäftigten Frauen stellt. Diese müssen die Beträge, die das Institut den geehrten Herrschaften berechnet, selber einlassen. Jede Frau ist verpflichtet, am Abend nach beendeter Arbeit noch einmal nach dem Institut zu kommen, um das Geld abzuholen und ihren Lohn samt der Arbeitskarte des nächsten Tages in Empfang zu nehmen. Wie weit die Arbeitsstätte von dem Institut und von diesem die Wohnung der arbeitenden Frau entfernt ist, das ist dem Herrn Direktor gleichgültig. Erhält die Frau am Abend keine Arbeit für den nächsten Tag, so muß sie früh um 7 Uhr wiederkommen und bis etwa 10 Uhr auf Arbeit warten. Eine Frau, die sich auf eine der vielen Annoncen des Instituts gemeldet hatte, lehnte diese und andre Bedingungen, auf die wir weiter unten zurückkommen, rundweg ab. „Sie haben noch keinen Hunger“, sagte ihr da der Herr Direktor. Der Mann hat recht; in der That, nur wer Hunger hat, wird sich seinen Bedingungen unterwerfen.

Wer sich unterworfen hat, wird fortan, wie die „Verhaltensmaßregeln“ vorschreiben, dem Herrn Direktor „stets die ihm gebührende Hochachtung entgegenbringen.“ Nach § 4 hat ihm jede Frau bei jeder Anrede den Titel „Herr Direktor“ zu geben. Der Herr hält überhaupt sehr auf Höflichkeit. Ueber den „Verkehr mit den Herrschaften“ bestimmt er, daß den Damen stets der Titel „Gnädige Frau“ oder „Gnädiges Fräulein“ zu geben ist. Aber mehr als eine bloße Höflichkeit ist es, wenn die Frauen „verpflichtet“ werden, „beim Abgang die Herrschaft zu bitten, bei Bedarf gefälligst wieder bei dem Institut zu besellen.“ Sehr genau nimmt es der Herr Direktor mit dem Gehot, „über die Einrichtungen des Instituts dem Publikum gegenüber strenges Stillschweigen zu beobachten.“ Er sagt darüber: „Frägt die Herrschaft nach der Wohnung, so hat die Frau zu antworten: „Gnädige Frau, das darf ich nicht sagen, meine Wohnung können Sie nur durch das Institut erfahren.“ Fragt die Herrschaft nach dem Lohn, so hat die Frau stets zu antworten: „Gnädige Frau, das ist Geschäftsgeheimnis des Instituts, und darf ich nicht darüber sprechen, ich werde mich bezahlet.“ Damit die „gnädige Frau“ das „Geschäftsgeheimnis“ der „guten Bezahlung“ nicht etwa doch noch zu listen sucht, fügt der Herr Direktor vorsichtig hinzu: „Es ist jeder Frau verboten, den Herrschaften Klagen über schlechte, ärnliche häusliche Verhältnisse vorzubringen, um dadurch das Mitleid der Herrschaften zu erregen; denn hierdurch wird nur das Ansehen des Instituts und der Frau selbst geschädigt.“ Der Mann weiß offenbar, wie erbärmlich es den von ihm beschäftigten Frauen geht!

Können die „geehrten Herrschaften“ hinter das „Geschäftsgeheimnis“ des Herrn Direktors, erfahren sie die Wahrheit über die Bezahlung seines Personals und über dessen elende Lage, dann würde vielleicht manche Hausfrau es vorziehen, die als fleißig erkannte Keimnadenfrau künftig ohne Vermittlung des Instituts zu beschäftigen. Dann käme der Herr Direktor natürlich um seinen Profit. Um dem vorzubeugen, versteht er sich zu dem dreifachen Verbot, die Wohnung anzugeben! Zum Ueberfluß erklärt er, Beschäftigung ohne seine Vermittlung sei Betrug! Er sagt: „Versuche der Herrschaften, die Frau zu veranlassen, auf eigene Rechnung wieder zur Arbeit zu kommen, sind stets mit dem Hinweis zurückzuweisen, daß dies Betrug sei und sie sich nicht dazu hergeben.“ Da hört doch wirklich alles an!

Damit diese einzig dastehenden Arbeitsbedingungen nicht in die Öffentlichkeit gelangen, beschließt schließlich der Herr Direktor in einem letzten Paragraphen, daß sie „Unberufenen nicht gezeigt werden dürfen.“ Aus diesem Paragraphen spricht das schlechte Gewissen.

Rechtzeitige Kündigung. Ist in einem Mietvertrage als Kündigungsfrist drei Monate und drei Tage vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 28. März dem Wirt zugegangen sein, um rechtzeitig zu sein. Ist in dem Vertrage drei Monate als Frist vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 31. März dem Wirt zugegangen sein. Ist im Vertrage nichts über die Kündigungsfrist vereinbart, so ist eine am 8. April dem Wirt erklärte Kündigung rechtzeitig. Die angegebenen Fristen gelten auch dann als innegehalten, wenn der Wirt die Annahme an dem betreffenden Tage (28. 31. März 8. April) ablehnt, zum Beispiel weil auf dem Briefe der Absender nicht angegeben sei, oder weil er einen frankierten (eingeschriebenen oder nicht eingeschriebenen) Brief nicht annehmen will, oder weil er nur bis 6 Uhr abends Briefe annimmt, oder wenn der Brief rechtzeitig eingelaufen war, der Wirt aber erst an einem späteren Tage Kenntnis von dem Briefe genommen hat, oder wenn der Wirt vertritt, ohne für einen Vertreter zu sorgen, dem der Brief abgegeben werden kann und dergleichen, kurz: in allen Fällen.

in denen durch Schuld des Vermieters die Kündigung überhaupt nicht oder verspätet zur Kenntnis des Vermieters gelangt, gilt die Frist als gewahrt, ist also die Kündigung rechtzeitig. Was gegenüber dem Wirt nach dieser Richtung hin Rechtens ist, gilt auch gegenüber dem Mieter, dem gekündigt wird.

Abfälligkeit beschließen hat die städtische Armenverwaltung die Beschwerde einer Kommission von Berliner Wädernestern über den Ausschuß solcher Wädernestern, die in der Armenverwaltung ein Ehrenamt bekleiden, von den Lieferungen für diese Verwaltung. In einer Wädernestern-Versammlung wurde dieser Ausgang als ein bellagenswertes Misstrauensvotum gegenüber ehrenhaften Bürgern und Handwerklern bezeichnet. Redakteur Schmidt meinte, daß in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Reichthümer hätten die ehrenamtlich thätigen Wädernestern bei den Lieferungen an die Armenverwaltung wahrhaftig nicht erworben. Stadt-Obermeister Gemeinhardt erklärte, daß die Armenverwaltung, nach dem Vorlauf der Städte-Ordnung, im Recht sei. Die ganze Sache sei auf Anzeigen unzufriedener Armenempfänger zurückzuführen. Schon jetzt sei es überaus schwierig, geeignete Personen zur Uebernahme städtischer Ehrenämter zu bewegen, auch wenn diese nicht mit sonderlichen Mühen verknüpft seien. Die Angelegenheit dürfte wahrscheinlich in der Stadtverordneten-Versammlung, im Anschluß an eine Erörterung der Mißstände des Submissionsverfahrens bei städtischen Lieferungen, zur Sprache gebracht werden.

Unser Ansicht nach sollten die Wädernestern ein größeres Verständnis dafür besitzen, daß es sich nicht schickt, als Mitglied der Armenverwaltung Lieferungen für diese Verwaltung zu übernehmen. Wenn, was wir ja annehmen, bei diesen Lieferungen keine Reichthümer zu erwerben sind, so begreifen wir eigentlich die Erregung nicht, die in der Drohung gipfelt, daß man deshalb auf die Einnahme derartiger Ehrenposten verzichten würde, weil damit die Möglichkeit solcher Lieferungen ausgeschlossen sei.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und seinen Vororten werden beleuchtet durch eine Tabelle über Wohnort und Beschäftigungsort der erwerbsthätigen Bevölkerung Groß-Berlins, die vom Berliner Statistischen Amt nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung aufgestellt worden ist und jetzt veröffentlicht wird. Danach wurden unter der ortsanweisenden Bevölkerung (ohne die vorübergehend Anwesenden) als Erwerbsthätige ermittelt in Berlin 653 371 männliche, 360 051 weibliche, in den Vororten 188 077 männliche, 91 075 weibliche (zum Beispiel in Charlottenburg 59 212 m., 37 657 w., Schöneberg 31 602 m., 16 725 w., Niddorf 28 149 m., 9 076 w., Lichtenberg 13 888 m., 4 717 w., Weihensee 10 041 m., 3 705 w. usw.) Außerhalb ihres Wohnortes waren beschäftigt von den erwerbsthätigen Einwohnern Berlins 18 614 männliche gleich 2,8 Proz. und 1827 weibliche = 0,5 Proz. (zum Teil auch in entfernteren Orten); aber von denen der Vororte 72 834 m. = 39 Proz., 14 846 w. = 16 Proz. (z. B. von denen Charlottenburgs 16 047 m. gleich 27 Proz., 3257 w. = 9 Proz., Schönebergs 13 706 m. gleich 44 Proz., 2754 w. = 16 Proz., Niddorfs 14 259 m. = 51 Proz., 3031 w. = 33 Proz., Lichtenbergs 6419 m. = 46 Proz., 1600 w. gleich 34 Proz., Weihensees 4333 m. = 41 Proz., 929 w. = 22 Proz.). Bezüglich der außerhalb ihres Wohnortes Beschäftigten liegt nun das Verhältnis Berlins zu den Vororten im einzelnen so, daß fast sämtliche Vorortgemeinden mehr Erwerbsthätige nach Berlin schicken, als von Berlin zu ihnen hinausgehen. So schieben von den männlichen Erwerbsthätigen Berlins nur 6843 ihren Verort in Charlottenburg aus, in Schöneberg nur 1416, in Niddorf 1085, Lichtenberg 331, Weihensee 280 zc., dagegen waren in Berlin beschäftigt von den männlichen Erwerbsthätigen Charlottenburgs 18 512, Schönebergs 11 649, Niddorfs 12 291, Lichtenbergs 4804, Weihensees 3808 usw. Ähnlich waren von den weiblichen Erwerbsthätigen Berlins nur 704 in Charlottenburg beschäftigt, in Schöneberg 214, Niddorf 94, Lichtenberg 23, Weihensee 39, aber in Berlin beschäftigt waren von denen Charlottenburgs 2891, Schönebergs 2509, Niddorfs 2777, Lichtenbergs 1145, Weihensees 883 zc.

Aus der Lange-Schulde-Stiftung für bedürftige Kaufmannstöchter soll die diesjährige Aussteuersumme mit 1500 M. vergeben werden. Bewerbergesuche werden bis zum 30. Juni d. z. einschließlich von der städtischen Stiftungsverwaltung entgegengenommen. Bewerberinnen müssen Töchter solcher verarmten Kaufleute sein, welche entweder in bedürftigen Verhältnissen leben oder in solchen Verhältnissen gestorben sind. Unter mehreren Bewerberinnen (die einen mangelhaften Lebenswandel geführt haben müssen) hat den Vorzug die Tochter eines Kaufmannes, welcher den Handel mit Materialwaren betrieben hat oder noch betreibt, in Ermangelung einer solchen aber die Bedürftigste. Den Bewerbergesuchen sind beizufügen: ein polizeiliches Führungsdokument, je ein Attest des betreffenden Verwalters über die Erwerbs- und Vermögensverhältnisse der Bewerberin und ihrer Eltern und das Geburtsattest der Bewerberin. Die Aussteuersumme wird nach erwiesener Verheiratung der Benefiziatin an diese ausgezahlt.

Säumige Finder giebt es trotz wiederholter Belehrung immer noch recht viele. Augenblicklich werden im Hundebureau des Polizeipräsidiums wieder verschiedene verspätet zur Abgabe gelangte Sachen, darunter diverse Uhren, eine Brillant-Vrösche in Gürtelform, ein mit Daten versehenes Brillantring, Portemonnaies mit großem Inhalt zc. aufbewahrt, die während der Dienststunden an Wochentagen von den rechtmäßigen Eigentümern in Empfang genommen werden können. Manchem Verlierer könnten viele Unannehmlichkeiten, Zeit und Kosten erspart werden, wenn sich die Finder rechtzeitig ihrer Pflicht erinnern und die gefundenen Gegenstände sofort oder wie das Bürgerliche Gesetz bestimmt, unverzüglich zur Meldung oder Abgabe an die Polizeibehörden bringen würden. Dies kann in Berlin im Hundebureau des künftigen Polizeipräsidiums, Zimmer 79, oder der größeren Bequemlichkeit wegen, in jedem beliebigen Polizeiviertel geschehen. Meldungen bei Privat-Instituten haben der Behörde gegenüber keine Gültigkeit, vielmehr wird der Finder bei unterlassener polizeilicher Meldung gegebenen Falles wegen Hundunterstellung verurteilt, anßerdem geht er der Hundsprüche verlustig. Zu verwundern ist, daß trotz wiederholten Hinweises auf das polizeiliche Hundebureau im Verhältnis sehr viele — oft sehr wertvolle Gegenstände sowie größere Geldbeträge — von den Verlierern nicht abgefordert werden, z. B. lagern dableibt dauernd ca. 200 goldene und silberne Damen-Uhren, eine gleiche Anzahl Herren-Uhren, ca. 200 goldene Frau- und Stegelringe.

An Schreinen und Stöcken befinden sich dort durchschnittlich immer 1000—1200 Stück, genug für das Warenlager eines kleinen Geschäftes. Am größten dürfte jedoch die Zahl der dort lagernden Portemonnaies sein, die teilweise ganz beträchtlichen Inhalt aufweisen. Behufs Wiedererlangung des verlorenen Gutes wendet man sich am zweckmäßigsten an die Polizeibehörde des Verortortes und, sofern verschiedene Polizeibehörden in Frage kommen, wie dies z. B. bei dem Umeinanderreichen der Gebiete von Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf zc., sehr oft geschieht, an alle etwa in Frage kommenden Polizeibehörden. Hierzu ist noch zu bemerken, daß jede Polizeibehörde die nicht in ihrem Amtsbezirk gefundenen Sachen bei Angebot wohl annimmt, sie jedoch sofort an die Polizeibehörde des Fundortes abgibt.

Bezüglich der geplanten Verschärfung der Hundefang-Ordnung erfahren wir, daß für die Zukunft auch diejenigen manlford- oder manlfordlosen Hunde aufgegriffen werden sollen, welche sich in den Gängen zwischen Vorgärten, in den Hausfluren oder auf den Treppenhäufen vor den Ladeneingängen aufhalten. Ebenso dürfte das Stehen von manlfordlosen Hunden auf den Schwelmen offener Ladentüren verboten werden. Das Polizeipräsidium hatte schon vor

zwei Jahren eine derartige Verschärfung der Fangordnung vornehmen wollen. Der damalige Vorsteher des Tierdepots, Herr Oberlehrer R., wies jedoch darauf hin, daß eine derartige Verschärfung eine Quelle fortgesetzter Streitigkeiten zwischen Fangbeamten und Publikum bilden würde. Nachdem nun in der Depotverwaltung ein Wechsel eingetreten ist, wird die Forderung des Polizeipräsidiums zweifellos zum Straßenpolizei-Gesetz erhoben werden.

Als Tod-Brücke wird die im Zuge der Adalbertstraße angelegte Kolbrücke bezeichnet, welche sowohl für Wagen- wie Fußgängerverkehr eingerichtet ist. Die Zufahrten zur Brücke beschreiben eine Steigung von etwa 1/4 Meter, und die Anlage derselben ist eine so ungünstige, daß die Einmündungen weder vom Behausen- noch vom Engel-Ufer, ebensowenig von der Adalbertstraße aus übersehen werden können. Da nun außerdem auch noch die Straßenbahn über die Kolbrücke geleitet ist, so kommt es hier zu fortgesetzten Verkehrsstörungen, und nur der übergroßen Aufmerksamkeit der Wagenführer ist es zu verdanken, daß Unglücksfälle an dieser Stelle noch nicht vorgekommen sind.

Die Anlage einer festen Brücke über die Panke im Zuge der Christianstraße wird noch in diesem Jahre in Angriff genommen, nachdem der Durchbruch des Strahlenzuges zwischen Brückenerstraße und Prinzen-Allee im vorigen Jahr bewirkt und jetzt der Bauvertrag erschlossen ist. Hierdurch wird eine fast geradlinige Verbindung, die nach der Fertigstellung des Radialsystems 11 der Kanalisation zu ergänzen ist, vom Central-Biehof bis nach Ploetzsee geschaffen.

Vermieth wird seit dem 4. März der Handelsmann Alexander Sowade, 52 Jahre alt. Derselbe haufierte in der Umgebung Berlins und hatte Legitimationspapiere bei sich. Bekleidet war derselbe mit braunem Leberzieher, dunkler Hose, grünem, weichem Filzhut. Näheres über den Verbleib erbittet Frau Witwe Kühn, Neu-Weihensee, Straßburgstr. 36.

Der zerstückelte Leichnam eines etwa 30-jährigen Mannes wurde gestern, Mittwoch, früh in der Berlinerstraße in Pantow etwa 200 Meter vor der Ueberführung der Stettiner Bahn auf den Strahlenbahn-Geleisen aufgefunden. Als gegen 1/5 Uhr morgens ein von Nieder-Schönhausen kommender Arbeiterwagen der Strahlenbahn die Unfallstelle erreichte, bemerkte der Fahrer ein auf dem Geleise befindliches Hindernis und brachte den Waggon zum Stehen. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß der Leichnam in der Nacht von dem Motorwagen 2002 der Linie 47 (Nieder-Schönhausen) überfahren worden war, der als letzter Strahlenbahn-Waggon gegen 2 Uhr 8 Minuten morgens die fragliche Stelle passiert hatte. Die Vernehmung des Bedienungspersonals des betreffenden Wagens wurde sofort angeordnet und dadurch festgestellt, daß der Schaffner und Fahrer des Motorwagens beim Passieren jener Strecke einen Ausritt verspürt haben. Der Zug wurde sofort zum Stehen gebracht, die Strecke abgeleitet, aber von dem Personal konnte hierbei nichts entdeckt werden. Vermutlich war der Körper des Verunglückten, der, wie anzunehmen ist, auf dem Geleise gelegen haben muß, in dem Betriebe des Wagens hängen geblieben und eine Strecke weit mitgeschleppt. Hierauf deutet auch die Thatfache, daß an Unterstellen des Motorwagens 2002 Kleiderstücke und Fleischstücke, sowie auch zahlreiche Blutspuren entdeckt wurden. Die Leiche wurde nach der Halle des Pantower Begräbnisplatzes gebracht. — Seitens der Betriebsverwaltung der Großen Berliner Straßenbahn ist sofort eine eingehende Untersuchung über den unfellichen Vorfall eingeleitet worden. Die beteiligten Beamten sind vom Dienste dispensiert, weil sie, den Bestimmungen entgegen, keinerlei Meldung von der Betriebsstörung, soweit sie durch das Verhalten veranlaßt worden, gemacht haben. Fernerenswerth ist, daß weder der Fahrer noch andre Personen, die sich auf der Vorderplattform des Unfallwagens befanden, den Verunglückten gesehen haben, ein Umstand, der darauf hindeutet, daß der Verunglückte einen Selbstmord verübt haben dürfte. Der Tote konnte bisher noch nicht rekonstruiert werden.

An der Wiegenschine verunglückte der Schäfergeselle Otto Linke, der seit einem halben Jahre bei dem Hofschäfermeister Kroschwitz in der Spreestraße 7 beschäftigt ist. Als er vorgestern nachmittag die elektrisch betriebene Maschine bediente, bekam er von der Verbindungsstange einen Stoß, daß er zwischen Schwingrad und Wand flog. Der Verunglückte zog sich mehrere Armbrüche und Durchschnungen zu und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Erhängt hat sich im Pferdestall der 48 Jahre alte Milchhändler Friedrich Koch aus der Blumenstraße 79. Der in sehr guten Verhältnissen lebende Mann war seit acht Wochen nervenleidend. Am Donnerstag voriger Woche fuhr eine Kante mit ihm nach Wiesbaden, wo ein Bruder von ihm lebt, damit er sich dort erhole. Am Sonntag jedoch verließ der Kranke heimlich die Wohnung seines Bruders und fuhr nach Berlin zurück. Wo er sich hier aufhielt, weiß man nicht. Nachdem vorgestern morgen der ihm befreundete Milchhändler Luft aus der Partellei, 13 mit seinem Pferd zum Hufschmied gegangen war und den Stall aufgelassen hatte, schlich sich Koch ein und erhängte sich an einem Haken neben der Krippe. Als Luft zurückkehrte, war er schon tot.

Ein eisernen Trägers erschlagen wurde vorgestern auf dem Hofe der Eisenkonstruktionsfabrik von Steffens u. Köste am Südring 10/17 der 47 Jahre alte Kutscher August Fischer aus der Köstenerstraße 2. Fischer fiel von einem mit Trägern beladenen Wagen herab. Die Träger stürzten nach, trafen ihn am Kopf und zerstückelten ihm den Schädel, so daß er auf der Stelle starb. Welche besonderen Verhältnisse den Unfall herbeiführten, namentlich wie es kam, daß der Kutscher vom Wagen und die Ladung ihm nachfiel, ließ sich nicht ermitteln. Steffens u. Köste verweigerten darüber auf Anfrage jede Auskunft.

Krankheit und Gram über den Tod seiner Frau haben den 61 Jahre alten Rentner Otto Winter aus der Schönholzerstraße 17 in den Tod getrieben. Der betagte Mann litt seit 1 1/2 Jahren schwer an Nerven. Als am Samstag seine 67 Jahre alte Frau, mit der er 27 Jahre in ungetrübter Ehe gelebt hatte, beerdigt wurde, war er nicht im Stande, ihr das letzte Geleit zu geben. Hierüber war er sehr niedergeschlagen. Nachdem nun ein Sohn ihn zu sich genommen hatte, erhob er sich bei diesem in der Wohnung.

Ein Straßenraub, bei dem der Verantw. durch sieben Messerschläge verletzt wurde, beschäftigt die Kriminalpolizei. Als der Stepper Wilhelm Scheffer aus der Jagowstraße 23 in der Nacht zum Mittwoch auf dem Heimwege durch die Invalidenstraße den Platz am Neuen Thor erreicht hatte, fragte ihn ein Mensch in gewöhnlichem Deutsch mit polnischer Aussprache nach der Zeit. Scheffer gab ihm die Zeit, nachdem er flüchtig auf seine Uhr gesehen hatte. Damit war aber der Pole nicht zufrieden, er verlangte vielmehr jetzt, selbst die Uhr zu sehen. Scheffer wies ihn für diese Frechheit zurück und empfahl ihm, seiner Wege zu gehen, wenn er nicht wollte, daß er einen Schußmann hole. Dazu kam er indessen nicht. Auf einen polnischen Auf seines Gegenüber kam ein zweiter Kerl, der auf dem Platz vor dem Neuen Thor auf einer Bank gesessen hatte, herbeigelaufen, zog sein Messer aus der Tasche und ließ es Scheffer siebenmal in den Kopf. Unterdessen nahm der andre dem Gestochenen Uhr und Kette ab. Dann ließen die Räuber nach der Sandstr.-Brücke und dem Friedrich Karl-Ufer zu davon. Scheffer, der stark blutete, verfolgte sie, obwohl sich ihnen noch drei Strothe zugesellen. Eben wollten sich die Wegelagerer wieder gegen ihn wenden, als ein Mädchen dazu kam, das um Hilfe rief. Am suchten sie zu entfliehen. Einer kletterte über den Zaun des Invalidenparks und entkam im Gehölz, die andern ließen das Ufer entlang. Diesen folgten Scheffer und das Mädchen, bis es ihnen an der Karlstraße gelang, einen durch einen Schußmann festnehmen zu lassen. In dem Erwischten erkannte

Schiffler den Keil wieder, der ihn zuerst stellte und ihm dann Uhr und Kette raubte. Es ist ein Maler Michael Brzozowski aus Posen, der sich ohne Wohnung in Berlin umhertrieb. Der Verhaftete will von dem ganzen Ueberfall nichts wissen, obwohl ihn der Verhaftete von Anfang an verfolgte und obgleich man an seinen Handgelenken noch frisches Blut fand, das ohne Zweifel vom Kopfe des Gestohlenen auf ihn herabträufelte, während er ihm die Uhr abnahm. Der Räuber wurde gestern in Untersuchungshaft gesetzt. Sein Helfershelfer, der Messerschneider, ist ein Kerl von achtundzwanzig Jahren, ein etwa 1.75 Meter großer magerer Mensch mit dunklem Haar und Schnurrbart, dunklem Ueberzieher, dunklem Schlapphut und weißer Wäsche. Schiffler mußte die Charité aufsuchen, um sich verbinden zu lassen. Seine Verletzungen erwiesen sich zum Glück alle als ungefährlich, so daß er nach seiner Wohnung entlassen werden konnte.

**Eine dunkle Geschichte.** Eine Lebensmüde, die sich E. Achterberg nennt, verlor auf der Straße einen an ihre Virtü gerichteten Abschiedsbrief, der gefunden und der Polizei übergeben wurde, da er keine Wohnungsangabe enthält. Die Schreiberin bittet eine Frau W. Vinke, zu versuchen, ihre Wohnung, für die sie bis dahin durch die Möbel ja noch gedeckt sei, bis zum 1. April zu vermieten. Sie wolle sich das Leben nehmen, um allem Weiteren aus dem Wege zu gehen. Was jetzt ist es nicht gelungen, eine Frau Vinke zu ermitteln, bei der eine E. Achterberg gemeldet wäre.

**Eine Vereinigung deutscher Apothekenbesitzer zur Abwehr unberechtigter Angriffe und Forderungen der Krankenkassen** ist ins Leben getreten worden. Jedes Mitglied hat zunächst einen einmaligen Beitrag zur Begründung eines Entschädigungsfonds zu zahlen, dann alljährlich einen bestimmten Prozentsatz seines Umsatzes abzuliefern und wird dafür im Falle der Verlotterung mit etwa 40 Prozent seines Verlustes entschädigt. Selbst in Apothekenkreisen sieht man der neuen Gründung ziemlich kühl und skeptisch gegenüber.

**Hygienische Vorträge der Central-Kommission der Krankenkassen.** Die Themen der heutigen Vorträge lauten: „Mund- und Zahnpflege“, „Hals, Nase und Ohr“ und verdienen allgemeines Interesse und Beteiligung. Die Themen werden an fünf Stellen besprochen werden und zwar heute Donnerstag, den 26. März in den Schulaulen Waangelstr. 126, Schönhauser Allee 168, Weibellstr. 31, Ostrowstr. 115 und Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 208. Vortragende sind die Herren Zahnärzte: Frohmann und Böhm und die Herren Doktoren: Bruch, G. Lennhoff, Schönfeld. Beginn der Vorträge 8 Uhr, Eintritt frei.

Im **Charlottenburger Volkshaus**, Rosinenstr. 3, spricht heute, abends 8 1/2 Uhr, Herr Schulartz Dr. med. Bloch über: „Schularzt und Elternhaus“. Wir können allen Eltern, namentlich den Vätern, dringend raten, diesen Vortrag zu besuchen, damit dieser Fortschritt in unserem Schulwesen das volle Verständnis aller Eltern findet zum Nutzen unserer Jugend.

**Aus den Nachbarorten.**

Der **Verein der Vororte Berlins** hielt vorgestern abend im „Grand Hotel Alexanderplatz“ eine zahlreich besuchte Versammlung ab. An Stelle des erkrankten Herrn Stadtvorordneten-Vorsitzers Gustav Müller-Schöneberg führte Herr Freise-Wilhelmshagen den Vorsitz. Derselbe teilte mit, daß der Eisenbahnminister Budge die Eingabe des Vereins betreffend Verabfolgung der Personentaxe im Vorortverkehr abgelehnt habe. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, bei dem Minister eine Audienz nachzusuchen und in derselben die Gründe auseinanderzusetzen, welche eine Tarifermäßigung als gerechtfertigt namentlich für die Bewohner der entfernteren liegenden Vororte erscheinen lassen. Gleichzeitig sollen, wenn irgend möglich, auch andere Verkehrsträger, besonders auch die fortgesetzte Ueberfüllung derzüge, die notwendige Vermehrung derzüge etc., bei dieser Unterredung mit dem Minister zur Sprache gebracht werden.

Der **Rixdorfer Polizeipräsident** und die **Bedürfnisanstalten**. Die bekannt waren die städtischen Körperschaften Rixdorfs bereit, dem dringenden Bedürfnis nach Bedürfnisanstalten abzuweichen und hatten entsprechende Beschlüsse gefaßt. Eine der Anstalten sollte an der verkehrsreichsten Stelle der Stadt, an der Gabelung der Richard- und Vergstraße, entstehen. Der Herr Polizeipräsident hat nun jetzt, nachdem die von dem Stadtvorordneten Rechtsanwalt Abraham angefaßelten Ueberpatrioten darum petitioniert haben, gegen die Errichtung an dieser Stelle wegen der Nähe des Kriegerdenkmals Einspruch erhoben. Gründe der Pietät wurden geltend gemacht. In der letzten Sitzung der Rixdorfer Deputation, die sich mit dem Einspruch beschäftigte, wurde festgestellt, daß gerade mangels einer Bude an jener Stelle das Kriegerdenkmal selber sehr oft als geeigneter Platz zur Befriedigung gewisser Bedürfnisse angesehen wird. Es ist also festzustellen ein Vergehen des Polizeipräsidenten gegen polizeiliche Interessen aus vermeintlichen Pietätssichtungen, die gar nicht Sache polizeilicher Schutzes sind. Einen vom Polizeipräsidenten vorgeschlagenen andern Standort erachtete die Deputation als durchaus ungeeignet und lehnte es ab, dort die Anstalt unterzubringen. Weiter hatte der Polizeipräsident gegen die projektierte Aufstellung einer andern Bedürfnisanstalt auf der Promenade in der Kaiser Friedrichstraße Einspruch erhoben, weil die Anstalt zu dicht beim Polizeipräsidenten läge. Er verlangte eine Entfernung von 150 Meter, die Deputation beschloß, die Anstalt 10 Meter weiter zu rücken.

**Schöneberg.** In der Kinderpflanzschule St. Josephs-Heim in Schöneberg, Sedanstr. 65, haben Erkrankungen mehrerer Jünglinge stattgefunden, die anfänglich nach einigen Symptomen als Fleischvergiftung angesehen worden sind. Die die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ von der Direktion der Charité, in die drei der erkrankten Kinder aufgenommen worden sind, erzählt, kann von Fleischvergiftung schlechterdings keine Rede sein. Es handelt sich, erklärt das Blatt, einfach um Kinder, die sehr schlecht ernährt wurden, nur einmal in der Woche, am Sonntag, Fleischkostung erhielten, dabei einen weiten Weg in die Schule hatten usw. Die Kinderpflanzschule wird sich über den Vortwurf der „Allg. Fleisch-Zeitung“, ihre Jünglinge mangelhaft zu ernähren, zu äußern haben.

**Pankow.** Gestorben wurde gestern morgen in der Berknerstraße an dem alten Pferdebahnhof-Depot durch die elektrische Straßenbahn

ein Herr, dessen Persönlichkeit bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnte. Derselbe überfuhr das Geleise und wurde durch einen von Ort kommenden Straßenbahnwagen umgeworfen und in Stücke zerrissen, so daß die Körperteile erst durch Polizeibeamte zusammengeführt werden mußten. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, konnte trotz sofort eingeleiteter Untersuchung noch nicht festgestellt werden.

**Reinickendorf gegen Berlin.** Die Gemeinde Reinickendorf liegt seit Jahresfrist mit dem Berliner Magistrat, der dem Vororte das Gas zur öffentlichen Beleuchtung liefert, wegen des Gaspreises in Streit. In Berlin kostete bekanntlich früher das Gas 11,35 Pf. pro Kubikmeter und wurde vor einem Jahre auf 12,35 Pf. pro Kubikmeter erhöht. Reinickendorf war nun der Ansicht, daß diese Erhöhung lediglich lokaler Natur sei und weigerte sich, den Preiszuschlag zu zahlen. Die Stadt Berlin verlagte darauf die Vorortsgemeinde um Zahlung der Preisdifferenz in der Höhe von 1024,48 M. Diese Klage ist in erster und zweiter Instanz abgewiesen worden.

**Friedrichshagen. Sturmshäden.** Am Dienstagmittag stürzte infolge des Sturmwindes der Neubau des Restaurateurs Wilhelm Keller am Bahnhof Hirschgarten ein. Das Material entflammte vom Abbruch der Hirschgarten-Ausstellung. Als die Arbeiter sich während der Mittagszeit in der Baubude befanden, erfasste ein Wirbelwind den Neubau des Aussichtsturmes und stürzte ihn gegen die vorüberführenden Telephon- und Telegraphendrähte, wodurch diese stark beschädigt wurden. Infolge dessen trat eine Betriebsstörung von drei Stunden ein. Die Postdirektionen von Köpenick, Friedrichshagen und Ortner landten sogleich Hilfsmannschaften, welche den Schaden an den Drähten ausbesserten. Menschen sind glücklicherweise nicht verletzt worden. Ein Waldbrand entstand am Dienstagabend zwischen Wilhelmshagen und Ortner. Vermutlich durch ausströmende Funken der Eisenbahn-Lokomotiven hatte das dicke Gras und Moos Feuer gefangen, welches sich infolge des starken Windes über den hohen Waldbestand verbreitete und mehrere Morgen des Kiefernwaldes in Brand setzte. Bewohner von den nahegelegenen Ortschaften von Richtenau, Rahndorf, Wilhelmshagen und Ortner erschienen mit Schaufeln und verhinderten durch Aufwerfen von Erdwällen die Weiterverbreitung des Feuers.

**Grünau.** Die öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung mußten hier seit Jahren in einem Restaurant abgehalten werden, da es im alten Gemeindehaus hierzu an einem größeren Zimmer gebrach. Obgleich seit Jahresfrist in dem neuen Rathaus geeignete, leer stehende Räume vorhanden sind (auch die Aula bietet Raum für 200 Zuhörer), so scheint der Gemeindevorstand auch 1903 noch keinen Wandel eintreten zu lassen, denn nach wie vor findet die Sitzungen im Buchholzischen Lokale statt. Hier lassen es sich während der Verhandlungen nicht allein die Herren vom Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung in allgewohnter Weise bei Bier, Grog oder Wein recht wohl ergehen, sondern auch die Zuhörer greifen vergnügt zum Seidel und rauchen mit den Auserwählten der Gemeinde um die Wette Cigarren, daß man glauben könnte, ein ehemaliger Kolonist Grünau's bade Brot. Dieses „Sichergehenlassen“ ist eines Vorortparlamentes nicht mehr würdig und dürfte kaum noch in der Tachelei Heide anzutreffen sein.

**Spandau.** Unser lokales Parteiblatt „Die Laterne“, welche sich einer stetig wachsenden Beachtung nicht nur bei den Arbeitern, sondern vor allem auch bei den Behörden erfreut, wie dies die wütenden Anfeindungen seitens der Herren General v. Einem und Abg. Pauli-Potsdam bei der Beratung des Militär-Etats aufs deutlichste erweisen, wird vom 1. April d. J. zweimal in der Woche herausgegeben werden. Am Freitag beschloß die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins mit allen gegen eine Stimme, das Blatt in Rücksicht auf den Wahlkampf außer am Sonnabend auch am Mittwoch jeder Woche herauszugeben und zugleich den Abonnementpreis von 30 auf 40 Pf. pro Monat zu erhöhen. Dadurch hoffen unsere Parteigenossen den Krieg gegen die von Lügen und Verleumdungen strotzende gegnerische Presse bedeutend nachdrücklicher führen zu können.

Aus dem **Verbindungskanal** gezogen wurde gestern mittag in Charlottenburg eine männliche Leiche, welche mit einem schon längere Zeit vermißten Maler Wilhelm Jarunzewski identisch ist. In den Taschen wurde eine am 8. März 1902 zu Charlottenburg ausgestellte Arbeitskarte, ein gleichlautendes Arbeitsbuch sowie eine Wochenfahrkarte zwischen Westend und Wedding gefunden. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen.

**Vermischtes.**

**Unschuldig verurteilt.** Der wegen verurtheter Verleitung zum Meineide zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilte Arbeiter Buchalik aus Boguschowitz ist im Wiederaufnahme-Verfahren von der Strafkammer zu Rixdorf freigesprochen worden, nachdem er fast ein Jahr ungeschuldig verbracht hat. Der Arbeiter Gruschka, auf dessen falsche Aussage hin die Verurteilung des Buchalik erfolgt war, erhielt wegen wissenschaftlichen Meines des sechs Jahre Zuchthaus.

**Gerüchelsprung.** Danksig, 25. März. Bei Kanuarbeiten an der Mollau brach beim Umlegen der Ramme der Volzen, der sogenannte Hund fiel herunter und das ganze Gerüst stürzte in sich zusammen, wobei zwei Arbeiter vom Gerüst getroffen wurden und ins Wasser stürzten. Während einer sofort tot war, starb der andre nach seiner Entlieferung ins Lazarett.

**Grubenkatastrophe.** Breslau, 25. März. In dem Kohlenwerke Reichholz bei Bernsdorf entstand durch Selbstentzündung der vorhandenen Kohlenvorräte Feuer, welches das Fabrikgebäude aus-einanderriß und mehrere Arbeiter schwer verletzte. Der „Schlef. Ztg.“ zufolge sind zehn zum Teil schwer verbrannte Arbeiter ins Kreis-Krankenhaus zu Neuhagen gebracht worden. Dem Vernehmen nach liegen noch mehrere Arbeiter unter den Trümmern der Unfallstätte.

**Verhafteter Mörder.** Aus Hannover wird vom 25. März berichtet: Heute vormittag wurde der Mörder der Wirtschaftlerin Köhlmeyer, der desertierte Pächter Jacobowski, in Gestorf bei Bennigsen verhaftet. Er legte sich anfangs einen falschen Namen bei, gab aber,

in die Enge gedrängt, seinen richtigen Namen an. Der Verhaftete wurde in das Militär-Arresthaus eingeliefert.

**Zu Tode gequert.** Mannheim, 25. März. Auf einem im Verbindungskanal anstehenden großen Elevator kippte heute mittag durch den Bruch eines Drahtseiles ein aufgerichteter Strahl um. Mehrere Arbeiter wurden ins Wasser geschleudert, konnten aber gerettet werden, während ein 24-jähriger Schlosser, in der Luft schwebend, zu Tode gequert wurde.

**Ueberfall eines elektrischen Straßenbahnwagens durch Räuber.** Aus New York berichtet man dem „Daily Telegraph“: „Drei vermummte Räuber versuchten auf der Linie Los Angeles und Santa Monica in Kalifornien am Sonnabendabend einen elektrischen Wagen aufzuhalten. Es entspann sich zunächst ein kleines Pistolenfechten zwischen einem Fahrgaste und einem Räuber. Darauf begannen die beiden andern Räuber in den dicht gefüllten Wagen hineinzuschließen, wodurch ein Insasse getötet und drei verwundet wurden. Der Getötete war ein wohlhabender Bankier mit Namen Griswold. Das Verbrechen spielte sich an dem Eingang zu einem tiefen Einschnitt ab. Die Räuber hatten eine Schiene, eine schwere Faust und ein Cementfaß auf das Geleise gelegt. Der Wagenführer bemerkte die Hindernisse und fuhr langsam heran. Sobald der Wagen hielt, sprangen die drei Kerle herzu. Einer von ihnen schwang sich auf die vordere Plattform, die beiden andern auf die hintere. Der vorn stehende Räuber befahl den Insassen, die Hände hochzubringen, und als einer von diesen das nicht that, schoß er auf ihn. Der Fahrgast erwiderte das Feuer und schied den Räuber getroffen zu haben. Die beiden hinter stehenden Räuber schossen ihre Revolver leer und alle drei verschwanden dann. Der Wagen lief mit möglicher Geschwindigkeit bis zu dem nächsten Punkte, wo ärztliche Hilfe möglich war. Der verwundete Griswold war aber bereits gestorben, ehe man diese Stelle erreicht hatte.“

**Briefkasten der Redaktion.**

**Karlruhe.** H. S. Ihr Gedächtnis muß einen recht guten Ragen haben. Ueberlassen Sie ihn nicht. Uebrigens verbietet uns die Würdigung des reaktionellen Geheimnisses Ihrem Wunsch zu entsprechen. - 111. Das Anathem bedeutet Bannfluch. - P. R. Deedschlage fiel in der blutigen Raimoche 1871.

**Juristischer Teil.**

Die **juristische Sprechstunde** findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. **Öffnet: 7 Uhr.**

**C. S., Rixdorf 25.** 1. Reim. 2. Ja. - 100. C. D. Die Unterschrift gilt. - W. S. 1. Ein Monat. 2. Ja. - P. S. 130. 1. Das uneheliche Kind ist Erbe seiner Mutter. 2. Eisenachtr. 69. - S. A., H. S., Frankfurt, W. S.: Reim - S. W. 33. 1. Ja. 2. Welden Sie Ihre Forderung als bevorrechtigte beim Gericht an. Ein Beispiel finden Sie auf Seite 439 des in den öffentlichen Beschaffen ausliegenden Arbeiterrecht. - S. Reim. Sie können bei Ertrag des Gerichtsbeschlusses warten, verurtheilen sich dadurch aber Rehrkosten. - C. S., Rixdorf. a) bis c); leider nein, d) ja. - W. S. 100. 1. Das Notwendige muß Ihnen gelassen werden. Danach scheint einbehaltbar zu sein: ein Stand Beuten, 3 Stühle, das Spind. 2. Straßarbeit legt nicht vor. - Ch., Tauraugenstr. 38. In der Regel nein; § 1603 B. G. B. - J. S. 1. Ihre Tochter muß die Schule bis Oftern besuchen, wenn Sie nicht auf Ihren Antrag zum ferneren Schulbesuch dispensiert wird. - P. R. 2. Ist die Ladung ordnungsmäßig, so sind Sie verpflichtet, als Zeuge der Privatladung zu folgen, wenn die Zeugengebühr im voraus gezahlt oder hinterlegt ist. - P. 51. Ihre Fragen lassen sich ohne Kenntnis des wie es scheint er-gangenen Urteils oder des geschlossenen Vergleichs über Herausgabe der Sachen nicht beantworten. Legen Sie Ihr Anliegen unter Vorlegen der Aktenstücke in der Sprechstunde vor. - Emma 10. Ihren Stiefvater steht kein Erbrecht gegen Sie zu. - S. R. 26. 1. Die geschiedene Frau kann ihren Mädchennamen wieder annehmen. 2. Der Betreffende ist Waise, heißt heider Wälder. - J. S. In Berlin an den Polizeipräsidenten. - Oskar Tann. Das können Sie thun. Aber wenn der Birt früher die Benutzung des Pumpenwerks für das Beet gestattet hat, so haben Sie auch ein Recht, auf Weiterbenutzung zu klagen. - Burschtier. 1. Ihnen steht schuldenscheinliche Kündigungskritik zum Quartalsvertrauen zu. 2. Der Vertrag ist an sich gültig. Da der Vertrag auf länger als fünf Jahre eingegangen ist, so kann er aber nach § 624 des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit sechsmonatlicher Kündigungskritik nach dem Ablauf von fünf Jahren gekündigt werden. - Kempin. Von dem Beitritt zu solcher Klasse ist abzuraten. - H. B. 1. Kom Birt können Sie Beseitigung der Ruhestörung begehen. 2. Reim. 3. Durch 2 erledigt. - A. W. A. 1. Reim. 2. und 3. Ja.

**Witterungsüberblick vom 25. März 1903, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 7 U. 9 U.	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 7 U. 9 U.
Swinemünde	764	SW	2	Wolklos	6	Haparanda	754	W	2	Zwölfen	-13
Hamburg	762	SD	2	Wolklos	5	Petersburg	744	W	3	Reiter	10
Berlin	765	SD	1	Wolklos	4	Cork	737	SW	3	Wolklos	10
Frankf./M.	762	D	2	Wolklos	5	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	762	SD	2	Wolklos	5	Paris	757	—	—	—	—
Wien	766	SW	—	Wolklos	10						

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 26. März 1903.**  
Etwas wärmer, vielfach wolkig, bei lebhaften südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

**ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN**

**Pariser Weltausstellung 1900.**  
Von der Internationalen Jury wurden den **Singer-Nähmaschinen** der **GRAND PRIX**

der **höchste Preis** der Ausstellung zuerkannt. Die Nähmaschinen der Singer Co. für den Familiengebrauch, Kunstschneider sowie industrielle Zwecke jeder Art verdienen ihren Ruf durch die vorzüglichen Konstruktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle deren Fabrikate auszeichnen. **Unentgeltlicher Unterricht** in d. modernen Kunstschneiderei. **Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 92. 5473

Die Nordseestürme sind vorüber und die demzufolge reichlicher ausfallenden Fänge gestatten uns, zu nachstehenden billigen Preisen zu offerieren:

<b>Cabliau</b> ohne Kopf, im Anschnitt Pfd. 25 Pf. in der Größe von 2 bis 4 Pfd. à Pfd. 20-25 Pf.	<b>Schellfisch</b> in allen Größen Pfd. 20-25 Pf. Grosse im Anschnitt sehr fein Pfd. 30-35 Pf.	<b>Aufternfisch</b> Pfd. 25-30 Pf.
<b>Seelachs</b> Pfd. 20-25 Pf.	<b>Adlerlachs</b> Pfd. 40-50 Pf.	<b>Seekarpfen</b> 45-50 "
<b>Grosse Schollen</b> (Goldbutt) Pfd. 45 "	<b>Seehoch</b> 38-45 "	<b>Seeforellen</b> 70-75 "
<b>Bratländern</b> 30-25 "	<b>Rougets</b> 45-50 "	<b>Brancino</b> 80-90 "
<b>Knurrhahn</b> 25-30 "		
<b>Rotzungen</b> 40-45 "		

Lebende Karpfen u. Schleie, Seezungen, Heilbutt, Steinbutt ebenfalls billig.

**Reichhaltiges Roehbuech erhält jeder Käufer gratis**

**Kostproben auf Wunsch gratis**

**Für die Fasten-Zeit**

**Delikatess-fischsülze** Pfund 50 Pf. (ausserordentlich billig).

**Delikatess-Seeaal** in Aspice, sehr fein, in Dosen zu 8 Pfd. 3,75 M., 4 Pfd. 2 M., ausgewogen 60 Pf.

**Fisch-Kotelettes** in Dosen 17 Pfd. à M. 3,50, 8 Pfd. 2 M., 4 Pfd. 1,25 und ca. 1 1/2 Pfd. 50 Pf.

**Bratschellfische**, gebraten und mariniert, in Blechdosen zu 17 Pfd. 3,75, 8 Pfd. 2,25, 4 Pfd. 1,30 und ca. 1 1/2 Pfd. 50 Pf.

**Diverse frisch geräucherte Seefische.**  
Täglich frische Zufuhr von Silberlachs, Zander, lebenden Hummern, Ia Holländer und Heigoländer Austern, Seemuscheln etc. - Billigste Tagespreise.

**Hauptfiliale: Bahnhof Börse, Bogen 9-10.**  
**II. Lüneburgerstr. (Ecke Pauls.) | III. Prinzenstr. 30 | IV. Madairstr. 22**  
Stadtbahnbögen 388/89 am Moritzplatz. im Schlesisch. Bhf.

**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.**  
Gen.-Bevollm.: **Johs. Skorczyk.**